Noch leben Täter, S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 34 – 28. August 2010

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Eine Frage von vielen: Wenn die Wehrpflicht fällt, was wird aus dem Zivildienst? Familienministerin Schröder will ihn als freiwilligen Dienst beibehalten. Unklar ist, welcher Unterschied etwa zum Freiwilligen Sozialen Jahr (Bild) dann noch bliebe. Bild: pa

Spiel mit der Sicherheit

Nur noch 163 000 Soldaten? – Die Vorschläge wirken unausgegoren, ja unernst

Als gigantische Baustelle präsentiert sich derzeit die Militärpolitik der Bundesregierung. Verteidigungsminister zu Guttenberg will den Wehrdienst aussetzen und die Bundeswehr massiv verkleinern, doch vieles scheint unüberlegt.

Vor ein paar Monaten schien es noch ein Versuchsballon zu sein, doch offenbar war es Karl-Theodor zu Guttenberg von Anfang an ernst: Die Wehrpflicht soll „ausgesetzt“ werden und die Truppe radikal schrumpfen: Von aktuell gut 250 000 auf nur noch 163 000 Soldaten. Ein Schnupper-Wehrdienst soll jährlich noch 7500 Männer und Frauen als Freiwillige anlokken, so die weitere Planung.

Es besagt viel über den Stand der Debatte, dass diese Zahl selbst von SPD-Verteidigungspolitikern als viel zu niedrig eingestuft wird: 7500 Freiwillige pro Jahr seien „bei weitem nicht genug“ rund 25 000 müssten es schon sein, meinte etwa der SPD-Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold.

Auch sonst stellen sich viele Fragen. Noch ganze sechs Panzerbataillone und knapp 400 Kampfpanzer zählt die Bundeswehr derzeit. Der primäre Auftrag der Landesverteidigung mag gegenwärtig überholt erscheinen, aber die Sicherheitspolitik hat immer vom schlechtest möglichen Fall auszugehen. Und es war in den 80er Jahren Konsens in Sicherheitspolitik und Friedensforschung, dass eine allzu radikale Abrüstung nicht sinnvoll ist, damit kein Land sich durch eilige Aufrüstung einen gefährlichen Vorsprung verschaffen kann.

> Sicherheitspolitik hat vom schlechtesten Fall auszugehen

Dazu nur ein Beispiel. Vielleicht macht das von Deutschland vor dem Ruin gerettete Griechenland ja einen Fehler mit seiner aktuellen Aufrüstung. Tatsache ist, dass Athen heute über mehr als 1600 schwere Panzer verfügt und sich laufend neue zulegt. Es ist irritierend, dass Deutschland schon gegen einen solchen Staat im theoretischen Fall eines konventionellen Krieges künftig nahezu chancenlos wäre. Ähnliches gilt für Polen, und es gibt ja auch noch Russland.

Auch die Debatte um den Zivildienst, dessen Ende ein „Aussetzen“ der Wehrpflicht natürlich bedeuten würde, treibt bizarre Blüten. Nach dem Willen von Familienministerin Schröder soll der Zivildienst künftig so freiwillig werden wie der Wehrdienst – und ebenfalls offen für Frauen. 35 000 junge Menschen sollen dann noch diese Aufgaben wahrnehmen, statt momentan 90 000. Ganz offen ist, welche Konditionen den freiwillig Dienenden geboten werden müssten und was der Unterschied zu Diensten wie dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) noch wäre.

Was heute diskutiert wird, wirkt unausgegoren, ja populistisch und fast unernst. Und noch selten stach das Lavieren der Kanzlerin so sehr ins Auge: Vorgestern bremste sie zu Guttenberg noch, gestern lobte sie, welche „Freiheit“ er sich genommen habe, heute stellt sie klar, dass sie sich in Sachen Wehrpflicht noch nicht festgelegt habe. Merkel scheint in dieser Frage nicht zu wissen, was sie will. Politische Führung sieht jedenfalls anders aus. *Konrad Badenheuer*

KONRAD BADENHEUER:

Beschränkt

Eines muss vorausgeschickt werden: Von den Pirouetten der SPD in der Rentenpolitik sind die Rentner selbst nicht betroffen. Es geht vielmehr ausschließlich um eine groß angelegte Umverteilung zwischen den noch Berufstätigen: Wenn es nach dem Willen der SPD geht, sollen die heute etwa 60-Jährigen wirtschaftlich bessergestellt werden, und zwar auf Kosten der unter 45-Jährigen. Das ist die Essenz des einstimmigen Beschlusses des SPD-Präsidiums, mit dem diese ihre bisherige Haltung zur „Rente mit 67“ über den Haufen geworfen hat.

Der Beschluss desavouiert nicht nur nachträglich den damaligen Arbeitsministers Franz Müntefering. Er ist auch ein Schlag ins Kontor der verbliebenen Realpolitiker in der SPD, allen voran von SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Dieser hat seine Niederlage optisch minimiert, indem er am Ende selbst für den unsäglichen Beschluss gestimmt hat. Auch die eindrucksvolle Entscheidung, seiner erkrankten Frau eine Niere zu spenden, hat den publizistischen Schaden für ihn reduziert. Es ist gewiss kein Zufall, dass Steinmeier diese liebevolle und mutige Tat für seine Ehefrau nur Stunden nach dem Rentenbeschluss bekanntgab.

Ein taktischer Sieg ist der Beschluss hingegen für SPD-Chef Sigmar Gabriel. Er hat seine Spielräume erneut vergrößert: Nach innen durch die Rasur Steinmeiers, nach außen durch den offenen Gruß an die „Linke“. Der Beschluss könnte in der Tat von den SED-Erben stammen, denn wie in deren „Programmpapieren“ fehlt auch hier jeder Hinweis auf die Finanzierung. Ein Risiko hat der Beschluss indessen auch für Gabriel. Er hat klargestellt, dass er die unter 45-Jährigen für beschränkt hält. Das könnte ihm noch schaden.

Nach links gerückt

SPD will Abkehr von der Rente mit 67

Die Bekanntgabe Frank-Walter Steinmeiers, er werde sich bis etwa Oktober zurückziehen, um seiner erkrankten Frau eine Niere zu spenden, hat dem SPD-Fraktionschef in Politik und Volk Hochachtung eingetragen. Allerdings hat diese Meldung überdeckt, dass Steinmeier nur Stunden davor eine schwere innerparteiliche Niederlage erlitten hatte.

> Herbe Niederlage für Steinmeier

Steinmeier kämpfte für die einst von der SPD selbst durchgesetzte „Rente mit 67“, genauer für deren ganz allmähliche Einführung ab 2012. Erst im Jahre 2029 wäre nach geltender Gesetzeslage das Renteneintrittsalter von 67 Jahren als Regel erreicht. Viel zu spät sagen Ökonomen, die daran erinnern, dass die heute unter 40-Jährigen einst für niedrigere Renten bis etwa 70 werden arbeiten müssen.

Dennoch fordert die SPD nun mit einem einstimmigen Präsidiumsbeschluss die Verschiebung der Einführung um drei Jahre, auch danach soll nur unter engen Voraussetzungen der Einstieg in die Rente mit 67 beginnen. Außerdem plädiert sie für die Wiedereinführung der nicht finanzierbaren Frühverrentung sowie weitere Wohltaten (siehe Leitartikel). *PAZ*

Schlagabtausch auf offener Bühne

Ministerin Schröder contra von der Leyen, FDP-Landeschef Hahn contra Westerwelle

Der Arbeitsmarkt brummt und die Bundesregierung konnte ihre Wachstumsprognose vor wenigen Tagen auf gut drei Prozent verdoppeln – an sich beste Voraussetzungen, um aus einem Umfragetief zu kommen. Doch die Koalition hat es offenbar darauf angelegt, durch weiteren Streit in den eigenen Reihen der Opposition die Arbeit abzunehmen.

In Ergänzung zum anhaltenden CDU-internen Tauziehen um die Restlaufzeit von Kernkraftwerken haben sich die beiden Bundesministerinnen Ursula von der Leyen (Arbeit und Soziales) und Kristina Schröder (Familie) einen ungewöhnlichen Schlagabtausch über den Nutzen der sogenannten Bildungs-Chipkarte für Kinder aus Hartz-IV-Familien geliefert.

„Es gibt noch Probleme, beispielsweise beim Datenschutz“, meinte Schröder spitz über das Projekt von der Leyens, und weiter: Es dürfe nicht sein, „dass wir künftig Bewegungsprofile von Kindern und Jugendlichen erstellen können oder staatliche Stellen präzise Informationen über deren Freizeitverhalten sammeln“. Sichtlich pikiert bescheinigte von der Leyen ihrer Kollegin im Grunde eine schwache Auffassungsgabe. Es gäbe da „noch viele Missverständnisse“. Es sei eine „abwegige Idee“, diese Karten „zu verteufeln mit dem Argument, man könne damit herausfinden, in welchem Verein ein Kind Fußball spielt oder welches seine Lieblingsbibliothek ist“.

> Der FDP-Chef wird öffentlich demontiert

Doch diese Hakeleien sind gar nichts im Vergleich mit den Breitseiten, die prominente Liberale auf ihren eigenen Parteichef abfeuern. FDP-Landeschef Jörg-Uwe Hahn legte Westerwelle nun allen Ernstes nahe, nichts mehr zur Innenpolitik zu sagen: „Die Menschen sagen mir: Westerwelle soll jetzt erst erstmal seinen Job als Außenminister machen“, plauderte er im „Handelsblatt“ über die miese Stimmung an der Parteibasis und den „Rückhalt“, den die eigene Führung dort genießt. „Wir sind nicht länger bereit zu erdulden, dass das Image unserer Partei so schlecht ist“, sagte Hahn und weiter: „An der Basis führen viele den Imageverlust auf den Imageverlust des Bundesvorsitzenden zurück. Ich auch.“ Sein Tipp: „Guido Westerwelle soll das Amt des Außenministers ausfüllen und glaubhaft vertreten.“ Themen wie etwa die Sicherungsverwahrung seien nichts für ihn, konkretisierte Hahn sinngemäß. Vielmehr solle „unser Generalsekretär Christian Lindner die Innenpolitik abdecken“. Von dem 31-Jährigen sei die Partei „zu Recht begeistert“. *K. B.*

MELDUNGEN

Merkel hat noch Hoffnung

Washington – Am 2. September sollen wieder direkte Friedensverhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern beginnen. Ein Sprecher von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu würdigte, dass diese Gespräche „ohne Vorbedingungen“ geführt würden, was nach israelischer Lesart heißt, dass der Siedlungsbau fortgesetzt werden kann. Vertreter beider Seiten gaben sich zuversichtlich, dass binnen eines Jahres ein Friedensabkommen unterzeichnet werden könne – was selbst deutsche Nachrichtensprecher mit einem Anflug von Ironie vermelden. Bundeskanzlerin Merkel appellierte an beide Seiten, „in aller Ernsthaftigkeit“ zu verhandeln. Mögliche Lösungen für die offenen Fragen seien bereits erarbeitet worden. Nun komme es auf den politischen Willen zu einer Einigung an. US-Verhandlungsführer George Mitchell dankte der Kanzlerin für „die begleitenden Bemühungen“ im Vorfeld der Verhandlungen. *K.B.*

PAZ *bewerten per Flattr*

Malmö – Das Internet leidet darunter, dass für wertvolle Inhalte nur sehr schwer Einnahmen erzielt werden können: Was einmal im Netz ist, ist frei. Ein Unternehmen in Malmö mit Namen „Flattr“ bietet für dieses Problem nun eine Lösung an. Wem ein Beitrag im Netz gut gefällt, kann dem Rechteinhaber per Mausklick etwas zukommen lassen. Voraussetzung ist, dass der Leser einen Mindestbeitrag von 2 Euro pro Monat auf ein Minikonto bei Flattr einzahlt. Ist der Nutzer beispielsweise mit 2,50 Euro pro Monat dabei und hat zehn Artikel mit einem Mausklick auf den orange-grünen „Flattr-Button“ gelobt, bekommt jeder Rechteinhaber ein Zehntel, also (abzüglich Verwaltungsspesen) knapp 25 Cent. Die *PAZ* nimmt an dem brandneuen System bereits Teil – etliche *PAZ*-Artikel im Internet enden nun mit dem grün-orangenen Feld. *K.B.*

Immer noch leben Täter

17-facher Mord an Deutschen bei Iglau aufgeklärt – Tschechen stellen sich immer öfter der Vergangenheit

Nach 65 Jahren des Verdrängens und – oft genug – des selbstgerechten Schwadronierens über die eigene Opferrolle hat in der Tschechischen Republik die Aufklärung von Verbrechen an den Sudetendeutschen begonnen. Mutige Einzelne treiben die Aufarbeitung voran, denn das Umdenken steht vielfach erst am Anfang.

Tschechische Arbeiter drücken sich mitunter drastisch aus, vor allem wenn sie „eiserne Kommunisten“ wie der ehemalige Traktorist Vaclav Slama sind: „Deutsche waren doch Scheißhäuser, sie hatten ihren Tod verdient.“ Slama hatte um 1980 bei Drainagearbeiten im südmährischen Dobrenz (Dobronin) bei Iglau menschliche Knochen freigelegt – stumme Zeugen eines Massenmords, der am 19. Mai 1945 geschah, doch mit dem man sich in dem Dorf bis vor kurzem nicht befassen wollte.

Im Dobrenzer Dorfgasthof „Bei Polzer“ gab es 1945 ein Tanzvergnügen, erstmals seit Kriegsende, exklusiv für Tschechen, während die Deutschen der „Iglauer Sprachinsel“ in Sammellagern auf ihren Transport zur Vertreibung warteten. Für ihre Bewachung waren die „Revolutionären Garden“ zuständig, Banden räuberischer Lumpenproleten, selbst von Tschechen verächtlich „zlatokopove“ (Goldgräber) genannt. „Gardisten“ waren häufig jene, die durch betonte Brutalität ihre vorherige Kollaboration mit dem NS-Regime kompensieren wollten. Als oberster Gardist wirkte in Dobrenz der Österreicher Robert Kautzinger (1901–1974), der mit seinen Söhnen Robert und Rudolf sowie neun weiteren Kumpanen die Region terrorisierte. An jenem 19. Mai wählten sie 17 Deutsche aus, töteten zwei sofort, ließen 15 ihre eigenen Gräber ausheben und brachten sie dann ebenfalls um. Danach feierten die Mörder bei „Polzer“ weiter und brüsteten sich ihrer Tat, die dem Kautzinger-Trio später Anstellungen beim tschechischen Staatssicherheitsdienst eintrug (respektive dieser zumindest nicht entgegenstand). Sohn Robert lebt noch, kann sich aber „an nichts erinnern“. In den USA oder Kanada soll mit Stefan Bobek ein weiterer Dobrenz-Mörder leben. Der kommunistische Bürgermeister Jiri Vlach will „auf keinen Fall die Dinge wieder ans Licht ziehen, wie es heute Mode ist, wo doch unter die Vergangenheit ein dicker Strich gehört“.

Wohl selten ist ein Verbrechen so allgemein verschwiegen worden, dabei so allgemein bekannt gewesen wie diese Morde. Bei den Mördern war der Glasarbeiter Budin, der einem Opfer mit dem Spaten den Schädel spaltete. Nach ihm wurde der Tatort, eine Wiesensenke zwischen Dobrenz und Bergersdorf (Kamenna), im Volksmund „Budinka“ genannt. Zeugen konnten auf der 80 mal 800 Meter großen Budinka die Stelle bezeichnen, an welcher Knochen zu finden waren. 1947 hatte es erfolglose Versuche gerichtlicher Aufklärung gegeben. Nach 1960 folgten Untersuchungen des Internationalen Roten Kreuzes, 1980 Slamas Knochenfunde, ab 1989 erste Gedenkveranstaltungen Vertriebener vor Ort, wobei Kränze und Kreuze stets von anonymen Tschechen, mutmaßlichen Tatbeteiligten, über Nacht zerstört wurden. Erst in den frühen 1990er Jahren gelang es, in den Klöstern Seelenz (Zdirec) und Schlappenz (Slapanov) zweisprachige Gedenktafeln mit bewusst zurückhaltendem Text anzubringen.



Beweissicherung: Unter polizeilicher Aufsicht sichern Archäologen die Knochenfunde. Bild: imago

Bis zum letzten Kriegstag lebten die rund 15000 Deutschen der Iglauer Sprachinsel in Eintracht mit ihren tschechischen Nachbarn. was aber 1945 Mord und Vertreibung nicht verhinderte. Vergessen machte sich breit, zumal in heimischen Archiven kein Hinweis auf tschechische Untaten war. Die fanden sich 2001 in einer Dokumentation des Deutschen Fritz Hawelka und 2003 in dem Roman „Bergers-Dorf“ von Herma Kennel. Diese Hinweise griff der Journalist Miroslav Mares vom „Iglauer Tageblatt“ auf, und 2009 erstatteten er und Herma Kennel Anzeige gegen Unbekannt.

Anders als sonst in der Tschechischen Republik begannen daraufhin kriminalistische Aktivitäten, die ab Januar 2010 die regionale Polizei unter Michal Laska intensivierte. Das Verdienst daran schrieb sich zu Recht das „Tageblatt“ zu, denn es habe mit seinen Berichten „Jahrzehnte der Verdächtigungen und Zweifel beendet“. Am Morgen des 16. August begannen die Arbeiten mit Baggern, Sonden und Geo-Radar, bereits zu Mittag fand man erste Knochen- und Kleidungsreste von mindesten sechs Personen. Weitere sollen folgen und DNA-Tests baldige Aufklärung bringen.

Seit dem 18. August steht auf der Budinka bei Dobrenz ein drei Meter hohes Kreuz, von Einwohnern aufgestellt. Dobrenz ist kein Einzelfall, vielmehr besteht, so Kriminalist Laska, ein starkes Interesse, „die weißen Flecken in unserer Geschichte zu füllen“.

Dem Politologen Bohumil Dolezal erscheint seine Heimat als Geisterort, in den allnächtlich mehr Tote zurückkehren, um zu warnen: Morde können verjähren – Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht! Ludek Navara, ein auf die Vertreibungen spezialisierter dokumentarischer Autor, meinte lakonisch: Das ganze Ausmaß der damaligen Massentötungen kennen die heutigen Tschechen nicht einmal annähernd. Dutzende Schreckensorte vermutet das Tschechische Fernsehen neben den schon bekannten: Postelberg (Postoloprty) Juni 1945: mindestens 763 Deutsche erschossen, Aussig (Usti) 31. Juli 1945: Pogrom an Deutschen mit mindestens 100 Opfern, Prag-Borislavka 10. Mai 1945: Erschießungen und Niederrollen durch Lkw von zirka 40 Deutschen, Prerau 19. Juni: Erschießung von 265 deutschen Zivilisten, ähnliche Massaker in Brünn, Olmütz, Pilsen, Rakonitz, Mährisch Ostrau, Budweis, Nachod, Landskron usw. Eines der vielen Massaker von Prag wurde von dem Regisseur David Vondracek in dem Film „Zabijeni po cesku“ (Tötung auf Tschechisch) verarbeitet und eindeutig kommentiert: Solche Taten „sind Teil des größten Massenmordens zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und den Ereignissen im bosnischen Srebrenica 1995“. *Wolf Oschlies*

ZDF bringt »Töten auf Tschechisch«

Bei der Vertreibung der rund 42000 Prager Deutschen, die dort seit dem 10. Jahrhundert lebten, wurden im Jahre 1945 rund 5000 Deutsche erschlagen oder erschossen oder sie gingen in Lagern zugrunde. Eines der Massaker, die Erschießung von 42 Personen am 10. Mai 1945, wurde von einem Privatmann gefilmt. Das einzigartige Dokument wurde am 6. Mai am frühen Abend im tschechischen Fernsehen als Teil der Dokumentation „Töten auf Tschechisch“ ausgestrahlt. ZDF-History zeigt diese Dokumentation von David Vondracek am Sonntag, dem 12. September erstmals im deutschen Fernsehen. Hier wird der Beitrag allerdings nachts gezeigt – zwischen 23.35 und 0.20 Uhr. *PAZ*

Die Schulden-Uhr: Verzögerung

Trotz Aufschwungs: Im ersten Halbjahr ist das öffentliche Defizit noch drastisch gestiegen. Die Einnahmen sanken gegenüber dem Vorjahreszeitraum um insgesamt 1,5 Prozent, die Steuereinnahmen sogar um 2,8 Prozent. Dagegen stiegen die Ausgaben um 3,0 Prozent, was zu einem Defizit von 42,8 Milliarden Euro führte. Im konjunkturell miserablen Vorjahr waren es in den ersten sechs Monaten erst 18,7 Milliarden Euro. Ein Grund hierfür ist, dass Steuereinnahmen und Sozialabgaben ebenso wie die Staatsausgaben der Konjunktur nur mit einiger Verzögerung folgen. Allerdings stiegen die Einnahmen aus Körperschaftssteuern schon wieder um 14,4 Prozent – die Ertragslage der Unternehmen hat sich also offenbar bereits in den vergangenen Monaten gegenüber 2009 wieder deutlich gebessert. *PAZ*

1.705.227.889.707 €

Vorwoche: 1.703.109.644.649 €
Verschuldung pro Kopf: 20859 €
Vorwoche: 20833 €

(Dienstag, 24. August 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Gold wird noch knapper

Die gestiegene Nachfrage nach der »Krisenwährung« zeigt Folgen

Das kurzfristige Aufflackern des Eurokurses an den Devisenmärkten konnte die Flucht der Anleger in die „Krisenwährung“ Gold nicht aufhalten. Selbst die Chinesen haben sich in großem Stil bei australischen und afrikanischen Minen eingekauft.

„Der Wert des Goldes besteht in dem Vergnügen, es in der Hand zu halten“, meinte schon der US-Schriftsteller Henry Miller. Tatsächlich hat das Edelmetall außer in der Medizin und einigen speziellen technischen Anwendungen kaum praktischen Nutzen – selbst die klassische Verwendung als Schmuck zielt ja auf das rein subjektiv-ästhetische Empfinden ab. Und doch gilt das Gold seit Menschengedenken als Inbegriff des Wertvollen und hat bis heute alle Papierwährungen überdauert.

Rar ist das Gold seit eh und je. 2008 wurden von 166000 Bergleuten weltweit gut 7 Millionen Feinunzen Gold meist als sogenanntes Berggold geschürft. Aus den Flussläufen wird das sogenannte „Seifengold“ gewaschen. Fachleute gehen davon aus, dass ein goldener Würfel mit nur 20 Metern Kantenlänge den gesamten, auf 150000 Tonnen geschätzten Goldbestand der Erde fassen würde.

Die Nachfrage nicht nur der Anleger und Banken sowie der Schmuckindustrie steigt dennoch ständig. Auch die eher geringe Nachfrage der Industrie, die Gold beispielsweise als Leiter und Reflektor nutzt, nimmt zu. Da sind weitere Wertsteigerungen nicht unwahrscheinlich, obwohl das Gold seit einem Tief im Jahre 2001 seinen Wert bereits vervierfacht hat. Übrigens hat selbst der legendäre Investor Warran Buffet inzwischen das Gold entdeckt, nachdem er einst gespottet hatte, es erscheine ihm widersinnig, mühsam Gold „in Afrika oder sonstwo“ aus Löchern zu buddeln und einzuschmelzen, nur um es anderswo wieder in bewachten Löchern zu bunkern.

> Seit 2001 hat sich der Goldpreis vervierfacht

Die größten bekannten Vorkommen befinden sich heute in Südafrika, Ghana, den USA, in Kanada, Peru und Australien, in Russland, Usbekistan, in Indonesien sowie in China. China liegt bei den Produktionszahlen an erster Stelle. 2009 hat Australien Südafrika als bislang zweitgrößten Förderer überholt. Gegenwärtig werden im Jahresdurchschnitt etwa 2600 Tonnen gefördert, rund 100 Mal mehr als im 19. Jahrhundert. Übrigens ist im Meerwasser mengenmäßig die größte Goldreserve enthalten, doch lohnt sich die Gewinnung nicht, wie schon in den 20er Jahren der deutsche Chemiker Fritz Haber erkennen musste, als er davon träumte, mit Meergold die gegen Deutschland verhängten Reparationen aus dem Ersten Weltkrieg zu bezahlen.

Gold verliert also noch lange nicht den „Glanz der Götter“, den die Inkas einst so hoch schätzten, dass das Edelmetall keinen Handelswert bekam und nur der Verherrlichung der Götter diente.

In der alten Welt diente das Gold hingegen seit jeher zur Prägung von Münzen. Im 19. Jahrhundert wurde der Goldstandard zum obersten Maßstab aller Währungen, Goldreserven bei den Notenbank dienten zur Deckung der Papiergeld-Noten. Doch schon 1914 begann die Aufweichung dieser Regel, die 1971 mit der Abschaffung der Golddeckung des Dollars endete. *J. Feyerabend*

Haltloser Vorwurf

Pakistanhilfe: Islamfeindlichkeit kein Grund

Empört reagierte die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) auf die Behauptung von Aiman Mazyek, Generalsekretär des Zentralrats der Muslime in Deutschland, die islamfeindliche Stimmung im Westen sei Ursache für die vergleichsweise geringe Spendenbereitschaft für Pakistan. Diese Unterstellung sei haltlos, was die Spendenbereitschaft für die Opfer der Flutkatastrophe in Indonesien beweise. Zudem spräche die von den indonesischen Empfängern ausgehende Dankbarkeit für jegliche Hilfe eine deutliche andere Sprache. Allerdings könne, so die IGFM, Mazyek mit der muslimischen Führung in Pakistan das Gespräch zu den Themen Achtung der Religionsfreiheit, toleranter Umgang mit den Nichtmuslimen und Bekämpfung von Korruption auf allen Ebenen führen.

Christen helfen: Koordinator der Diakonie Katastrophenhilfe Bild: ddp

Schon kurz nach Beginn der Flutkatastrophe hatte US-Verteidigungsminister Robert Gates davor gewarnt, dass Islamisten die Lage ausnutzen würden, um ihren Einfluss bei der notleidenden, von ihrer korrupten Regierung enttäuschten Bevölkerung zu erhöhen. Inzwischen belohnen die Taliban offiziell Dörfer, die Hilfe aus dem Westen ablehnen. „Alle Unterstützung, die kommt, ist von Christen und Juden, die die Feinde des Islams sind. Die Menschen sollten gewarnt sein, dass die Ungläubigen uns versklaven wollen, indem sie die Hilfe stellen“, warnen Vertreter der Islamisten vor der Hilfe aus dem Westen. Inwieweit sich derartige Entwicklungen und der zunehmende Islamismus in Pakistan auf die Spendenbereitschaft des Westens auswirken, ist bisher noch ungewiss. *Bel*

Der erste Schultag

Von HARALD FOURIER

An diesem Wochenende geht es wieder los. In Berlin wird ein neuer Jahrgang eingeschult. Die älteren Kinder sitzen bereits seit Montag wieder in ihren Klassenräumen. Doch dort ist nicht alles so wie bisher. Im Gegenteil. Die neueste Schulreform hat dazu geführt, dass die Haupt- und Realschulen jetzt zu „Sekundarschulen“ zusammengefasst worden sind. Probleme seien da programmiert, orakeln Insider. Der Vorsitzende des Realschullehrerverbandes fürchtet gar, dass die Reform „den Bach runtergeht“, weil seine Kollegen mit den ehemaligen Hauptschülern überfordert sein würden.

Eine andere Reform-Spielwiese sind die Schulanfänger. Sie erleben das „Jahrgangsübergreifende Lernen“ (JÜL). In der ersten und zweiten Klasse werden sie gemeinsam unterrichtet. Leider bleiben seit der Einführung von JÜL immer mehr Kinder sitzen (schon 20 Prozent!), auch wenn es nicht mehr „sitzenbleiben“ heißt, sondern „längeres Verweilen“ in der JÜL-Phase. Danke für diese Lektion in Neusprech.

Und dann die Gymnasien: Ein knappes Drittel der Schüler wurde per Los ausgewählt, was vom Schulsenator als Maßnahme zur „Gleichbehandlung“ verteidigt wird. Zudem gibt es jetzt noch mehr Gemeinschaftsschulen, in denen die Kinder zehn Klassen lang gemeinsam unterrichtet werden.

Vieles also hat sich geändert. Zum Besseren? In Hamburg haben die Bürger gerade ihrem Senat mittels Volksentscheid eine schwere Schlappe zugefügt. Ole von Beust ist gegangen, und beinahe wäre sein ganzer schwarz-grüner Senat gestürzt.

Auch in Berlin könnte das Thema Bildung im kommenden Jahr an Bedeutung gewinnen. Im Wahlkampf werden die Parteien einander mit Wahlversprechen und Bekundungen des guten Willens überbieten. Ich sehe jetzt schon die Wahlplakate vor mir: „Bildung ist Bürgerrecht“, „Bildung für alle“, „Mehr Geld für Bildung“ oder „Bildung lernen heißt siegen lernen“ ... ach nein – so offen geben die „Reformer“ den trüben Quell ihrer Ideologie denn doch (noch?) nicht zu erkennen.

Spaß beiseite: Das sind alles austauschbare Phrasen, mit denen niemandem geholfen ist. Was normale Eltern von normalen Kindern wirklich interessiert, ist die Frage, ob ihr Kind wirklich etwas lernt oder nicht. Wenn sie das Gefühl haben, dass ihre Kinder nur als Versuchskaninchen missbraucht werden, dann könnte das wie in Hamburg die Leute aus Protest gegen den Senat zu den Urnen treiben. Bei ständig sinkender Wahlbeteiligung sind die Eltern (und Großeltern) von knapp 300 000 Schülern eine ernstzunehmende Größe. Um das zu erkennen, reicht schon fast das kleine Einmaleins.

Die Kirche blutet aus

Keine Strategie gegen den Schwund – Appell zu mehr »geistlicher Profilierung« verpufft



Freiluft-Gottesdienst der evangelischen Gemeinden des Berliner Pfarrsprengels Steglitz: Gottesdienste sollen einer neuen Studie zufolge einladender werden. Denn die öffentliche Feier des Gottesdienstes sei das Zentrum des kirchlichen Lebens, heißt es in einer von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Berlin vorgestellten „Orientierungshilfe“.

Bild: epd

Der evangelischen Kirche in der Mark laufen Jahr für Jahr über 10 000 Mitglieder weg – zusätzlich zum Verlust durch den Bevölkerungsrückgang. Doch für die Austrittsgründe interessiert sich die Kirchenleitung kaum.

Die Zahl sorgte für Furore. In der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, ihr gehören rund 646 000 Berliner an, sei die Zahl der Austritte erneut gestiegen – um mehrere Tausend binnen Jahresfrist. So meldeten es jedenfalls Berliner Medien. Doch die Zahlen seien falsch, sagt die Landeskirche: Sie selbst habe Daten falsch weitergegeben. Das Missverständnis ist jedoch kein Grund zum Aufatmen, denn niemand streitet ab, dass die Austrittswelle weitergeht.

Gut vier Jahre nach dem Berliner Perspektivprogramm „Salz der Erde“ beginnt nun endlich die interne Auswertung der Reformen, die wieder mehr Menschen an die Kirche Luthers hätte binden sollen. Die Kirche tut sich mit einer Neuausrichtung schwer. Offenbar wissen die Verantwortlichen in der Leitungsebene noch nicht einmal, warum die Menschen austreten. Nur langsam dringen Stimmen von Enttäuschten über die Gemeindeebene hinauf zur Führung.

Die Nachricht vom starken Austrittswillen ist der evangelischen Landeskirche peinlich, auch weil sie wenig überrascht. An öffentlichen Mutmaßungen über die Gründe besteht kein Mangel: Die „Berliner Morgenpost“ stellt einen Zusammenhang von Kirchenaustritten und Missbrauchsskandalen zumindest für die katholische Kirche, der in Berlin rund 316 000 Mitglieder angehören, als Tatsache dar: „Die Zahl der Kirchenaustritte hat sich seither dramatisch erhöht und in manchen Bistümern fast verdoppelt“, zitiert die Zeitung Religionssoziologen.

Bei den Protestanten sorgte im Juli der Rücktritt von Bischöfin Maria Jepsen von ihrem Posten in der Nordelbischen Kirche für Aufsehen – sie hatte Kenntnis von sexuellen Übergriffen, aber nichts unternommen. Doch die Krise beider Kirchen, die sich in den Austrittszahlen spiegelt, weist über solche Meldungen hinaus. Seit einem vom damaligen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Wolfgang Huber, verabschiedeten EKD-Programm fragen auch die Berliner Protestanten nach neuen Wegen aus der Krise. Huber brachte den Prozess inhaltlicher Besinnung aufs Kerngeschäft der Kirche gegen viel Widerstand auf den Weg – auch als Bischof der Landeskirche Berlin-Brandenburg/Schlesische Oberlausitz.

Das Programm namens „Salz der Erde“ fordert seither „geistliche Profilierung statt undeutlicher Aktivität“. Doch in der Praxis wirbt die Landeskirche weiter für Veranstaltungen wie „Gemeinsam laufen für eine gleichberechtigte und multikulturelle Gesellschaft“. Das Ziel, Gläubige besser zu verstehen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, nimmt derweil an Dringlichkeit zu. Das zeigt die Aktion Berliner Brief. An 385 000 Hauptstädter mit evangelischem Hintergrund schickte Generalsuperintendent Ralf Meister Post: „Heute bekommen Sie Post von Ihrer Kirche, und die will nichts von Ihnen.“ Tatsächlich hofft die Kirche auf Reaktionen, will weitere Briefe schikken – wieder ohne Spendenaufruf oder Bitte um Engagement.

> Die Maßnahmen der Kirche muten verzweifelt an

Doch warum Menschen der Kirche massenhaft den Rücken kehren – jedes Jahr verlassen über 10 000 Menschen die evangelische Landeskirche –, wird auch so kaum ergründet. „Sie müssen das verstehen“, sagen dazu Kirchensprecher und verweisen auf komplexe interne Strukturen. Natürlich gebe es Synoden und Pfarrkonvente. Doch über ein knappes „Stimmungsbild“ zu Austritten gehe dabei niemand hinaus. Eigene Veranstaltungen dazu: unbekannt.

So schrumpft der Austritt zum Verwaltungsakt beim Amtsgericht. Stichproben dort legen nahe, dass gerade im Westen der Stadt die Zahl der Austritte jüngst wieder gestiegen ist. In der evangelischen Kirche beschäftigt sich trotzdem allein der Kirchenkreis Stadtmitte in einem Pilotprojekt mit „Mitgliedschaftsmanagement“. Dort weiß man, Antworten auf Angebote der Kirche wie den Berliner Brief sind selten. „Viele sind inzwischen so kirchenfern, die wissen nicht, dass sie als Studenten, Rentner oder Arbeitslose keine Kirchensteuer zahlen, begründen ihren Austrittswillen aber damit“, so eine Mitarbeiterin. Nur einmal habe sie einen Austritt wegen Übertritts zum Buddhismus in der Post gehabt.

Konversionen spielen also keine große Rolle. Zwar gibt es auch zum Bereich Berliner Stadtmitte keine Zahlen, doch aus Erfahrung weiß man dort, wie viele junge Leute ihren Zuzug nach Berlin als Abschied von der Kirche sehen und austreten. „Fünf bis sechs Jahre später kommen die dann wieder, weil sie Taufpate werden wollen, und fragen uns, wie sie möglichst schnell wieder eintreten.“ Tatsächlich gab es im Jahr 2009 1496 Wiedereintritte, allerdings bei 10 363 Austritten.

Die Maßnahmen der Kirche, Glaubensbindungen nicht reißen zu lassen, muten angesichts solch erster, sehr allgemeiner Erkenntnisse verzweifelt an: In Brandenburg will die Kirche mit Musicals die Bibel an die Öffentlichkeit bringen. Ein Jugendmobil fährt zudem über die Dörfer, auch gehe von den Kirchbauvereinen als erstem Kontaktpunkt eine große Kraft aus, so eine Sprecherin der Landeskirche. In Berlin gibt es immerhin vier Kircheneintrittsstellen. Dort sei ein „unbürokratischer Eintritt“ möglich, aber auch Gespräche mit dem eigens dazu abgestellten Pfarrer. Die Protestanten setzen auf „niederschwellige Kontakte“. Eine auch inhaltlich begründete Strategie gegen den Schwund hingegen fehlt.

Sverre Gutschmidt

»Pro«-Bewegung in Berlin

Geschäftsstelle eröffnet – Stadtkewitz lehnt Kandidatur für die Rechtspartei strikt ab

Die Allee der Kosmonauten zieht sich, wie der Name vermuten lässt, durch den Ostteil Berlins. Die Straße zählt nicht zu den repräsentativen Wohnquartieren. In der Hausnummer 28 residiert seit vergangener Woche die Geschäftsstelle der „Bürgerbewegung Pro Deutschland“.

Die Kleinpartei will bei den Abgeordnetenhauswahlen im kommenden Jahr als demokratische Partei rechts der CDU antreten. Entgegen diesem ehrgeizigen Ziel scheint sich das Interesse der Berliner an der neuen Truppe bislang in Grenzen zu halten. Zum Berliner Landesparteitag von Pro Deutschland vor einigen Wochen erschienen gerade einmal 50 Personen – die sich immerhin noch 200 bis 300 militanten Gegendemonstranten und Blockieren gegenüber sahen.

Inzwischen schrumpfte jedoch selbst das Interesse der extremen Linken. Zur Geschäftsstellen-Eröffnung ließen sich nach Polizeiangaben nur noch etwa 30 bis 40 „Antifaschisten“ blicken.

Pro Deutschland fehlt in Berlin vor allem ein populäres Zugpferd. Mehrfache Versuche, Rene Stadtkewitz – das parteilose Mitglied der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus – für eine Kandidatur zu gewinnen, scheiterten. Ausgerechnet gegenüber dem früheren SED-Organ „Neues Deutschland“ erklärte Stadtkewitz: "Ich will mit denen nichts zu tun haben, und habe mit denen nichts zu tun.“ Eine Zusammenarbeit sei „definitiv ausgeschlossen“.

> Die Resonanz ist bislang gering: Es fehlt ein Zugpferd

Vielmehr erklärte der stadtweit bekannte Politiker, er wolle weiterhin in der CDU für seine Positionen kämpfen. Berlins CDU-Partei- und -Fraktionschef Frank Henkel will den bekennenden Islam-Kritiker Stadtkewitz indes per Ausschlussverfahren aus der Union drängen (die *PAZ* berichtete).

Angesichts der Zurückweisung lassen die Pro-Repräsentanten ihrer Enttäuschung über Stadtkewitz freien Lauf. Pro-NRW-Vorstandsmitglied Judith Wolter schimpft: „Herr Stadtkewitz nimmt in diesen Tagen eine politische Positionierung vor, die viele Fragen aufwirft.“ Er werde „nicht umhin kommen, sich seinen Mitstreitern in der islamkritischen Bewegung zu erklären“, hofft Wolter, und hält Stadtkewitz gar unlautere Motive vor: Es dürfe nicht sein, „dass viele idealistische Aktivisten in islamkritischen Vereinigungen von einigen CDU-nahen Funktionären hinters Licht geführt werden“.

„Pro Deutschland“ verfügt in Berlin mit Manfred Rouhs aus Köln und dem Schweden Patrik Brinkmann nur über zugereiste Repräsentanten, was die Erfolgsaussichten zusätzlich schmälert.

Für die Hauptstadt-Union ist die Schwäche der neuen Konkurrenz indes nur ein schwacher Trost. Die internen Reibereien lassen bürgerliche Wähler der gemäßigten Rechten an den Christdemokraten zunehmend verzweifeln, wie das jüngste, miserable Umfrageergebnis von 17 Prozent sichtbar gemacht hat.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert fürchtet dennoch Gefahr von rechts der Mitte. Nach den politischen Erfahrungen mit der Schill-Partei in Hamburg sei besondere Vorsicht geboten, so Rawert. An der Alster konnte sich eine traditionell schwache CDU 2001 mit der Hilfe der ebenso neuen wie kurzlebigen Mitte-Rechts-Formation des streitbaren Richters Ronald Schill nach 44 Jahren SPD-Herrschaft an die Macht hieven. *Hans Lody*

Drehkreuz im Osten

Air Berlin fliegt in Kürze Königsberg an

Königsberg ist seinem Ziel, Drehkreuz für den Luftverkehr in Ostmitteleuropa zu werden, ein Stück nähergekommen. Wie der Generaldirektor des Königsberger Flughafens Powunden (russisch: Chrabrowo), Wiktor Galkin, bestätigte, wird Air Berlin in Kürze Königsberg anfliegen. Schon im Juni berichtete Infrastrukturminister Alexander Rolbinow gegenüber russischen Journalisten, dass die Gesellschaft von Berlin und eventuell weiteren bundesdeutschen Flughäfen aus die Pregelmetropole anfliegen wolle.

Nach der Insolvenz der Königsberger Regionalfluglinie KD Avia, die Powunden mit Berlin-Tegel sowie der russischen Hauptstadt verbunden hatte, geriet der ostpreußische Flughafen in Schwierigkeiten. Das Königsberger Gebiet war eine Zeit lang vom internationalen Flugverkehr weitgehend abgekoppelt. Annehmbare Flugverbindungen in die Bundesrepublik führten seitdem vor allem mit Air Baltic über Riga. Die lettische Fluggesellschaft etablierte so ihren Stammflughafen Riga als Drehkreuz zwischen Europa und den Staaten der GUS.

Diese Funktion hatten die russischen Behörden aber ursprünglich Königsberg zugedacht. Dort hofft man nun auf eine Neubelebung der Drehkreuz-Vision: Air Berlin soll west- und mitteleuropäische Flughäfen mit Königsberg verbinden, wo russische Niedrigkosten-Fluglinien mit Verbindungen zur GUS anknüpfen.

Air Berlin, die ihren Expansionskurs auch in Konkurrenz zur Lufthansa fortsetzt, wird Anfang 2012 der Flugallianz „Oneworld“ beitreten und steigt damit in die Oberliga der Fluglinien auf (die *PAZ* berichtete). Seit diesem Sommer bereits hat sie ihre Präsenz in Russland ausgedehnt und verbindet Berlin-Tegel 13 Mal wöchentlich mit Moskau-Domodedowo.

Thomas W. Wyrwoll

Zeitzeugen



Atilla Kiyat – Mit seinem Eingeständnis, dass Morde an Kurden in den 90er Jahren im Auftrag der jeweiligen Regierung geschehen seien, hat der pensionierte türkische Admiral für Aufregung gesorgt. Seine Vorwürfe treffen vor allem die „Partei des Rechten Weges“, die Mutterlandspartei und die Refah Partisi, eine der Milli-Görüs-Bewegung nahestehende Partei, die damals nacheinander die Ministerpräsidenten stellten.

Recep Tayyip Erdogan – Der türkische Ministerpräsident kann für seine in der Bevölkerung als „muslimisch-demokratisch“ wahrgenommene „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ (AKP) die Hände bezüglich Kiyats Vorwürfen in Unschuld waschen, denn in den 90er Jahren war die AKP noch nicht gegründet.



Süleyman Demirel – Die türkische Politik der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist eng mit dem Politiker verbunden, der von 1965 an mehrfach Ministerpräsident und einmal Staatspräsident (1993–2000) der Türkei war. Weil er dem Militär nur begrenzt Einfluss gewähren wollte, putschte ihn dieses zweimal aus dem Amt, doch Demirel war nie lange von der Staatsführung fern zu halten.

Tansu Ciller – Nach der Wahl von Demirel zum Staatspräsidenten 1993 wurde die Wirtschaftswissenschaftlerin, die in seiner Regierung zuvor Wirtschaftsministerin gewesen war, seine Nachfolgerin. Wie er gehörte sie der liberal-konservativen und säkularen „Partei des Rechten Weges“, der früheren Gerechtigkeitspartei und heutigen Demokratische Partei an. Nach dem Bruch ihrer Koalition 1996 war sie unter ihrem Nachfolger Außenministerin.



Foto: ddp

Rupert Polenz – „Besser für beide: Die Türkei gehört in die EU“ lautet der Titel eines im Mai erschienen Buches des CDU-Politikers. Der ehemalige Generalsekretär betont, dass sich die CDU schon unter Helmut Kohl für einen EU-Beitritt ausgesprochen habe, wenn die Türkei die Beitrittskriterien erfülle. Polenz erklärt, in seiner Partei mit seiner Meinung nicht allein zu sein, die meisten CDU-Oberbürgermeister von Großstädten dächten ähnlich, denn ein EU-Beitritt würde auch die Integration erleichtern, so der 64-Jährige.

Fast ein Bürgerkrieg

Blutiger Konflikt in Türkisch-Kurdistan – Liquidierungen und wohl auch Giftgaseinsatz

Vor wenigen Tagen schockierte ein hoher türkischer Militär mit dem Eingeständnis, auf Befehl von „ganz oben“ seien in den 90er Jahren missliebige Kurden ermordet worden. Tatsächlich dauert die Unterdrückung der Kurden in der Türkei bis heute an.

Durch das jüngste Bekenntnis des türkischen Ex-Admirals Atilla Kiyat wurde öffentlich, dass Ankara in den 90er Jahren gezielt kurdische Journalisten und Systemkritiker liquidieren ließ. Der genaue Umfang ist unklar, doch gelten über 3000 Morde an Kurden in dieser Zeit als unaufgeklärt. Die jetzige Regierung von Recep Tayyip Erdogan schweigt bislang und wischt alle Vorwürfe mit dem Hinweis auf PKK-Propaganda vom Tisch.

In den 90er Jahren, als der Konflikt auf dem Höhepunkt war, regierten unter anderem Ministerpräsidentin Tansu Ciller und Ex-Präsident Süleyman Demirel. Schon mit dem Militärputsch von 1980 setzte eine verstärkte Verfolgung militanter Kurden ein. Verhaftungswellen durchzogen das Land, viele flohen in Nachbarstaaten. Der von den Kurden als Volksheld gefeierte Abdullah Öcalan wurde 1999 in Kenia aufgegriffen, wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und später zu lebenslänglich begnadigt.

Mit 25 bis 30 Millionen Menschen sind die Kurden das größte Volk der Erde ohne eigenen Staat. Viele besiedeln auch Gebiete im Irak, im Iran und in Syrien. Die größte Gruppe lebt in der Türkei. Nach Schätzungen beträgt der Anteil der Kurden an der dortigen Gesamtbevölkerung von etwa 73 Millionen 14 bis 20 Prozent. Genaue Zahlen liegen nicht vor, da seit der Volkszählung von 1987 nicht mehr nach der Muttersprache gefragt wird. Außerdem gibt es Assimilation, weil viele Kurden schon von 1938 an zwangsweise türkische Namen verpasst bekamen und auch ihre Ortschaften umbenannt wurden.

> Auch die Türkei bestätigt insgesamt über 40 000 Tote

Die Diskiminierung dauert bis heute. Es ist nicht lange her, da attackierte ein aufgebrachter türkischer Mob Parteibüros der prokurdischen Partei DTP, es folgten Plünderungen von Geschäften und Cafés wie beispielweise der Lebensmittelkette „Saypa“. Vor diesem Hintergrund heulen viele Kurden lieber mit den Wölfen, als sich zu erkennen zu geben. Manche hängen sogar türkische Nationalflaggen an den Eingang ihrer Geschäfte und tun sich durch vaterländische Parolen hervor – sei es aus Furcht oder aus Opportunismus. Das wiederum setzt sie als „Abweichler“ und „Kollaborateure“ der Rache der verbotenen PKK aus. Ihr logistisches Zentrum liegt heute in der Schweiz. In den USA und der EU gilt die marxistisch orientierte „Arbeiterpartei“ hingegen als Terrororganisation.

In den 90er Jahren war dieser Konflikt noch um einiges blutiger. Um der PKK die soziale Basis zu entziehen, zerstörte das Militär mehrere Tausend Dörfer und entvölkerte systematisch eine ganze Region. Die Menschen flüchteten entweder in die Elendsviertel der Großstädte oder ins europäische Ausland. Kurdische Organisationen sprechen von über 6000 zerstörten Dörfern und über 40 000 ums Leben gekommenen Menschen in den Jahren 1984 bis 1999. In dieser Zeit geschahen offenbar die gezielten Tötungen.

Auch türkische Quellen bestätigen eine Gesamtzahl von über 44 000 Getöteten auf beiden Seiten, allerdings im Zeitraum von 1984 bis 2008. Nach einer Entspannung ab etwa 1999 – sogar gewisse Minderheitenrechte für die Kurden wurden eingeführt – haben die Kämpfe seit 2004 nämlich wieder deutlich zugenommen. Im September 2009 sollen dabei „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ chemische Waffen eingesetzt worden sein, wie ein Gutachten der Hamburger Universitätskliniken feststellt. Die Verhandlungen über den EU-Beitritt der Türkei gehen unbeeindruckt davon weiter. *J. F./K. B.*



Kurdenprotest am 13. Dezember 2009 in der Stadt Gewer (türkisch: Yüksekova) im äußersten Südosten der Türkei Bild: pa

Lange Geschichte des Leidens

Pogrome gegen Kurden haben in Vorderasien eine lange Geschichte. Der blutige Konflikt reicht in die Zeit des Osmanischen Reiches (1299–1923) zurück. In manchen türkischen Offiziersfamilien herrscht Stolz darüber, dass sie seit drei Generationen gegen die kriegerischen Kurden kämpfen, die sich immer wieder gegen die Einverleibung in fremde Staaten wehrten. Zeitweise sah es bei den Aufständen sogar nach Erfolgen aus, doch die Wiedererstarkung der Türkei unter Kemal Pascha Atatürk in den 30er Jahren setzte diesen Autonomiebestrebungen ein Ende. Im kemalistischen Weltbild war kein Platz für Kurden, sie wurden einfach als „Bergtürken“ der Titularnation zugeschlagen.

Ein Schlaglicht auf das Denken der türkischen Elite wirft die Äußerung des ehemaligen türkischen Justizministers Mahmut Esat Bozkurts 1930: Nichttürken hätten nur ein einziges Recht im Lande, das Recht, Diener oder Sklaven zu sein. Allein zwischen 1925 und 1938 fanden gegen diese Diskriminierung 20 Kurdenaufstände statt.

> Kurdistan ist reich an Wasser und Öl

Auch die ehemaligen Kolonialherren im Nahen Osten sind an dem Desaster nicht unschuldig. So lehnten die Briten im Ersten Weltkrieg kurdische Autonomiewünsche im Irak ab, da sie die Kontrolle über die Ölfelder dieses Gebietes behalten wollten. Die Franzosen wiederum erhielten nach dem Ersten Weltkrieg die südwestlichen Kurdengebiete, die heute zu Syrien gehören.

Tatsächlich wäre ein unabhängiger Staat Kurdistan der einzige in der gesamten Region, der über ausreichend Wasser und zudem über viel Öl verfügen würde. Und so ist es kein Wunder: Wenn es gegen kurdische Forderungen ging, waren sich Ankara, Teheran, Damaskus und Bagdad fast immer einig. *J. F./K. B.*

Die Armee als Staat im Staat

Erdogan könnte die Entmachtung der Generäle gelingen

Die türkische Innen- und Außenpolitik der letzten Jahrzehnte war geprägt vom Machtkampf zwischen „Kemalisten“ und „Islamisten“. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan scheint es nun aber zu schaffen, eine endgültige Entscheidung herbeizuführen.

Erdogan trat als 15-Jähriger der radikal-islamischen Bewegung Milli Görüs bei und war dann in den islamistischen Parteien des späteren Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan aktiv. Als auch die letzte davon 2001 verboten wurde, gründete er die AKP, die seit den Wahlen 2002 über die absolute Mehrheit verfügt. Erdogan, 1998 wegen islamistischer Verhetzung zu zehn Monaten Gefängnis und lebenslangem Politikverbot verurteilt, konnte erst nach Aufhebung dieses Verbots 2003 Regierungschef werden.

Die „Kemalisten“, ebenfalls wechselnden Parteien zuzurechnen, sehen sich als Erben des laizistischen, westlich orientierten Staatsgründers Kemal Atatürk. Ihre Hochburgen waren bisher in Universitäten, der Justiz, der Polizei und vor allem der Armee, die 1960, 1971 und 1980 gewaltsam in die Politik eingriff, Triebkraft beim Sturz Erbakans war und faktisch ein Staat im Staate ist.

Ein im Westen ignorierter Aspekt sind die Dönme, die Nachfahren von zum Islam konvertierten Mitgliedern einer kabbalistischen Sekte auf dem Balkan, die 1918 in die Resttürkei übersiedelten, eifrige Unterstützer Atatürks waren und hohe Funktionen erreichten. Der frühere Generalstabschef Ilker Basbug war Dönme und angeblich Atatürk selbst. Die Hassausbrüche nach Israels Gaza-Aktionen haben nicht zuletzt damit zu tun, dass die türkische Armee mit der israelischen engste Beziehungen unterhält und dass prompt das alte Gerücht neu auflebte, die Dönme seien nur Schein-Konvertiten.

> Öcalan als Partner beim Referendum am 12. September

Erdogan scheint spätestens im Gefängnis erkannt zu haben, dass islamistische Ziele nur mit einem langen „Marsch durch die Institutionen“ durchsetzbar sind. Diesen geht er nun konsequent. So haben es erst Umbesetzungen in der Justiz ermöglicht, hohe Offiziere wegen angeblicher Verschwörung zu verhaften und anzuklagen. Das wiederum hat Familien von im Kurdengebiet gefallenen Soldaten ermutigt, Klagen gegen die Armeeführung einzureichen. Auch die jüngsten Vorwürfe von Giftgaseinsatz gegen Kurden treffen primär die Armee.

Die Annäherung der Türkei an die „Erbfeinde“ Griechenland und Armenien passt ebenso ins Bild wie die Verbrüderung mit dem einst von der Armee bedrohten Syrien, die ausgezeichneten Beziehungen mit Russland und die Unterstützung für den Iran. Bei Neubesetzungen an der Armeespitze konnte Erdogan jüngst Teilerfolge erzielen, und eine neue Verfassung soll der Regierung zulasten der Armee weitere Befugnisse geben. Beim Referendum darüber am 12. September hat Erdogan die vielleicht entscheidende Unterstützung durch den inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan. Er hat indirekt die Kurden aufgefordert, für die Annahme zu stimmen. *RGK*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2731**

Verschwundene Millionen

Die Volkszählung 2011 dürfte zeigen, dass Deutschland weniger Einwohner hat – Vielfältige Auswirkungen

In Sachen Ordnungsliebe und Zuverlässigkeit werden die Deutschen weltweit geschätzt. Für fast alles gibt es zudem in diesem Land Statistiken, in denen mit Prozentsätzen Entwicklungen aufgezeigt werden. Doch viele dieser Zahlen, auf die sich der Staat, die Wirtschaft und die Wissenschaft berufen, bilden inzwischen alles andere als die Realität ab.

Schon die Frage, wie viele Einwohner dieses Land hat, beantwortet man falsch, so man denn die offizielle Zahl des Statistischen Bundesamtes nennt. Laut der Behörde sollen es 81,8 Millionen sein, aber Genaues weiß man nicht. Das Gleiche gilt für Fragen nach der Religion, der nationalen Herkunft, dem Bildungsstand, dem Familienstand, dem Einkommen, dem bewohnten Wohnraum und vieles mehr. Noch schwieriger wird es, wenn man wissen will, wie viele Einwohner bestimmte Städte, Gemeinden und ganze Bundesländer haben.

Alle Zahlen, die hierfür genannt werden, basieren auf zwei Quellen, die nicht wirklich zuverlässig sind. Das sind einmal die kommunalen Melderegister, doch nicht jeder Bürger meldet sich an beziehungsweise ab, wenn er umzieht. Und dann ist da noch die Datenbasis, die die letzte Volkszählung ergeben hat. Doch die war in den alten Ländern zuletzt 1987 und in der DDR sogar 1981. Die gesamten Wanderbewegungen nach der deutschen Wiedervereinigung 1990 sind nie vollständig erfasst worden. Allein dies macht den Zensus, bei dem Deutschland auf Druck der EU die Zahl seiner Einwohner offiziell feststellen muss, auch politisch brisant. Denn Bevölkerungszahlen liefern nicht nur die Grundlage für die Infrastrukturplanung, so dass Städte und Gemeinden besser absehen können, wie viele Kindergartenplätze, Schulen oder Altenheime sie benötigen.

Die Zahl der Einwohner hat auch politische und finanzielle Folgen. Die Höhe des Länderfinanzausgleich, die Einteilung der Bundestagswahlkreise, die Stimmenverteilung der Bundesländer im Bundesrat oder die Sitze Deutschlands im Europaparlament; alles hängt direkt mit der Zahl der Einwohner zusammen. Und schon jetzt wird vermutet, dass als Folge des Zensus 2011 die neuen Bundesländer deutliche Einnahmeverluste erleiden werden. Jeder Bürger erhöht schließlich die Ansprüche aus dem Länderfinanzausgleich, doch schon jetzt wird geschätzt, dass im Osten des Landes etwa 1,3 Millionen Menschen weniger leben, als die Statistiken es angeben. Bei der letzten Volkszählung 1987 musste die Bevölkerungszahl nur um knapp 77000 Personen korrigiert werden, was jedoch schon zu einer Umverteilung von 935 Millionen D-Mark führte.

Für eine weitere Überraschung dürfte neben der reinen Einwohnerzahl die zu erwartende Zunahme der statistisch erfassten Personen mit Migrationshintergrund sorgen. Bisher werden nämlich nur jene Bürger dazu gerechnet, die entweder eine ausländische

Statistisch haben bald mehr Personen einen Migrationshintergrund

Staatsbürgerschaft haben oder zumindest im Ausland geboren wurden. Wenn es also bisher heißt, dass jeder fünfte in diesem Land ausländische Wurzeln hat, dann dürfte sich diese Aussage nach dem Zensus noch deutlich erhöhen. Denn erstmals wird nun ermittelt, ob eines oder beide Elternteile einer Person im Ausland geboren wurden und falls ja, in welchem Land.

Allerdings wird nicht jeder der Einwohner so befragt. Beim Zensus 2011 werden vor allem die Daten aus den (nachkontrollierten) Melderegistern sowie den Anschriften- und Gebäuderegistern als Basis genommen. Direkt befragt wird nur jeder zehnte Bundesbürger und das auch nur im Durchschnitt, denn Statistiker haben empfohlen, in ländlichen Gebieten mehr Stichproben zu erheben als in Ballungsgebieten. Und so wird in Rheinland-Pfalz durchschnittlich jeder siebente und in Hamburg nur jeder 23. befragt. Doch Gert G. Wagner, Vorsitzender der Zensuskommission und Professor an der TU Berlin, weist gegenüber der *PAZ* darauf hin, dass die Größe dieser Stichprobe sehr zuverlässiges Datenmaterial böte. „Wir machen Aussagen über Wahlen, da werden 1000 Personen befragt, hier werden acht Millionen befragt."

Grund dafür, dass nicht jeder Einwohner in diesem Land befragt werden wird, ist aber nicht allein die Tatsache, dass dies ein sehr teures Unterfangen wäre und bereits jetzt mit Kosten in Höhe von 710 Millionen Euro gerechnet wird. Viel entscheidender dürften hier die Erfahrungen der letzten Volkszählung sein. Diese war eigentlich bereits für 1981 geplant, verzögerte sich aber aus politischen Gründen und wegen massiver Bürgerproteste um sechs Jahre. Obwohl es zahlreiche Boykottaufrufe gab, die den Überwachungsstaat und den „gläsernen Bürger" fürchteten, meldete die Statistiker, dass die Volkszählung schließlich gelang.

Auch heute noch gibt es Bürgerrechtler, die die Bedenken von 1987 für aktuell halten. Vor wenigen Wochen reichten sie in Karlsruhe eine Verfassungsbeschwerde gegen die für 2011 geplante Volkszählung ein. „Derzeit ist noch nicht absehbar, wann eine Entscheidung in dem betreffenden Verfahren ergehen wird", teilt Judith Blohm, Pressesprecherin des Bundesverfassungsgerichts, auf Anfrage der *PAZ* mit.

In Erinnerung an 1987 will die Bundesregierung den Widerstand gegen den Zensus 2011 so klein wie möglich halten. Das dürfte auch ein Grund dafür sein, warum sie nicht dem Vorschlag der Zensuskommission folgte, auch nach der im jeweiligen Haushalt gesprochenen Sprache zu fragen. Dieses Merkmal wäre zwar ein aussagekräftiger Indikator über das Maß der Integration gewesen, doch es hätte eine kontroverse Diskussion auslösen können, die die Politik vermeiden möchte. Zudem bindet der Verwaltungsaufwand des Zensus 2011 bereits jetzt genügend Kräfte. Wie viel Personal es genau sein wird, weiß man beim Statistischen Bundesamt zwar noch nicht, doch Fakt ist, dass ab Mai 2011 Interviewer durch das Land ziehen werden und im Hintergrund Mitarbeiter die ermittelten Daten zu einem aussagekräftigen Bild zusammenfügen müssen. Das dauert: Erst Ende 2012 sollen die Ergebnisse vorliegen. *Rebecca Bellano*



Ab Mai 2011 schwärmen die Interviewer aus: Im Durchschnitt wird jeder zehnte Bürger befragt. Bild: dstatis

MELDUNGEN

Kultur lockt nur wenig

Berlin – Während sich Arbeitsministerium und Familienministerium über die mögliche Einführung einer Bildungskarte für Kinder von Hartz-IV-Empfängern streiten, weist die Stadt Stuttgart darauf hin, dass die von ihr herausgegebene Chipkarte vor allem für Freizeitangebote und nicht für Bildung genutzt würde. Die mit 60 Euro aufgeladene Karte, die an alle Kinder von Eltern mit einem Einkommen unter 60000 Euro vergeben wurde, wurde vor allem für den Besuch von Schwimmbädern benutzt. Hierhin flossen 37 Prozent der 3,7 Millionen Euro des Kartenbudgets 2009. 22 Prozent wurden für Zoobesuche verwendet und 18 Prozent gingen in schulische Angebote wie Ausflüge. In den Bereich Bildung und Kultur hingegen flossen nur Kleinstbeträge: So wurden nur 0,04 Prozent der Gelder für einen Theaterbesuch und 0,1 Prozent für einen Besuch im Kunstmuseum ausgegeben. *Bel*

Hungrig zur Schule

Hannover – Jedes vierte Schulkind in Norddeutschland isst morgens nichts zum Frühstück. Der Anteil der Kinder von Alleinerziehenden in Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein ist dabei besonders groß. 55 Prozent der alleinerziehenden Mütter und Väter können nach eigenen Angaben aus Zeitgründen nicht in Ruhe mit dem Kind frühstücken. 91 Prozent geben ihm kein selbst geschmiertes Pausenbrot mit. Das teilt die Techniker Krankenkasse (TK) in Niedersachsen mit und beruft sich auf eine Umfrage des Forsa-Instituts. „Kinder sind nur dann richtig fit für die Schule, wenn sie morgens in Ruhe frühstücken", erklärte dazu Alexandra Krotz, Ernährungswissenschaftlerin bei der TK. Die Jungen und Mädchen seien leistungsfähiger und könnten sich besser konzentrieren. *idea*

Kante gezeigt

CDU Hessen steht zu Alfred Dregger

Seit einer Woche heißt die Landesgeschäftsstelle der CDU in Hessen Alfred-Dregger-Haus. Die hessische CDU unter dem neuen Landesvorsitzenden und designierten Ministerpräsidenten Volker Bouffier hat damit eine Duftmarke gegen den Zeitgeist, aber auch gegen modernistische Strömungen in der eigenen Partei gesetzt.

Volker Bouffier hob bei der Enthüllung des Schildes an der Außenfassade den „einzigartigen Rang Alfred Dreggers für die CDU" hervor. Für die CDU sei ein wesentlicher Grund für die Namensgebung gewesen, die Lebensleistung des langjährigen Fuldaer Oberbürgermeisters, CDU-Landesvorsitzenden und früheren Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag zu würdigen. „Alfred Dregger war ein unermüdlicher Kämpfer für Freiheit und Demokratie. Auch in politisch stürmischen Zeiten ist er stets mutig für seine Standpunkte eingetreten", erklärte Bouffier.

Aufrichtiger Freund der Vertriebenen

Aus Dreggers Heimat Fulda waren seine Witwe Dagmar Dregger sowie der Landtagsabgeordnete Dr. Walter Arnold und der Fuldaer Bundestagsabgeordnete Michael Brand gekommen. Arnold erinnerte an „Dreggers klaren Kurs und politischen Mut". Unser Land habe „Alfred Dregger viel zu verdanken", betonte Brand. „Er war ein Streiter für Deutschland, ein wahrer Patriot." Die Benennung des Hauses geht übrigens auf eine Initiative der hessischen Jungen Union zurück.

Die Verdienste des 1920 Geborenen, der im Zweiten Weltkrieg sechs Jahre lang als Soldat diente, sind in der Tat herausragend. Konsequent kämpfte er in den 80er Jahren gegen Strömungen selbst innerhalb der CDU, das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands zu verwässern oder gar aufzugeben. Den deutschen Vertriebenen war Dregger ein aufrichtiger Freund. Die Abtretung der Oder-Neiße-Gebiete im September 1990 als Bedingung für die deutsche Einheit kommentierte er mit den Worten „Erpressung ja-wohl, aber in der Politik ist das so."

Linke und Grüne reagierten voller Ablehnung auf die Benennung. Dregger stehe für den konservativsten Teil der CDU bundesweit, meinte ein Sprecher der Grünen mit dem Unterton des Entsetzens. *K.B.*

Kein Jakobiner

Zum Tode von Sepp Daxenberger

Bundesweit wurde der Tod des Grünen-Politikers und Öko-Landwirts Sepp Daxenberger (48) mit Erschütterung aufgenommen. Der langjährige bayerische Landesvorsitzende der linken Öko-Partei verstarb nur drei Tage nach seiner Frau Gertraud (49) ebenfalls an Krebs. Das Paar hinterlässt drei Söhne im Alter von zwölf bis 20 Jahren. Für Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) „eine Tragödie, die sprachlos macht". 1996 wurde Daxenberger zum ersten grünen Bürgermeister in Bayern gewählt. Vorher war der gelernte Schmied mehrere Jahre Landtagsabgeordneter. In dieser Zeit lernte der Verfasser dieser Zeilen den bodenständigen, in vielerlei Hinsicht konservativen und gerade dadurch glaubwürdigen Politiker kennen und schätzen.

»Vorbild an Heimatverbundenheit«

In der Öffentlichkeit wenig Beachtung fand Daxenbergers Engagement für den konservativen und heimattreuen Bayernbund. Dieser wurde nach dem Ersten Weltkrieg unter anderem Namen als Monarchistenvereinigung gegründet. Im Dritten Reich wurde er verboten, einige Mitglieder gingen in den Widerstand und fanden durch Verrat den Tod. 1952 wieder gegründet, setzt sich der Bayernbund noch heute für die Vertiefung des bayerischen Geschichts- und Staatsbewusstseins, die Erhaltung der heimischen Kultur und die „Bewahrung der christlich-abendländischen Tradition" ein.

So versteht man auch Daxenbergers Konfrontation mit seiner eigenen Partei, die in knallharter jakobinischer Tradition beschloss, die Kreuze aus den Schulen zu entfernen. Der Verstorbene dazu 2008: „Meine Großmutter hat im Dritten Reich dafür gekämpft, dass die Kreuze in den Schulen bleiben. Die haben dem Lehrer Prügel angedroht, wenn die Kreuze nicht wieder aufgehängt werden. Jetzt wollen wir die Kreuze rausholen – das widerspricht sich doch!"

Natürlich bleiben Fragen: Warum wechselte Daxenberger nicht zur konservativen Öko-Partei ÖDP oder zur Bayernpartei, die sich für Lebensrecht, umweltverträgliche Wirtschaftsformen und gegen Zentralismus engagieren? Gleichwohl gilt: Bayern, Deutschland und Europa wird dieser originelle Politiker als Vorbild an Bodenständigkeit, Heimatverbundenheit und Glaubwürdigkeit fehlen. *Gerald Mann*

Im Ramadan

Mit Muslimen feiern – oder für sie beten?

Der muslimische Fastenmonat „Ramadan" (in diesem Jahr vom 11. August bis 9. September) findet in der deutschen Öffentlichkeit immer mehr Aufmerksamkeit. Fernsehsender nennen bei der Wettervorhersage die genauen Zeiten von Sonnenauf- und -untergang, damit Muslime wissen, von wann bis wann sie auf Essen, Trinken, Rauchen und Sex verzichten müssen. Rund 85 Prozent der rund 3,5 Millionen Muslime in Deutschland bezeichnen sich als religiös oder sehr religiös und befolgen die Regeln des Fastenmonats.

Viele Christen werden »Idu I-Fitr« mitfeiern

Zum Ramadan sowie zum Fest des Fastenbrechens „Idu I-Fitr" am 10. September haben christliche Würdenträger, darunter fünf katholische Bischöfe und drei evangelische Kirchenpräsidenten, den Muslimen eine „gesegnete Zeit der religiösen Erneuerung und inneren Stärkung" gewünscht. Damit verbanden sie einen Appell, „über die Grenzen der Religion hinweg" Armut, Hass, Extremismus und soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Die Feier von Idu I-Fitr soll in vielen Gegenden mit einem „gemeinsamen Mahl" von Christen und Muslimen begangen werden.

Die evangelikale Initiative „30 Tage Gebet für die islamische Welt" ruft mit ganz anderem, nämlich missionarischen Akzent zum Gebet und zur Begegnung mit Muslimen auf. Von den 50 Ländern weltweit, in denen Christen gewaltsam verfolgt werden, sind 40 islamisch. Nach Angaben der Organisation „Open Doors" sind Christen besonders in Saudi-Arabien, dem Iran und Somalia gefährdet. Die evangelische Initiative will während des Ramadan ihre Radio- und Fernsehsendungen in islamischen Ländern verstärken.

Unterdessen weist die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) darauf hin, dass Fastenbrecher in Süd-Ägypten hart bestraft würden. Im letzten Sommer habe es dort nach einer staatlichen Kampagne hunderte Verhaftungen von Fastenbrechern gegeben. Daher werden auch Touristen vor dem „Anschein des Fastenbrechens" gewarnt. Schon ein Bissen in der Öffentlichkeit vor Sonnenuntergang könne eine Verhaftung nach sich ziehen. In der mit Strafen sanktionierten Ramadan-Abstinenz sieht die IGFM eine Verletzung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit. *Hinrich E. Bues*

MELDUNGEN

Irak wirbt um seine Christen

Bagdad – Obwohl sich die Lage für Christen im Irak weiter verschlechtert, versucht die Regierung, christliche Flüchtlinge zur Rückkehr zu bewegen. Medienberichten zufolge soll jeder Heimkehrer eine Arbeitsstelle, ein Baugrundstück sowie umgerechnet 1000 Euro angeboten bekommen. Der irakische Botschafter beim Vatikan habe Papst Benedikt XVI. gebeten, seinen Appell an die Flüchtlinge zu unterstützen, so Radio Vatikan. Allerdings ist die christliche Minderheit radikalen Muslimen ein Dorn im Auge. Die gute Bildung der Christen, die ihnen Vorteile auf dem Arbeitsmarkt verschaffe, ist häufig Anlass für Neidkampagnen. *idea*

Extrawurst für Türken

Rotterdam – Politiker verschiedenster niederländischer Parteien fordern, dass die Regierung Berufung gegen ein Urteil einlegt, das türkische Einwanderer vom seit 2007 für Nicht-EU-Bürger obligatorischen Einbürgerungskurs befreien würde. Sie argumentieren, dass der Besuch eines solchen Kurses entscheidend für die Eingliederung sei, bei der gerade viele Türken Defizite aufwiesen. Am 13. August hatte ein Rotterdamer Gericht die Klage zweier Türken gegen den Kursbesuch positiv beschieden. Hauptgrund ist, dass Türken laut Assoziierungsabkommen zwischen der Türkei und der EU von 1980 für eine Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr bezahlen dürfen als EU-Bürger – der Kurs kostet jedoch 350 Euro. Zudem würden bei Nicht-Bestehen ihre Chancen am Arbeitsmarkt eingeschränkt, was ebenfalls gegen dieses Abkommen verstoße. Der Fall hat auch Signalwirkung für Deutschland, wo das Abkommen von 1980 ebenfalls gilt und ähnliche, kostenpflichtige Kurse existieren. *Bel*

Nach dem kollektiven Rausch

Wer immer in Brasilien neuer Präsident wird: Aus dem Schatten des Vorgängers herauszutreten wird schwer

Am 3. Oktober entscheiden die Brasilianer über die Nachfolge des populären Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva. Von wem wird das Land, dessen wirtschaftliche und politische Bedeutung weltweit zunimmt, demnächst regiert?

In Brasilien hat offiziell der Wahlkampf für das Amt des Staatspräsidenten, das Bundesparlament, einen Teil der Senatoren und die Abgeordneten der Regionalparlamente begonnen. Bei der Wahl am 3. Oktober geht es jedoch vor allem um die Nachfolge von Staatspräsident Lula da Silva, der nach der Verfassung nicht für eine dritte Amtszeit antreten darf. Lulas Favoritin für seine Nachfolge an der Staatsspitze ist die 1957 als Kind bulgarischer Einwanderer geborene Dilma Rousseff. Sie war unter Lula Staatskanzleiministerin und verantwortlich für das umgerechnet 200 Milliarden Euro schwere „Programm zur Beschleunigung des Wachstums“.

Rousseff ist erst seit 2001 Mitglied der von Lula gegründeten Arbeiterpartei (PT) und hat wenig praktische Erfahrung in Parteiarbeit und öffentlicher Verwaltung. Obwohl Rousseff eine der wichtigsten Minister Lulas war, konnte sie bislang seinen Sympathiebonus nicht auf sich übertragen. Im Gegensatz zu Lula hat die 63-Jährige nichts Volksnahes. Zum Nachteil gerät ihr auch die Tatsache, dass sie während der brasilianischen Militärherrschaft (1964–1985) zwei Jahre als „Terroristin“ im Gefängnis verbracht hat.

Dilma Rousseffs Hauptkonkurrent ist der 68-jährige José Serra von der Sozialdemokratische Partei Brasiliens (PSDB), zu deren Gründern er gehört. Obwohl sich seine Partei sozialdemokratisch nennt, wird sie eher als konservativ und rechtsstehend eingestuft. Was rechts und was links ist, das verschwimmt in Brasilien. Sein Programm unterscheidet sich nur geringfügig von demjenigen Lulas und Rousseffs. Auch Serra war ein Gegner der Putschisten von 1964, er suchte damals drei Monate in der bolivianischen Botschaft Zuflucht, ging nach Bolivien, später nach Frankreich ins Exil. Als er 1965 heimlich nach Brasilien zurückkam und entdeckt wurde, flüchtete er nach Chile, wo er Wirtschaftswissenschaften studierte und heiratete. Weitere Exiljahre verbrachte er in Italien, aus dem seine Eltern einst wegen bitterer Armut ausgewandert waren. Unter seinem Parteifreund und Lula-Vorgänger Präsident Fernando Henrique Cardoso war er von 1995 bis 2002 als Planung- und Gesundheitsminister sehr erfolgreich, die vorbildliche Aids-Politik Brasiliens geht auf ihn zurück. 2002 unternahm Serra den ersten Anlauf, Präsident Brasiliens zu werden. Aber damals hatte er keine Chance gegen den früheren Gewerkschafter Lula, der in seinem fünftem Anlauf etwa doppelt so viele Stimmen bekam. Serra war danach Bürgermeister der 16-Millionen-Stadt São Paulo und schließlich Gouverneur des gleichnamigen Bundesstaates, der der größte Brasiliens ist und wirtschaftliches Aushängeschild des ganzen Landes. Ebenso wie Rousseff fehlt es ihm an Charisma, mit dem er bei Reden Wählermassen begeistern könnte. Beide liegen momentan etwa gleichauf.

Wohl aus diesem Grund hat Serra den weitgehend unbekannten Abgeordneten Indio da Costa aus der rechts seiner eigenen Partei stehenden Liberalen Partei (PL) zum Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten gemacht. Aus der liberalen Partei, die von den in Brasilien stark wachsenden evangelikalen Freikirchen und Sekten geprägt wird, kam auch der Vizepräsident von Lula, José Alencar. Die mittlerweile auf 30 Prozent der Bevölkerung geschätzten Evanglikalen waren bereits bei der Wahl Lulas Zünglein an der Waage.





Bilder: pa (2), imago

Buhlen um die Gunst der Brasilianer: Dilma Rousseff, Marina da Silva und José Serra (v.l.)

> Ein Volkstribun ist keiner der drei Hauptkandidaten

Die dritte Kandidatin ist Marina Silva, die Brasiliens erster weiblicher „Obama“ werden möchte. Die 52-jährige, dunkelhäutige Politikerin war lange Jahre Mitglied von Lulas Arbeiterpartei und unter Lula lange Zeit Umweltministerin. So hat sie erreicht, etwa 240000 Quadratkilometer unter Naturschutz zu stellen und etwa 100000 Quadratkilometer als Indianerschutzgebiete auszuweisen. Sie erstellte Umweltpolitikpläne für alle Ökosysteme Brasiliens und die Küsten- sowie Meeresgebiete. In den großen umweltpolitischen Zukunftsfragen Brasiliens, Gentechnik, Bau von Riesenstaudämmen, Umwandlung des Amazonasbeckens für das Agrobusiness, konnte sie sich jedoch nicht gegen Präsident Lula durchsetzen und trat 2008 von ihrem Amt zurück und aus der Arbeiterpartei aus. Jetzt tritt sie für die kleine Grüne Partei als Präsidentschaftskandidaten an.

Grüne Parteien sind seit dem Achtungserfolg von Kandidat Antanas Mochus in Kolumbien vor wenigen Wochen auch in Südamerika auf dem Vormarsch. Weniger folgerichtig als ihr politischer Kurswechsel war ihr religiöser. Marina Silva verdankte ihren Aufstieg aus extrem ärmlichen Verhältnissen des Bundesstaates Acre einst der katholischen Befreiungstheologie. Über Clodovis Boff und Bischof Dom Moacyr Grechi von Acre, beides exponierte Vertreter dieser theologischen Richtung, lernte sie die Basisgemeinden der katholischen Kirche kennen, denen auch Präsident Lula einst sein politisches Überleben verdankte. Dank dieser Basisgemeinden, deren Prinzip es ist, soziales und kirchliches Engagement zu vermischen, kam Marina Silva zur Politik, wo sie in wenigen Jahren zur Repräsentantin der armen und farbigen Bevölkerung Brasiliens wurde. 2004 konvertierte sie jedoch zur Assembleia de Deus. Die „Gottesversammlung“ ist mit zirka neun Millionen Anhängern und 40000 Tempeln die größte und am schnellsten wachsende Sekten-Kirche Brasiliens.

Brasilien gehört inzwischen zu den zehn größten Volkswirtschaften der Erde. Es exportiert keineswegs nur landwirtschaftliche Produkte und Erze, sondern auch elektrische Geräte, Maschinen, Fahrzeuge und Kurzstreckenflugzeuge. Vor der brasilianischen Küste wurden in den vergangenen Jahren riesige Ölvorkommen entdeckt. Brasilien gehört damit zusammen mit den Golfstaaten zu den Ländern mit den größten Ölreserven der Erde. Ab 2015 soll das Öl fließen. Der Streit um die Verteilung der Einnahmen zwischen Bund, Einzelstaaten und Privatunternehmen ist bereits eröffnet, aber noch nicht entschieden. Die Öllager vor der Küste Rios liegen in großer Wassertiefe und zudem unter einer dicken Schicht von Salzgestein, was eine Förderung erst bei hohen Ölpreisen lohnend macht.

Mit seinen wirtschaftlichen und sozialen Erfolgen ist Brasilien in eine Art Euphorie geraten. Diese wird noch verstärkt durch die Ausrichtung der Fußball-WM 2014 und der Olympischen Spiele 2016, beides persönliche Erfolge von Präsident Lula. All dies hat Brasilien in eine Art kollektiven Rausch versetzt, den Lulas Nachfolger im Grunde nur schwer am Leben erhalten kann. *Bodo Bost*

Unsterblicher Ceausescu

Rumänen verfallen der »Nostalgie nach dem Inferno«

Vasile Dancu, vormals rumänischer Informationsminister und Europaabgeordneter, leitet das Rumänische Institut für Analyse und Strategie (IRES), das seit Ende Juli für bewegte Debatten sorgt. Laut der jüngsten IRES-Umfrage würde der frühere Diktator Ceausescu, träte er heute bei einer Präsidentenwahl in Rumänien an, 41 Prozent aller Stimmen bekommen. So etwas löst blankes Entsetzen aus, am meisten unter den Mitgliedern der „Präsidialkommission zur Analyse der kommunistischen Diktatur in Rumänien“: 2006 war ihr „Schlussbericht“ erschienen, der ein Abbild der „Hölle“ nachzeichnete, die Rumänen unter Ceausescu war. Jetzt musste Kommissionsvorsitzender Vladimir Tismaneanu fassungslos konstatieren, dass wohl die Mehrheit der Rumänen eine „Nostalgie nach dem Inferno“ empfindet.

Ceausescu lebt längst nicht mehr. Am 22. Dezember 1989 wurde er gestürzt, am 24. verurteilte ihn ein Sondergericht der Armee zum Tode, tags darauf erschoss ein Exekutionskommando die Eheleute Ceausescu, die man eilig auf dem Bukarester Militärfriedhof Ghencea als „zwei Offiziere“ begrub. Das bestritt die 2006 verstorbene Tochter Zoia Ceausescu, die 2003 vergebens vor Gericht eine Exhumierung erstreiten wollte. Erfolg hatte jetzt ihr Ehemann Mircea Oprea: Am 21. Juli erfolgte die Exhumierung, Oprea erkannte seinen Schwiegervater an dessen Hose und Jacke, aber letzte Sicherheit werden in sechs Monaten die Resultate von DNA-Tests erbringen.

71 Prozent meinten bei der Umfrage, dass Nicolae Ceausescu sein Schicksal nicht verdient habe – vor 21 Jahren war es umgekehrt. Unglaublich, aber von IRES dokumentiert: 54 Prozent glauben, man habe damals besser als heute gelebt (als man wegen Ceausescu hungerte und fror). Übles ist vergessen und 49 Prozent der Rumänen halten Ceausescu heute für einen guten Führer, den wie erwähnt 41 Prozent als Präsidenten wählen würden. Überhaupt ist für 68 Prozent das kommunistische Regime eine gute, jedoch schlecht umgesetzte Idee.

> 54 Prozent glauben, man habe damals besser gelebt als heute

IRES-Chef Dancu gehört zur sozialdemokratischen PDS, allerdings zur oppositionell-reformerischen „Gruppe von Klausenburg (Cluj)“. Die Umfrage seines Instituts kommentiert er als Denkanstoß: Rumäniens Demokratie sei krank, die Menschen misstrauten den Institutionen und deren Repräsentanten, Konzeptionslosigkeit der Mächtigen und Verweigerung der Menschen kennzeichnen das öffentliche Leben. Die wirren Voten der Umfrage muss man als Beleg einer tiefen Identitätskrise erkennen: 90 Prozent aller Rumänen glauben, ihr Land „entwickelt sich in die falsche Richtung“, 80 Prozent der Jugendlichen würden auswandern, müssen aber bleiben und suchen Trost in einer „besseren“ Vergangenheit.

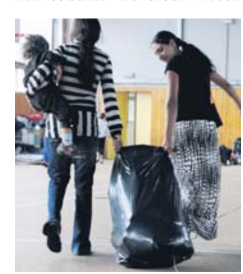
1967 hätte Ceausescu, vom Volk Onkel Nick genannt, jede freie Wahl gewonnen, von westlichen Krediten und östlichem Respekt gleichermaßen verwöhnt. Das Elend kam erst, als er sich an China und Nordkorea orientierte, aber die Rumänen machten mit, so Dancu: Die kommunistische Partei hatte über vier Millionen Mitglieder, die Geheimpolizei „Securitate“ Hunderttausende Spitzel, also nichts da mit „das (ganze) rumänische Volk ist bloß ein unschuldiges Opfer“. Vor der Wahl zwischen Eingeständnis der Kollaboration und Beschönigung der Vergangenheit haben nun viele Rumänen die zweite Variante gewählt. *Wolf Oschlies*

Verständnis aus Bukarest

Rumänien und Bulgarien verstehen Frankreichs Umgang mit den Roma

Mit einem Kraftakt will Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy Tausende illegale Einwanderer „Sans-papiers“ aus dem Lande und sich selbst aus dem Popularitätstief befördern – beides scheint nicht so recht zu funktionieren. Die Ausweisung illegal in Frankreich lebender Roma nach Rumänien und Bulgarien lief eher zögerlich an. Und der Präsident dümpelt in den aktuellen Umfragen zwischen 34 und 36 Prozent dahin, während sein parteiinterner Kontrahent Francois Fillon mit 53 Prozent klar vorn liegt. Als das bemerkenswerteste Ergebnis dieser Umfragen bewerten die Medien jedoch, dass inzwischen 55 Prozent der Wähler von einem deutlichen Sieg der Linken bei den nächsten Präsidentschaftswahlen überzeugt sind.

Die Roma, die in den letzten Tagen „freiwillig“ die Rückreise nach Rumänien antraten, erhielten ein Reisegeld von 300 Euro pro Erwachsener und 100 Euro pro Kind. Auffällig ist in diesem Zusammenhang der Hinweis des rumänischen Außenministers Teodor Baconschi, sein Land sehe sich „nicht in der Lage, eigene Bürger an Reisen innerhalb der EU zu hindern“, zumindest nicht, solange diese Menschen nicht nach rumänischem Recht straffällig geworden seien. Dieser gezielte Hinweis stärkt den Verdacht, dass viele der Ausgereisten sich postwendend in den nächsten Billigflieger setzen und nach Frankreich zurückfliegen, um dort die Ausreiseprämie noch einmal zu kassieren. Die französischen Behörden haben zwar angekündigt, solchem Geschäftsgebaren mit einem biometrischen Erkennungssystem entgegenzutreten. Allein: Dieses System muss erst noch bis zur Einsatzreife entwickelt werden.



Ziehen weiter: Roma Bild: pa

Derweilen verhärten sich die Fronten zwischen der katholischen Kirche und Präsident Sarkozy, der für die Zuspitzung der Situation persönlich verantwortlich gemacht wird. Nachdem der Vatikan die Abschiebung nichtsesshafter Roma mit deutlichen Worten missbilligt hat, melden sich nun auch französische Geistliche zu Wort. Der Erzbischof von Aix-en-Provence, Christophe Dufour, mahnte nach der Zerstörung eines illegalen Roma-Wohnwagenlagers „Respekt vor der Würde dieser Menschen“ an.

Verständnis für die harte Haltung Sarkozys wird allerdings in rumänischen und bulgarischen Medien geäußert. Die überwiegend aus diesen Ländern stammenden Roma seien nun einmal in erheblichem Maße mit Kriminalität und Prostitution in Verbindung zu bringen. Auch könnte ein souveräner Staat es nicht hinnehmen, wenn Menschen ohne Papiere und Aufenthaltsgenehmigung Behausungen auf Grundstücken, die ihnen gar nicht gehören, errichten. Die Ursachen dieser Probleme seien auch darin zu sehen, dass die Roma in Bulgarien und Rumänien schlechter als der Durchschnitt der Bevölkerung ausgebildet seien, schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten und auch deswegen häufiger kriminell würden. Es sei aber nicht akzeptabel, wenn diese Probleme erst wahrgenommen würden, wenn sie „vor den Toren hübscher westlicher Großstädte angekommen“ seien. Eine EU, die doch eine übernationale Institution sein wolle, müsse zu mehr in der Lage sein. *HJM*

Washington in der Klemme

Nicht nur die US-Regierung, auch die verschuldeten Bürger können Geldentwertung etwas abgewinnen

Die Wirtschaft in den USA stagniert weiter, die Arbeitslosenquote bleibt unverändert hoch und die alten Probleme auf dem Banken- und Immobiliensektor schwelen unter der Oberfläche weiter.

Ausgerechnet jetzt verlassen zwei wichtige Wirtschaftsberater den Kreis um US-Präsident Barack Obama: Christina Romer kehrt kommende Woche zurück an ihre kalifornische Universität. Sie gilt als exzellente Kennerin der tiefen Wirtschaftskrise der 30er Jahre. Kürzlich erst hatte Obamas Haushaltschef Peter Orszag den Dienst beim Staatsoberhaupt quittiert.

Ausgerechnet jetzt, wo sich die Konjunktur der größten globalen Volkswirtschaft nach anfänglich erfreulicher Erholung abermals am Rand der Stagnation bewegt. Nur um 0,6 Prozent ist die US-Wirtschaft im zweiten Quartal gewachsen. Und Experten fürchten, dass diese Zahl auch noch zu optimistisch ist. Die regelmäßig später erfolgende Revision dieses Werts werde die Zahl noch einmal halbieren, dank dem gestiegenen Handelsdefizit der USA. Zum Vergleich: Die deutsche Wirtschaft war im zweiten Quartal um 2,2 Prozent gewachsen.

Schon gut eine Woche vor der Bekanntgabe dieser Daten hatte die US-Notenbank die Flucht nach vorn angetreten: Hypothekengestützte Wertpapiere, welche die Bank aufgekauft hatte, um eine Katastrophe an den Finanzmärkten zu verhindern, werden nun nach und nach fällig. Es geht (wieder) um Milliarden. Die US-Notenbank Federal Reserve Board, kurz Fed, will das Geld dann nicht etwa aus dem Markt nehmen, sondern dafür Staatsanleihen kaufen, um der US-Regierung bei der Finanzierung ihres gewaltigen Defizits zu helfen. Fachleute nennen das schlicht „Geld drucken“, da auf diese Weise Dollar in den Markt gespült werden, für die es keinen realen Gegenwert gibt.

Hat das Auswirkungen auf Deutschland? Bei der engen Verflechtung der Märkte bleiben die kaum aus, da sind sich die Experten einig. Uneins sind sie sich bei der Frage, wie diese Folgen aussehen dürften.

Einige führende deutsche Volkswirte heißen den Schritt der Fed gut, da sie die jüngste Delle im US-Konjunkturverlauf nur für einen vorrübergehenden Schwächeanfall halten, der erfahrungsgemäß ganz normal sei für Erholungsphasen.

FDP-Finanzexperte Frank Schäffler widerspricht dieser Sicht energisch: Die Politik der US-Notenbank berge die Gefahr in sich, dass eine weltweite Inflationswelle losgetreten werde, die auch Deutschland träfe. Andere Fachleute schlossen sich dem Liberalen an und verweisen auf die vielen Warnzeichen, die auf einen zweiten Absturz der US-Wirtschaft hindeuteten. Etwa die nach wie vor schwierige Lage am Immobilienmarkt: Washington hatte auf vielerlei Weise in den Immobiliensektor

> 70 Prozent des BIP werden über Konsum im Inland erzielt

eingegriffen, um den Absturz zu bremsen. So wurden Hauskäufern Steuernachlässe gewährt und von Zwangsräumung bedrohten Amerikanern Moratorien angeboten. Diese Maßnahmen laufen langsam aus und es offenbart sich, dass der Markt noch meilenweit von stabilen Verhältnissen entfernt ist.

Dies hat sogar Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, der zuletzt erneut sehr enttäuschende Zahlen lieferte. Viele arbeitsuchende US-Bürger lehnen Stellen an entfernten Orten ab, weil sie keinen angemessenen Preis für ihr derzeitiges Haus erzielen können. Den aber bräuchten sie schon allein, um die aufgenommene Hypothek zu bedienen. Dies ist für die USA besonders bitter, weil die räumliche Mobilität der Amerikaner stets einer ihrer Pluspunkte war im Unterschied zu den „bodenständigen“ Deutschen, die lieber Arbeitslosigkeit oder sinkende Einkommen in Kauf nehmen, statt ihre angestammte Heimatregion zu verlassen.

Ähnlich trübe ist es auch um die „soziale Mobilität“ der US-Arbeitnehmer bestellt, die früher ebenfalls gerühmt wurde als Basis des „amerikanischen Traums“, dass es jeder nach oben schaffen könne. Heute, so diagnostizieren amerikanische Beobachter erschrocken, sei es selbst in Deutschland und anderen europäischen Ländern einfacher, nach oben zu kommen, als im Land der angeblich unbegrenzten Möglichkeiten.

Wie soll es auch anders sein, wenn sogar der einst so leichte Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt immer schwieriger wird. Eine neue Stelle zu finden war einst recht leicht, weshalb US-Amerikaner optimistischer an den Neuanfang gingen als ihre europäischen Kollegen, für die der Verlust der Anstellung einer persönlichen Katastrophe gleichkam. Nunmehr steigt bei 9,5 Prozent Arbeitslosenquote auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen spürbar. Statt wie früher „Wer einen Job sucht, der findet auch einen“ heißt es heute für mehr und mehr Amerikaner: „Wer draußen ist, der bleibt es auch.“

Und dies trifft ein Land, das 70 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts im inländischen Konsum erzielt. Da wiegt eine hohe Arbeitslosigkeit gesamtwirtschaftlich noch schwerer als in Deutschland, das sich auf seine Exportstärke verlassen kann.

Springt die US-Wirtschaft jedoch wirklich nicht wie erhofft an, erweist sich der „Schwächeanfall“ tatsächlich als Beginn einer zweiten Rezessionswelle, dann wird es nicht nur für die deutschen Exporteure erneut schwierig. Die bewusst laxe Geldpolitik der Fed dürfte dann in extenso fortgesetzt werden, bis sich alles in Inflation entlädt. Warum auch nicht, können sich Amerikaner denken: Das Land ist gleich dreifach verschuldet: Der Staat beim Ausland, der Staat bei seinen eigenen Bürgern und die Bürger bei Banken, Firmen (etwa über Ratenkredite) und Hypothekenfinanzierern. Da kann Geldentwertung wie eine Verheißung klingen. Nicht so für die Deutschen, deren Privatersparnisse die Verschuldung ihres Staates noch bei weitem übertrifft. Und die Befürchtung ist vorhanden, dass eine US-Inflationswelle schnell auf andere Währungsräume übergreift. So sieht FDP-Mann Schäffler in einigen deutlich anziehenden Rohstoffpreisen bereits die Vorhut einer solchen „exportierten Inflation“. *Hans Heckel*



Selbst Rabatte locken nicht: Arbeitslosigkeit und Schulden zwingen US-Bürger zum Konsumverzicht. Bild: AP

KURZ NOTIERT

Streit um Insolvenzrecht: Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) hat offenbar Finanzminister Wolfgang Schäuble davon abbringen können, ein neues Fiskusprivileg zu schaffen. Schäuble wollte, dass im Falle von Insolvenzen bereits ab Herbst die Finanzämter, Sozialversicherungsträger und die Arbeitsagentur vor allen anderen Gläubigern aus der Insolvenzmasse bedient würden. Dies hätte dem Staat 1,6 Milliarden Euro pro Jahr Mehreinnahmen gebracht. *Bel*

Rechnung für Kassenpatienten?: Auch ein Plan von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) scheint sich zu zerschlagen. Er wollte gesetzlich Versicherte durch Rechnungen zu mehr Eigenverantwortung und Kostenbewusstsein erziehen, doch eine Umfrage unter 5000 Kassenpatienten läuft diesem Plan zuwider. Die Befragung der Kassenärztlichen Vereinigungen, die bisher die Verrechnung zwischen Arzt und Krankenkasse durchführen, ergab, dass fast drei Viertel noch nie etwas von Kostenerstattung gehört hätten. Kaum einer wüsste, dass dies bedeute, dass er Arztrechungen zunächst selbst bezahlen müsste, bevor die Kasse sie ihm erstattet. Die 17 kassenärztlichen Vereinigungen mit ihren Tausenden von Mitarbeitern sind allerdings voreingenommen. Sie würden mit Röslers Plan womöglich überflüssig. *Bel*

Schäuble will Ausstieg aus der Commerzbank: Das positive zweite Quartalsergebnis der Commerzbank hat bei Finanzminister Schäuble (CDU) die Hoffnung auf eine Reprivatisierung dieser Bank geweckt. Über den Bankenrettungsfonds SoFFin ist der Staat aktuell mit insgesamt 18,2 Milliarden Euro an dem Institut beteiligt. Allerdings kam dieser erste Gewinn der Commerzbank seit der Bankenkrise womöglich nur durch die Art der Bilanzierung zustande. Ob die Bank, wenn denn ihr Ergebnis nach deutschem Handelsgesetzbuch berechnet wird, ebenfalls Gewinn ausweist und die Einlage des Staates zumindest verzinsen kann, ist noch ungewiss. *Bel*

Geringere Erwartungen

Russland korrigiert nach Dürre und Bränden Wirtschaftsprognose

Während Wladimir Putin auf dem Flugzeugforschungsgelände in Schukowskij bei Moskau den „Sieg“ über die Brände feierte und 67 Piloten auszeichnete, waren seine Minister damit beschäftigt, die Folgen für Wirtschaft und Verbraucher abzumildern. Die Absicht, durch ein bis Jahresende geltendes Exportverbot für Weizen Mangel und Preisanstieg auf dem Binnenmarkt vorzubeugen, erwies sich als wirkungslos. Der rasche Preisanstieg für Weizen auf dem internationalen Markt hat dazu geführt, dass Spekulanten Getreide bunkern, um nachher mehr zu verdienen.

Zwar hält der Aufwärtstrend am russischen Aktienmarkt weiter an und Fondsmanager bei Barings werten die Folgen der Brände als vorübergehendes Problem, dennoch korrigierte die russische Regierung ihre Erwartungen für das diesjährige Wachstumstempo nach unten. Der Kreml schätzt den entstandenen wirtschaftlichen Gesamtschaden auf umgerechnet sechs bis zwölf Milliarden Euro. Neben den Kosten für Löscharbeiten wird der Bau von 2000 neuen Wohnhäusern 128 Millionen Euro kosten, der Tourismus und die Luftfahrt erlitten 77 Millionen Verlust, und auch für Open-Air-Veranstaltungen und Restaurants beträgt der Schaden wegen anhaltendem Smog über 25 Millionen Euro.


Putin sorgt sich ums tägliche Brot der Russen Bild: pa

Bis Jahresende drohe dem Land ein Inflationsanstieg von derzeit 5,8 auf bis zu zehn Prozent, gestand Vize-Wirtschaftsminister Andrej Klepatsch. Das beste Beispiel, wie sich die Dürre und die Brände auf die Verbraucher auswirken, ist der Brotpreis. In einigen Regionen stieg dieser bereits um 20 Prozent.

Neben dem Verlust durch verlorene Ernten ist die Viehwirtschaft in Zentralrussland besonders hart getroffen. Weil sich die Betriebe in diesen Regionen nur zu 30 Prozent selbst mit Futter versorgen können, die Preise für Futtermittel steigen, kam es zu Notschlachtungen. Bis Ende 2010 ist aufgrund des Überangebots an Fleisch zwar zunächst mit einem Rückgang der Preise um zehn bis 15 Prozent zu rechnen, ab 2011 könnten aber Preissteigerungen von bis zu 25 Prozent möglich sein.

Agrarexperten warnen allerdings vor einer weiteren Reduzierung des Viehbestands, weil ein Defizit an heimischem Fleisch in den kommenden Jahren mehr Import und somit weitere Rekordpreise bedeute.

Der Kreml setzt neben dem Export von Rohstoffen auf Konjunkturprogramme zur Stärkung des Binnenkonsums. Landwirte erhalten Zuschüsse und Aufschub für Ratenzahlungen bei gewährten Krediten. Mitarbeiter staatlicher Unternehmen erhalten bis zu 15 Prozent höhere Löhne. Mit Blick auf die Parlamentswahl 2011 und die Präsidentenwahl 2012 soll die Zufriedenheit im Volk erhalten bleiben. *M. Rosenthal-Kappi*

Gewerkschaften bremsen

Die französische »Protestkrankheit« lähmt das Wachstum

Nach 21 Tagen Urlaub mit seinen drei Söhnen aus zwei Ehen in der Mittelmeer-Villa seiner dritten Ehefrau Carla Bruni ist Nicolas Sarkozy letztem Montag nach Paris zurückgekehrt, wo ihn am 7. September Streiks und Demonstrationen der Gewerkschaften erwarten. Mindestens zwei Millionen Franzosen werden auf die Straße gehen, der Lehrkörper wird Schulen und Universitäten bestreiken, Betriebe werden schließen, um dem Volksunmut über die Erhöhung des Renteneintrittsalters von 60 auf 62 Jahren Ausdruck zu verleihen.

Diese beiden Jahre Mehrarbeit sind natürlich nur ein Vorwand für den massiven Protest. Die Regierung hätte fünf oder sieben Jahre aufstocken können, der linke Aufstand wäre genauso ausgefallen und die Regierungsmehrheit hätte das Rentenpaket sowieso durchgebracht. Anhänger des Staatspräsidenten wundern sich über diese kontraproduktive Zurückhaltung. Angesichts der trägen Wirtschaftskonjunktur hätten sie eine längere Lebensarbeitszeit gewünscht. Die Annahme eines Sparplans durch 80 Prozent der Belegschaft bei einer Filiale des US-Automobilherstellers GM im Elsass hatte vor kurzem gezeigt, dass die Arbeitnehmer zu Kompromissen bereit sind, um ihren Job zu behalten.

Für die Zeit nach dem großen Protest kündigen die Gewerkschaften anhaltende Auflehnung an. Trotz aller Versuche Sarkozys gleich nach seiner Amtsübernahme 2007, einen Dialog auf deutsche Art mit den Gewerkschaften zu knüpfen, verharren diese bei ihrer

> Am 7. September demonstrieren zwei Millionen Franzosen

Radikalität. Gespeist durch eine französische Tradition, die auf die Erstürmung der Bastille am 14. Juli 1789 zurückgeht, und durch die marxistische Ideologie grassiert bei den Arbeitnehmervertretern die „französische Krankheit“. Vor zwei Wochen veröffentlichte der Rat für Strategische Analyse (CAS) beim Premierminister eine Studie, die den französischen Gewerkschaften empfiehlt, sich am Beispiel der skandinavischen Schwesterorganisationen zu orientieren. Letztere bieten ihren Anhängern Dienstleistungen in Beruf und Alltag an und sammeln durch Repräsentativität Pluspunkte am Verhandlungstisch. „Das ist nicht unser Bier“, reagierte die kommunistische CGT. „Wir kämpfen gegen den Stress und für die Löhne. Wir sind keine Dienstleister...“, trumpfte die nichtkommunistische CFDT auf. Kein Wunder, dass weniger als acht Prozent der französischen Arbeitnehmer im Unterschied zu Schweden (über 68 Prozent) und Norwegen (über 50 Prozent) Mitglied einer Gewerkschaft sind!

Wenn diese Grundhaltung auch nicht die einzige Ursache der anhaltenden Schwäche der französischen Konjunktur ist, so ist es doch nicht verwunderlich, dass die Wachstumsrate des Bruttoinlandproduktes im zweiten Quartal mit „nur“ 0,6 Prozent ausfiel (2,2 Prozent in Deutschland). Die Prognose für 2010 lautet noch 1,4 Prozent. Sarkozy hat dieser Tage die Wachstumsprognose für 2011 von 2,5 auf zwei Prozent zurückgestuft. Dabei muss er seinen Nimbus bei Mittelständlern, Arbeitnehmern und Bauern zurückgewinnen. Immerhin hat er der Nahrungsmittelindustrie eine Erhöhung der Milchpreise um zehn Prozent zugestanden und damit einem Konflikt ein Ende gesetzt. *Jean-Paul Picaper*

Fest des Friedens?

Von Hinrich E. Bues

Es ist schon ein eigenartiges Verständnis von Religion und Christentum, das katholische wie evangelische Würdenträger zu Beginn des muslimischen Fastenmonats Ramadan zeigen. Der Darmstädter Kirchenpräsident Volker Jung hoffte, dass der Ramadan zu einem „Fest des Friedens“ werde. Der Islam sei keine Konkurrenz, sondern „eine Bereicherung“ Deutschlands. Der katholische Kardinal Joachim Meisner und EKD-Chef Nikolaus Schneider erinnern in ihrem Ramadan-Grußwort, dass Christen und Muslime gemeinsam an den „einen Gott, den Schöpfer und barmherzigen Richter“ glauben würden und fordern zu Toleranz und Religionsfreiheit auf.

So richtig es ist, dass Christen und Muslime manche Gemeinsamkeiten haben, so falsch ist es, die gravierenden Unterschiede unter den Teppich zu kehren. Christen gelten vielen Muslimen bis heute als „Ungläubige“. Das islamische Glaubensbekenntnis lehnt den dreieinigen Gott des Christentums als „Vielgötterei“ ab. Wer mit Muslimen über Glaubensfragen ins Gespräch kommt, wird merken, dass sich beim Thema Jesus Christus die Geister scheiden. Dass Jesus der einzige Sohn Gottes sei oder für unsere Sünden den Tod auf sich genommen habe, empfinden Muslime als gotteslästerlich. Schon das Tragen eines Kreuzes ist daher in muslimischen Ländern unter Strafe verboten.

Bedrückend ist auch, wie es Christen in islamischen Staaten in den letzten 1400 Jahren ergangen ist. Sie wurden zu Bürgern zweiter Klasse gemacht, aber oft auch verfolgt, verdrängt oder getötet. In ehemals christlichen Ländern wie der Türkei, Syrien, Tunesien oder Ägypten leben heute nur noch kleine christliche Minderheiten. Der Irak dürfte das nächste nahezu christenfreie Land sein. Auch unter dem viel zitierten „toleranten Islam“ im mittelalterlichen Spanien lebten Christen weit weniger gut als oftmals behauptet.

Es gehört einige Naivität dazu, wenn nun an die muslimische Welt appelliert wird, sie möge in ihren Ländern „Religionsfreiheit und Toleranz“ gewähren. Bis zur Stunde hat es sie nur dort gegeben, wo der Islam noch nicht die politische Herrschaft errungen hatte. Europa hat sich daher – seit der siegreichen Schlacht des Frankenkönigs Karl Martell im Jahr 732 – zu Recht gegen islamische Eroberungsversuche gewehrt. Viele Moslems geben im persönlichen Gespräch offen das Ziel zu, dass der Islam bis 2050 in Europa die Macht übernehmen könnte. Die Geburtenentwicklung spricht hier eine deutliche Sprache. In manchen deutschen oder belgischen Städten haben bereits mehr als die Hälfte der Neugeborenen muslimische Eltern.

Weht 2050 die grüne Fahne über Europa?

Mit Appellen zu Toleranz und Religionsfreiheit gesteht man in den Augen vieler überzeugter und gläubiger Muslime nur die eigene Schwäche ein. Gegen Gewalt im Namen von totalitären Religionsauslegungen oder Ideologien kommt man nicht mit schönen Worten, sondern nur mit entschlossenem Handeln an.

Ganzer Krieg, halber Abzug

Von Wilhelm v. Gottberg

Die Blütenträume der US-Regierung hinsichtlich ihres Irak-Abenteuers sind wie Seifenblasen zerplatzt. Der Krieg sei geboten, weil der Irak die Sicherheit der USA gefährde und Massenvernichtungsmittel besitze, so der damalige US-Präsident George W. Bush. Man werde in wenigen Wochen das Schurkenregime im Irak beseitigt haben, die Bevölkerung werde die Befreiungsarmee mit Brot und Salz empfangen, die Verbündeten werden dem Irak Frieden, Freiheit, Menschrechte bringen, die Würde des irakischen Volkes werde beachtet beziehungsweise wieder hergestellt. So äußerten sich die US-Strategen im Weißen Haus und im Pentagon, aber auch die europäischen Verbündeten bei Beginn des Krieges am 19. März 2003.

Tatsächlich wurde der militärisch drittklassige Irak innerhalb von vier Wochen niedergeworfen, das Regime gestürzt. Eine Befriedung des Landes im Sinne der hehren Ziele der Invasoren konnte aber bis heute auch nicht annähernd erreicht werden. Der Kriegszustand und die militärische Besetzung des Landes dauern bis heute an. Im Land zwischen Tigris und Euphrat wird gekämpft, drangsaliert, gemordet und tausendfach gestorben.

Der Irak wurde durch den völkerrechtswidrigen Angriff der USA und ihrer Verbündeten völlig destabilisiert. Der angerichtete materielle und psychologische Schaden ist unvorstellbar. Die kaltschnäuzige Inbesitznahme der irakischen Ölquellen durch die USA macht die eigentlichen Motive für den Einmarsch in den Irak deutlich. Die verlogene Begründung für den Krieg, der Irak besitze Massenvernichtungswaffen, ist unvergessen.

50 000 bis 60 000 Soldaten bleiben noch im Land

Barack Obama versprach den Amerikanern vor zwei Jahren im Wahlkampf, dass er im Falle des Wahlsieges die amerikanischen Soldaten aus dem Irak zurückholen werde. Nun stehen im November erneut Wahlen in den USA an, der Präsident ist bemüht, sein diesbezügliches Wahlversprechen einzuhalten. Werbewirksam wurde über den Abzug der US-Kampftruppen berichtet.

Doch das ist nur die halbe Wahrheit. 50 000 bis 60 000 US-Soldaten verbleiben im Lande, sie sollen stabilisierend wirken – was immer das heißen mag – und bei der Ausbildung der irakischen Soldaten mitwirken. Gleichlautendes hört man zur Begründung für den weiteren Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan durch die politische Klasse in Deutschland.

Christen und Juden konnten Jahrhunderte unbehelligt im Irak leben. Das galt auch für die Zeit Saddam Husseins, wenn sie sich politisch nicht betätigten. Heute sind sie politisch unerwünscht und leiden unter Verfolgungsdruck. Wollten nicht die Angreifer den Irak mit Freiheit und Demokratie beglücken? Man hätte wissen können, dass sich das irakische Volk nicht nach Freiheit und Demokratie gesehnt hat.



Abzug oder Umgruppierung?: US-Präsident Obama hat seinen Wählern den Abzug aus dem Irak und Afghanistan versprochen. In den vergangenen Tagen sendeten die Medien eindrucksvolle Bilder von US-Konvois, die den Irak verlassen. Doch was nach Abzug aussieht, ist nur eine hastige Truppenreduzierung.

Bild: Getty

Gastkommentar:

Die absurde Atomabgabe zahlt der Stromkunde



Von Karl Peter Krause

Wieso sollen die Betreiber der deutschen Kernkraftwerke dem Staat Geld dafür bezahlen, dass sie länger billigen Strom produzieren dürfen? Weil diese Kraftwerke so ungemein unsicher und daher gefährlich sind? Dann müssten sie doch sofort abgeschaltet werden, und jede Laufzeitverlängerung wäre unverantwortlich. Aber sicher sind die deutschen Kernkraftwerke durchaus, auch wenn die Grünen sowie überdrehte sonstige Umweltschützer und ihre vielen Mitläufer in der Politik bisher mit Erfolg versuchen, die Bürger zu indoktrinieren und diese „Atomstrom“-Anlagen als störanfällig und gefährlich hinzustellen. Mit diesem Schüren von Angst wollen sie offensichtlich ihre Schizophrenie bemänteln. Die nämlich besteht darin, einerseits, wenn auch fälschlich, das menschenverursachte CO_2 als „Klimakiller“ darzustellen, andererseits aber die Kernkraftwerke abzuschalten, obwohl diese bei der Stromerzeugung keinerlei CO_2 ausstoßen und dringend notwendig sind, um am preisgünstigsten den deutschen Strombedarf zu decken.

Umso unverfrorener ist nun das Vorhaben, für die sachlich und wirtschaftlich gebotene Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke ein Entgelt zu verlangen und dessen Höhe womöglich in einem Versteigerungsverfahren zu ermitteln. Es ist nichts anderes als eine Lizenzgebühr dafür, dass der Staat diesen (noch) preisgünstigen Stromerzeugern gnädigst das Weiterproduzieren erlaubt. Die Befürworter setzen dabei darauf, dass die Bürger durch die Verteufelung des „Atomstroms“ hinreichend manipuliert sind, um diese Versteigerung nicht nur hinzunehmen, sondern sogar noch zu beklatschen, selbst wenn sie wüssten, dass ihr Haushaltsstrom damit noch teurer würde. Denn die Lizenzgebühren werden in den Strompreisen zumindest teilweise weitergereicht werden. Der Strom wird also nochmals künstlich verteuert – über das hinaus, was dem allgemeinen Strompreis mit der staatlichen Stützung von Wind- und Solarstrom – zwangsläufig steigend – bereits jetzt aufgelastet wird.

Gewinn der Stromerzeuger wird zum »Zusatzgewinn« gemacht

Die Begründung für das Vorhaben lautet, mit dem gewährten Weiterproduzieren würden die Produzenten dieses Stroms Zusatzgewinne erzielen. „Zusatz“ wohl deswegen, weil die Gewinne, wenn die Kraftwerke eigentlich stillgelegt werden sollen, aber weiterproduzieren dürfen, unverhofft sind. Dabei werden die Gewinne durch die normale Besteuerung ohnehin schon teilabgeschöpft.

Das Verfahren, Lizenzgebühren für das Weiterproduzieren zu erheben und die Lizenzen zu versteigern, ist ausbaufähig. Denn „Zusatzgewinne“ fallen bei allen Unternehmen, solange sie unbehelligt produzieren, täglich an. Denn wenn es darum geht, Sparen zu vermeiden und die Bürger noch mehr auszuquetschen, ist der Staat als Fiskus, sind seine Politiker ungemein einfallsreich. Immer noch höhere Abgaben haben stets auf unmerkliche Weise Einzug gehalten und die Menschen allmählich an Zahlungen gewöhnt, die sie einst für absurd gehalten haben.

Gleichwohl wird versucht, die Lizenzzahlungen und -versteigerungen mit zwei Argumenten schmackhaft zu machen. Erstens nämlich müssten die Energiekonzerne offenbaren, wie viel ihnen längere Laufzeiten wirklich wert seien. Doch ist eben das der Einstieg in Weiterungen, denn dieses Verfahren ließe sich aus fiskalischen Gründen dereinst auch auf andere und schließlich alle übrigen Unternehmen ausdehnen. Zweitens könnten die Einnahmen aus den Versteigerungen skeptische Bürger überzeugen, der Laufzeitverlängerung zuzustimmen. Doch wenn die Bürger „skeptisch“ sind, weil sie die ihnen geradezu aufgedrängte Angst vor „Atomkraftwerken“ verinnerlicht haben, dann werden sie diese Angst doch nicht deswegen verlieren, weil den Energiekonzernen für das Weiterbetreiben ihrer Meiler Sonderzahlungen abgezwungen werden.

Gern wird der Vergleich zur Versteigerung der UMTS-Lizenzen an die Telefonkonzerne vor zehn Jahren gezogen. Aber der hinkt. Die Funkfrequenzen haben natürliche Grenzen. Wenn ihre Zahl geringer ist als die Zahl der an ihnen interessierten Unternehmen, sind sie ein knappes und nicht mehr freies Gut. Dann hat eine Versteigerung Sinn und ist geboten, auch wenn sich dann der Staat des Auktionserlöses bemächtigt und sich damit herausnimmt, so aufzutreten, als sei er der Eigentümer der Frequenzen.

Dagegen ist ein staatlicher Ausstiegsbefehl, solange die Kernkraftwerke sicher sind – die deutschen Sicherheitsauflagen gelten als die strengsten weit und breit –, nicht natürlich, sondern willkürlich. Eine staatliche „Laufzeitverlängerung“ ist es ebenso. Wenn sich die Kernkraftgegner und in ihrem Gefolge Politiker darauf berufen, die Menschen hätten vor den „Atomkraftwerken“ Angst, dann dürfen sie und die Medien diese unberechtigten Ängste nicht schüren, sondern müssen sie abbauen helfen, vor allem dadurch, dass sie unabhängigen Fachleuten breites öffentliches Gehör verschaffen.

Der staatliche »Ausstiegsbefehl« ist willkürlich

Produzieren dürfen ist ein gewachsenes, heute natürliches Freiheits- wie auch ein Eigentumsrecht. Wird durch eine Produktion die Sicherheit der Menschen tangiert, sind gesetzliche Auflagen möglich und nötig. Will sich der Staat ein solches Recht bezahlen lassen, maßt er sich mehr an, als ihm zusteht.

Es ist sogar gefordert worden, die bei einer längeren Nutzung der Kernkraftwerke anfallenden zusätzlichen Gewinne zu 100 Prozent abzuschöpfen. Aber welches Interesse sollten die Betreiber dann an einer Laufzeitverlängerung überhaupt haben? Eben das ist wohl auch der unausgesprochene Sinn dieser grotesken Forderung.

Verharmlost wird die Versteigerung auch mit dem Argument, das sei doch eine „marktwirtschaftliche“ Lösung – so der Umweltpolitiker Horst Meierhofer ausgerechnet von der vorgeblich liberalen FDP. Gewiss sind Versteigerungen eine marktwirtschaftliche Verfahrensweise. Aber ein selbstverständliches Freiheits- und Eigentumsrecht versteigern zu wollen, ist nicht Marktwirtschaft, sondern fiskalisch motivierte Abzockerei. Nur wird dieses wahre Motiv verschleiert, denn man setzt auf öffentlichen Beifall, indem man Gewinne aus dem Produzieren von Kernkraftstrom unterschwellig als unmoralisch erscheinen lässt und daraus die Berechtigung ableitet, ein Weiterproduzieren zusätzlich fiskalisch zu belasten.

Darüber hinaus will Bundesfinanzminister Schäuble die Kernkraftbetreiber mit einer Brennelemente-Steuer belegen, in der Berichterstattung prompt „Atomsteuer“ genannt, um angstvolle Assoziationen zur Atombombe herzustellen. Ferner hat er angekündigt, der produzierenden Wirtschaft die ermäßigten Sätze für die Strom- und Energiesteuer zu streichen. Beides werden die Betreiber ebenfalls an die Verbraucher weiterreichen. Das (neben dem fiskalischen Zweck) unausgesprochene Ziel ist es, den Kernkraftstrom so zu verteuern, dass er gegenüber den anderen Stromarten nicht mehr so augenfällig billig ist. Zu den Stromkosten hinzukommen noch die Kosten für den Erwerb von willkürlichen, weil für den „Klimaschutz“ unnötigen CO_2-Emissionsrechten. Schon das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verteuert den Strom auf unverantwortliche Weise. Deutschland verspielt seine wirtschaftliche Zukunft nun auch noch damit.

*Dr. Karl Peter Krause (*1936) war von 1966 bis Ende 2001 Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Von 1991 bis Ende 2001 zeichnete er verantwortlich für die „FAZ“-Wirtschaftsberichterstattung, zudem war er von 1994 bis Ende 2003 Geschäftsführer der Fazit-Stiftung und ist jetzt als selbständiger Journalist und Publizist tätig.*

Eine Lichtspur führte durch Europa

Zwei Ausstellungen widmen sich der Malerei des Impressionismus – Landschaften und Gärten bevorzugt

Die Landschaft war ein bevorzugtes Thema der Impressionisten, aber auch die Stadt mit ihrem Tempo und ihrer Beleuchtung zu unterschiedlichen Tageszeiten faszinierte und inspirierte die Maler. Aktuelle Ausstellungen in Dresden und Edinburgh sind dieser Stilrichtung gewidmet.

Helle Sonnenlichter tanzen unter schattigen Kastanienbäumen und malen lichte Felder auf den grünen Rasen. Unter blühenden Bäumen sitzt eine weißgekleidete Dame auf einer Gartenbank und genießt den sommerlichen Tag. Im Hintergrund ist ein Haus zu erahnen. – Wie so oft hat Max Liebermann auch hier einen Ausschnitt aus seinem sorgfältig angelegten Garten am Berliner Wannsee als Motiv gewählt. Sein

Stimmungsvoller Querschnitt durch Malerei ab 1880

Gemälde mit dem Titel „Gartenbank unter dem Kastanienbaum – Blühende Kastanien“ anzuschauen bedeutet, Atem zu holen, innezuhalten und etwas von der Ruhe und der Stille der Natur zu erspüren. So ergeht es dem Betrachter bei vielen Bildern der wunderbar gestalteten Ausstellung „Lichtspur durch Deutschland – Impressionistische Malerei“ in der Städtischen Galerie Dresden. Lichtdurchflutete Landschaften und sommerliche Gärten, weite und lichte Strandbilder, nächtliche Stadtansichten und intime Interieurs ergeben einen stimmungsvollen Querschnitt jener Malerei, die seit den 1880er Jahren von vielen Künstlern in Deutschland gepflegt wurde.

Charakteristisch für die neue Stilrichtung war der emotionale und individuelle Zugang zu den Motiven sowie das Bemühen, die Atmosphäre eines Sujets einzufangen. Aus diesem Grund verließen die Künstler ihre Ateliers und setzten sich unter freiem Himmel mit den Licht- und Farbverhältnissen sowie den unterschiedlichen Stimmungen der Natur auseinander. Der Fachhandel stellte sich auf diese neue Arbeitsweise ein und bot schon bald Malkoffer, Falthocker und Feldstaffelei für die Künstler an.

Mit dem zunehmend freieren Einsatz von Farben und Formen sowie der Betonung der künstlerischen Subjektivität widersetzten sich die Künstler nicht nur dem damaligen akademischen Kunstdiktat, sondern etablierten den Impressionismus als neue Kunstrichtung.

Alltägliche und private Motive rückten in den Blick der Künstler. Lovis Corinths Bild „Am Waschtisch“ zeigt einen weiblichen Rückenakt bei der Toilette. Wie in vielen Alltagsszenen stand ihm auch hier seine einstige Schülerin und spätere Ehefrau Charlotte Behrend Modell. Die Gestaltung des Motivs, angefangen von der aus dem Alltag gegriffenen Szene bis hin zur Farbigkeit, lässt den Einfluss französischer Künstler – beispielsweise Edgar Degas – erkennen. Sowohl Corinth als auch Liebermann hielten sich beide eine Zeit lang in Paris auf und setzten sich dort mit dem französischen Impressionismus auseinander.

Gerade jedoch in der Landschaftsmalerei hat der deutsche Impressionismus seine eigenen, ausgeprägten Formen gefunden. Das Bild „Dame am Meer“ von Max Slevogt zeigt eine einzelne Frauenfigur, die an der Wasserkante des menschenleeren Strandes entlang wandert. Die unterschiedlichen Farbtöne des Meeres und des Sandes sowie die Einsamkeit der Frauengestalt bringen die Stimmung am Meer treffend zum Ausdruck. Man meint, den Wellenschlag zu hören und den Wind zu spüren.

Slevogt, Liebermann und Corinth gehörten zu den Hauptvertretern der neuen Malerei in Deutschland. Neben diesen werden in der Ausstellung auch Künstler vorgestellt, die weniger bekannt, lokal aber prägend waren wie beispielsweise Fritz von Uhde und Albert Weisgerber aus München.

Gemälde dieser Künstler – Leihgaben aus ganz Deutschland – treffen auf Werke ihrer Dresdner Malerkollegen, zu denen neben anderen auch Otto Altenkirch, Robert Sterl und Wilhelm Claudius gehören.


Bild: Archiv

Max Liebermann: Gartenbank unter dem Kastanienbaum – Blühende Kastanien (Öl, 1916)

Dank einer detaillierten und übersichtlichen Beschriftung werden den Bezüge zwischen den einzelnen Künstlern herausgearbeitet. Anhand einer Schautafel wird ein Überblick über die impressionistische Malerei in Deutschland mit ihren verschiedenen Zentren gegeben. So ermöglicht die Ausstellung dem Besucher beides: einen sowohl informativen als auch stimmungsvollen Zugang zur Stilrichtung des Impressionismus.

Edinburgh und Madrid sind die Stationen einer Ausstellung, die sich dem Garten im Impressionismus widmet. Zum ersten Mal ist in Schottland eine solche Ausstellung zu sehen. 90 Gemälde aus internationalen Sammlungen zeigen die Bedeutung dieses Themas. Von Vorläufern wie Eugène Delacroix und Camille Corot ausgehend wird die Entwicklung des impressionistischen Gartens nachgezeichnet. Camille Pissaro und Berthe Morisot sind mit bedeutenden Werken vertreten, aber auch Max Liebermann, dessen „Enkelin des Künstlers mit ihrer Gouvernante im Wannseegarten“ präsentiert wird.

Die Künstler malten den eigenen Garten ebenso wie den öffentlichen Park. Wege führen den Betrachter in den Park, aber auch in die Komposition. Manches Mal scheinen die Blumen und Pflanzen geradezu aus dem Bild herauszuwachsen. In ihrem Garten konnten die Impressionisten die Wirkung von Farbe und Licht auf Körper und Pflanzen studieren. Monet nutzte seinen Garten in Giverny auch, um neue Motive auszuprobieren. Er hielt die Natur für das größere Kunstwerk als seine bemalten Leinwände. Den Garten selbst nannte er „das schönste Kunstwerk“. Mirabeau schrieb über Monets Gartenbilder, sie seien so intensiv, dass man sie riechen könne.

Caroline v. Keudell / S. Osman

*Die Ausstellung in der **Städtischen Galerie Dresden**, Wilsdruffer Straße 2, Eingang für Besucher Landhausstraße, ist bis zum 12. September dienstags bis donnerstags sowie am Wochenende von 10 bis 18 Uhr, Freitag 10 bis 19 Uhr zu sehen, Eintritt 4 / 3 Euro.*

*Die Ausstellung in der **National Gallery of Scotland, Edinburgh**, ist bis zum 17. Oktober täglich von 10 bis 17 Uhr, Donnerstag bis 19 Uhr zu sehen, Eintritt 10/7 Britische Pfund, anschließend im Museo Thyssen-Bornemisza, Madrid, vom 16. November 2010 bis 13. Februar 2011.*

Mäzen mit sozialem Engagement

Das Jüdische Museum Rendsburg erinnert an den aus Gleiwitz stammenden Oscar Troplowitz

Wer heute durch die Troplowitz-Straße im Hamburger Stadtteil Lokstedt fährt, wird kaum ahnen, wer hinter diesem Namen steckt. Nur wenige werden an Oscar Troplowitz denken, den Mann, der in enger Zusammenarbeit mit dem Chemiker Isaac Lifschütz und dem Dermatologen Paul Gerson Unna die „Nivea“-Creme entwickelte, sie 1911 auf den Markt brachte und sie geschickt vermarktete. Eine Ausstellung im Jüdischen Museum Rendsburg widmet sich derzeit diesem außergewöhnlichen Intellektuellen und Industriellen.

»Nivea« entwickelt und vermarktet

Der 1863 im oberschlesischen Gleiwitz geborene Oscar Troplowitz wollte ursprünglich Architekt werden und interessierte sich für Philosophie und Kunst. Er besuchte das Gymnasium in Breslau, doch sein Vater bestand darauf, dass er Apotheker werden sollte. So studierte er Pharmazie an der Universität Heidelberg, die ihn anschließend zum Dr. phil. promovierte. Eines Tages entdeckte er eine Anzeige: In Hamburg-Altona war ein pharmazeutisches Labor zu kaufen. Troplowitz zog in die Hansestadt und übernahm 1890 das Labor Paul Carl Beiersdorf. 1892 ließ er in Hamburg-Eimsbüttel eine neue Firmenzentrale samt Fertigungsräumen bauen. Handelte Beiersdorf nach der Devise „Ich brauche keine Reklame“ und ließ die Etiketten seiner Produkte von Hand schreiben, tat Troplowitz das Gegenteil: Er entwickelte Aufsteller und Werbetafeln aus Emaille, bestückte Busse und Straßenbahnen mit seiner Werbung, deren Typografie er von der am Jugendstil orientierten Schnörkelschrift auf die klaren Druckbuchstaben der Neuen Sachlichkeit umstellte. Der Umsatz wuchs, innerhalb weniger Jahre stieg der Mitarbeiterstamm von elf auf über 500. Beiersdorf wurde zu einem globalen Unternehmen. Heute ist es Deutschlands größtes Kosmetikhersteller, und „Nivea“ die weltweit größte Hautpflegemarke.

„Oscar Troplowitz hat Beiersdorf und seine Umgebung wie kein anderer geprägt. Die Ausstellung stellt in beeindruckender Weise sein soziales Wirken in und außerhalb des Unternehmens dar und gibt in ihrem Umfang einen bis jetzt noch nicht gekannten Einblick in dieses außergewöhnliche Unternehmer- und Kunstliebhaberleben“, sagt Thorsten Finke, Leiter des Beiersdorf-Archivs.


Franz Nölken: Oscar Troplowitz (Öl, 1916) Bild: Jüdisches Museum Rendsburg

Troplowitz war Sammler und Mäzen zugleich. In seiner Hamburger Villa fanden sich Werke von Renoir, Liebermann und Slevogt. Auch unterstützte er jüngere Maler des Hamburgischen Künstlerclubs und förderte sie durch Aufträge.

Er war zudem der erste deutsche Privatsammler, der ein Bild von Picasso erwarb. Die „Einschlafende Trinkerin“ gelangte wie 26 andere Gemälde nach dem Tod Troplowitz' 1918 durch sein Vermächtnis an die Hamburger Kunsthalle. Dort wurde der Picasso allerdings im Rahmen der Aktion „Entartete Kunst“ entfernt, heute gehört er zu den Spitzenwerken des Kunstmuseums Basel.

Silke Osman

Die Ausstellung „Oscar Troplowitz – Sozialer Unternehmer und Kunstmäzen“ im Jüdischen Museum Rendsburg, Prinzessinstraße 7–8, ist bis zum 3. Oktober dienstags bis sonntags von 12 bis 17 Uhr zu sehen, Eintritt 3/2 Euro.

In Kürze

Casanova in Sanssouci

In Sanssouci ist ein Gast eingetroffen, den man eher an südlichen Fürstenhöfen erwartet, dort, wo man den Freuden der Sinne nicht abgeneigt ist. Frauenherzen schlagen höher, denn es ist Casanova, der alte Schwerenöter, der durch den Park von Sanssouci streift. Sehnsuchtsvolle Blicke lauern hinter verführerisch wedelnden Fächern. Doch diesmal hat Casanova andere Pläne:


Giacomo Casanova Bild: Wikimedia

Er will Karriere machen am Hof Friedrichs des Großen. Will sich ihm als Spion andienen, als Geldvermehrer, als Magier. „Casanova in Sanssouci“ ist eine spannende und amüsante Theater-Zeitreise mit Thom Nowotny als Herzensbrecher, die in das „Galante Zeitalter“ entführt. Sie beruht auf Casanovas persönlichen Aufzeichnungen und anderen Quellen. Eine Produktion von Denk-Mal-Theater (mit Unterstützung der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg) am 29. August, 14 Uhr, Treffpunkt vor dem Museumsshop unterhalb der Historischen Mühle, Eintritt 17/14 Euro, Karten-Bestellung: (01805) 4470. *os*

Parzinger gewählt

Hermann Parzinger, Prähistoriker, Archäologe und Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, ist kürzlich zum „Corresponding Fellow“ der British Academy, der Nationalakademie für Geisteswissenschaften in Großbritannien, gewählt worden. Die 1902 gegründete British Academy fördert die Spitzenforschung und den internationalen Austausch. Ihr gehören nahezu 900 Wissenschaftler an. Hermann Parzinger sagte zu seiner Wahl: „Ich bin sicher, dass meine Mitgliedschaft in der British Academy die Profilierung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz als wissenschaftliche Einrichtung weiter stärken und der strategischen internationalen Vernetzung der SPK förderlich sein wird.“ *PAZ*

Poetische Frauen-Bilder

Fotografien der Potsdamer Fotografin Monika Schulz-Fieguth sind im Rahmen des Kulturland-Brandenburg-Themenjahres „Mut und Anmut – Frauen in Brandenburg und Preußen“ in Schloss Caputh zu sehen. Die Ausstellung, die bis zum 3. Oktober (dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr) geöffnet ist, präsentiert Fragmente der in Stein gemeißelten Frauenskulpturen aus dem Potsdamer Stadtschloss, die auf dem Schirrhof der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg auf ihre Restaurierung warten. *PAZ*

Kampf gegen den Sklavenhandel

Vergessene humanitäre Leistung: In Ostafrika ging das Deutsche Reich erfolgreich gegen Menschenhändler vor

Es scheint ausgemacht: Wenn die Bundesrepublik dort, was man heute Dritte Welt nennt, militärisch interveniert, nimmt sie internationale Verantwortung wahr und dient humanitären Zielen. Aber wenn das Reich das gleiche tat, war es Imperialismus. Tatsächlich hatte beispielsweise der Kampf gegen den Sklavenhandel in Ostafrika eine triftige humanitäre Legitimation.



Soldat und Diplomat: Hermann von Wissmann bei Verhandlungen mit arabischen Führern Bild: Ullstein

Am 28. August 1888 schlossen die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft (D.O.A.G.) und der Sultan von Sansibar den sogenannten Zollverwaltungsvertrag, in dem der arabische Herrscher einen zehn Meilen breiten Küstenstreifen an die D.O.A.G. verpachtete. Diese wiederum wurde ermächtigt, „die Einfuhr von Sklaven, Waffen und Munition zu verbieten“. Die arabischen und „arabisierten“ Händler, die bisher von den Geschäften mit Elfenbein und Sklaven gelebt hatten, sahen sich durch die Niederlassung der D.O.A.G. und deren Vertrag mit dem Sultan daher zur „Arbeitslosigkeit“ verdammt und in der weiteren Ausübung ihres altgewohnten und einträglichen Sklavenhandels bedroht. Deshalb setzten sie trotz des Vertrages unbekümmert ihre Machenschaften fort.

Nun hatten sich aber die Europäer seit Mitte des 19. Jahrhunderts der völligen Abschaffung der Sklaverei zumindest in ihren Herrschaftsbereichen, also auch den Kolonialgebieten, verschrieben. Deshalb war es selbstverständlich, dass auch das Deutsche Reich, das jetzt neu in den Kreis der Kolonialmächte eintrat, alles unternahm, um den Menschenhandel zu unterbinden.

Schon 1885 hatten Großbritannien, Portugal und das Deutsche Reich beschlossen, den Sklavenhandel an der ostafrikanischen Küste mit einer Schiffsblockade zu verhindern. Das führte bald zur Gemeinschaftsaktion eines britischen und eines deutschen Kreuzergeschwaders. Der Erfolg war allerdings gering, denn die Kriegsschiffe konnten keine lückenlose Präsenz gewährleisten.

Die Antwort der arabischen Händler auf die Bemühungen der Europäer zur Beendigung des Sklavenhandels ließ nicht lange auf sich warten. Bereits im August 1888 hatte sich die Küstenbevölkerung im Norden des Herrschaftsbereiches der D.O.A.G. gegen diese erhoben und einige von deren Angestellten gefangengenommen. Dem mit den Deutschen verbündeten Sultan war es nur mühsam gelungen, die Lage mit militärischen Mitteln in den Griff zu bekommen. Diese Unruhen eskalierten nach dem Beginn der Schiffsblockade zum Aufstand, an dessen Spitze sich der Halbaraber Buschiri bin Salim (Abushiri ibn Salim al-Harthi) stellte. Der D.O.A.G. standen außer den unzuverlässigen Soldaten des Sultans keine nennenswerten Machtmittel zur Verfügung. Die Rebellen hingegen waren militärisch gerüstet. Sie hatten gemäß den Verträgen mit den Deutschen ihre Waffen behalten dürfen. Da Reichskanzler Otto von Bismarck aber der D.O.A.G. den Schutz des Reiches zugesagt hatte, musste er nun handeln. Der Kampf gegen den Sklavenhandel bot ihm dazu den geeigneten Anlass. Hierbei erhielt er die uneingeschränkte Unterstützung der Mehrheit des Reichstages und insbesondere der seinerzeit stärksten Partei, des Zentrums, deren Führer, Ludwig Windthorst, einen Anti-Sklaverei-Antrag einbrachte, der schließlich vom Parlament verabschiedet wurde. Als Grundlage diente dem Zentrum dabei der Schutz der Missionsgesellschaften, nachdem inzwischen auch Missionare angegriffen und ermordet worden waren, weil sie befreite oder entlaufene Sklaven bei sich untergebracht hatten. Der vom Deutschen Reich in Aussicht genommene Kampf gegen die Sklaverei fand im übrigen Europa große Fürsprache. Selbst der Papst sprach sich für „kraftvolle Maßnahmen“ aus.

Hermann von Wissmann Bild: Wikipedia

Diese sollten dann auch schon bald ergriffen werden. Nachdem der Reichstag die erforderlichen Mittel gebilligt hatte, wurde der Reichskanzler „ermächtigt, für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika über eine Summe von zwei Millionen Mark zu verfügen und die Ausführung der erforderlichen Maßregeln einem Reichskommissar zu übertragen“. Letzterer wurde umgehend in der Person des Hauptmanns Hermann Wissmann ernannt. Durch seine zweimalige Durchquerung Afrikas war er bestens mit den Verhältnissen auf dem Kontinent und den Gepflogenheiten seiner Menschen vertraut und wie kaum ein anderer für die Aufgabe geeignet. Weil nach seinen Erfahrungen nur eine dem tropischen Klima gewachsene Truppe in Betracht kam, wurden den vornehmlich Sudanesen, die schon in türkisch-ägyptischen Diensten gekämpft hatten, rekrutiert, außerdem Angehörige des südafrikanischen Kriegervolkes der Zulu, Somalis sowie einheimische ostafrikanische Soldaten, die Askaris. Geführt wurde diese Schutztruppe von einer Handvoll weißer Offiziere und Unteroffiziere, wobei jedoch die Farbigen zuerst ihren eigenen Offizieren und Unteroffizieren untergeordnet waren. Damit zeigte Wissmann ein für damalige Verhältnisse feines Taktgefühl, was ihm hohes Ansehen bescherte.

Am 8. Mai 1889 erstürmte die Truppe das Lager Buschiris, des Anführers des Araberaufstands, der von der D.O.A.G. mehrfach gefordert hatte, entlaufene Sklaven ihren Herren auszuliefern. Buschiri selbst entkam zwar, doch die Masse seiner Anhänger war besiegt. Der Rebellenführer zog sich ins Landesinnere zurück, wo er erneut den Kampf gegen die Deutschen aufnahm. Dabei versuchte er, die Unterstützung schwarzer Häuptlinge zu gewinnen, was ihm aber nur zum Teil gelang, weil er mit großer Härte und Grausamkeit gegen all jene vorging, die sich auf die Seite der Deutschen stellten. Damit verspielte er endgültig sein Ansehen und erreichte genau das Gegenteil: Die Bevölkerung erkannte nach und nach die Herrschaft der Deutschen an und würdigte deren Leistungen im Kampf gegen die Sklaverei. Häuptling Mohammed Choa von Usambara, wohin sich Buschiri geflüchtet hatte, lieferte ihn schließlich im Dezember 1889 gefesselt den Deutschen aus. Zum Tode verurteilt, wurde er am 15. des Monats hingerichtet. Im März 1890 galt der Norden Deutsch-Ostafrikas als befriedet, der Sklavenhandel war unterbunden, und auf Menschenraub stand künftig die Todesstrafe.

Anschließend wandte Wissmann sich dem Süden des Schutzgebiets zu, wo immer noch der Sklavenhandel blühte. Karawanen mit Sklaven auf dem Weg zur Küste wurden abgefangen, unter geringen eigenen Verlusten und mit Unterstützung eingetroffener deutscher Kriegsschiffe, die von See her in das Geschehen eingriffen, wurden die von den Aufständischen besetzten Küstenorte zurückerobert, im Hinterland wurden erste Verträge mit Häuptlingen abgeschlossen. Die Araber erkannten ihre Niederlage an und Ende Mai 1890 war auch die deutsche Herrschaft im Süden wiederhergestellt. *Wolfgang Reith*

Realismus, Menschlichkeit und deutsche Interessen

Nach der Niederwerfung des Araberaufstandes, erwies sich Wissmann als großzügiger Sieger und geschickter Taktierer: In einer Friedenskonferenz „verzieh“ er den Arabern, die künftig im Gegenzug „loyale Untertanen“ sein wollen, und er beließ ihnen ihren Besitz. Häuptlinge im Landesinnern, die bisher vom Sklavenhandel profitiert hatten, wurden milde behandelt, und in „Schauris“ (Palavern) versuchte Wissmann immer wieder, die Eingeborenen von den Arabern zu emanzipieren.

Sein Biograph, der Bezirkshauptmann und Kompanieführer Rochus Schmidt fasste Wissmanns besonnene Strategie in Worte, wenn er davor warnte, die Wertvorstellungen der Kolonialherren auf die Verhältnisse im Schutzgebiet zu übertragen, denn man tue gut daran, „zunächst noch nicht in allzu schroffer und unvermittelter Weise die europäischen Humanitätsprinzipien einzuführen … Um mit Waffengewalt gegen die lang hergebrachten Institutionen der Araber und Eingeborenen vorgehen zu können, stehen uns auch nicht annähernd die Mittel zur Verfügung.“ Und er schließt daraus: „Beim Kampfe für die Sache der Zivilisation und die kulturelle Erschließung Innerafrikas müssen wir uns anderer Mittel bedienen. Die Förderung des Handels und besonders die der Landeskultur, die Ausnützung von Grund und Boden, die Vermehrung des Angebots der Arbeit, die Dienstbarmachung der arabischen und eingeborenen Händler für europäische großkaufmännische Unternehmungen – das sind im Verein mit einer strengeren Überwachung der Küste geeignete Mittel, mit der Zeit die Sklaverei gänzlich zu beseitigen und an ihre Stelle gesunde wirtschaftliche Einrichtungen zu setzen.“ *W. R.*

Deutscher »Erfinder« Jugoslawiens

Bischof Josip Juraj Strossmayer – Neue Biographie in der Tradition Hermann Wendels erinnert an den politischen Geistlichen

Deutsche wie August Ludwig von Schlözer und Jakob Grimm haben im 19. Jahrhundert der südslawischen Einigungsidee das Epithetom „jugoslawisch“ gegeben (von slawisch „jug“ – Süden). Und ein „Schwabe“ (wie Volksdeutsche traditionell von ihren südslawischen Nachbarn genannt werden) konkretisierte es. Josip Juraj Strossmayer, damals führender Kirchenfürst im habsburgischen „Dreieinigen Königreich Slawonien, Kroatien und Dalmatien“, gründete 1866 eine „Jugoslawische Akademie“ mit dem Auftrag, „Kunst und Wissenschaft im slawischen Süden bei Serben, Kroaten, Slowenen und Bulgaren zu pflegen und zu fördern“. Nun hat der serbische Historiker Vasilije eine neue Strossmayer-Biographie veröffentlicht, welche die Hindernisse für dessen Jugoslawismus untersucht.

Strossmayer wurde 1815 in einer deutsch-slawischen Familie im slawonischen Esseg (serbisch



Bischof Josip Juraj Strossmayer Bild: Archiv

und kroatisch: Osijek), eine damals nahezu rein deutschsprachige Stadt, geboren. Priester wollte er werden und absolvierte geistliche Lehranstalten in Wien und Budapest. Mit 20 Jahren promovierte er 1835 in Budapest zum Doktor der Theologie, wobei ein Kleriker sagte, dieser junge Mann werde „sich zum ersten Ketzer des Jahrhunderts oder zur ersten Säule der Kirche entwikkeln“.

1849/50 wurde Strossmayer von Kaiser Franz Joseph I. zum Bischof und von Papst Pius IX. zum apostolischen Vikar für die Katholiken in Serbien ernannt. Er war „Bischof an der türkischen Grenze“, denn sein Bistum lag an der „Militärgrenze“, der antiosmanischen Schutzzone von der Adria bis zum Karpatenbogen. Es war die größte und reichste Diözese der Monarchie, zudem eine politisch bedeutsame, wie geschaffen für Strossmayers politische Neigungen gegen offizielle Politik.

1853 schuf er ein Seminar für bosnische Theologen, was Wien Krach mit der Hohen Pforte eintrug. 1866 folgte seine „Jugoslawische Akademie“, 1874 die Universität in Agram (Zagreb). Von seinen häufigen Besuchen in Serbien wurde der von 1868 zum wahren Triumphzug, ein Affront für das notorisch antiserbische Wien. 1870 war er beim Konzil in Rom einer von zwei Gegnern des neuen Dogmas von der päpstlichen Unfehlbarkeit, weswegen er niemals Kardinal wurde. 1888 gratulierte er Russland zur 900-Jahrfeier seiner Christianisierung, was ihm selbst der Kaiser verargte.

Besonders deutsche Autoren haben Strossmayer für solche Eskapaden bewundert: Roda Roda (Alexander F. Rosenfeld, 1872–1945), der große literarische Mittler zu den Südslawen, hat den Bischof noch persönlich erlebt und ihn in seinen Büchern mit aller Sympathie porträtiert. Hermann Wendel (1884–1936), zu Beginn des 20. Jahrhunderts der jüngste Abgeordnete des Deutschen Reichstags und der wohl beste Balkankenner, den Westeuropa je hatte, publizierte 1921 eine umfassende Biographie Strossmayers. Auf ihr basiert auch Krestics neue Strossmayer-Biographie.

Ein souveräner Mann wie Strossmayer musste auf dem zerrissenen Balkan oft anecken: Habsburg versus Osmanisches Imperium, Orthodoxie versus Islam und Katholizismus, kyrillisches versus lateinisches Alphabet, Julianischer versus Gregorianischer Kalender – konnte eine Kulturregion gespaltener sein als die Heimat der Südslawen?

»Bischof an der türkischen Grenze«

Seit 1926 steht im Zentrum Zagrebs ein Denkmal Strossmayers, geschaffen vom genialen Ivan Mestrovic. Strossmayer hat sich selber oft „Kroate“ genannt, die Kroaten, Serben, Bulgaren et cetera jedoch alle gleichermaßen als „sinovi jugoslavenskog naroda“ angesehen, als „Söhne des jugoslawischen Volks“. Und „die wichtigste Aufgabe der Jugoslawen ist, sich zu einigen und zu vereinigen“.

Roda Roda hat Strossmayer mit Luther und Bismarck verglichen und bedauert, dass seine Pläne, die er in den 1860er Jahren als Abgeordneter im Reichsrat verfochten hatte, nicht aufgingen, vor allem nicht sein Traum, Habsburg in eine Föderation seiner Völker zu verwandeln. Und Wendel beklagte, dass Strossmayer 1905 starb und so nicht mehr miterlebte, dass – wenn auch nicht auf der Basis echter Gleichberechtigung – ein jugoslawischer Staat entstand. Dessen blutiges Ende in unseren Zeiten hätte den Bischof wohl verzweifeln lassen. *Wolf Oschlies*

»Wahrzeichen vaterländischen Dankes«

Bismarcktürme – Wie das Phänomen entstand und welche Bedeutung den Türmen heute zukommt

Markant auf kleinen Bodenerhöhungen positioniert und heute nicht selten sanierungsbedürftig, stehen sie da: Meist schlicht und prunklos, massiv und aus Stein; die Feuerschalen werden nicht mehr angezündet und die einst zahlreichen Besucher bleiben aus. Gemeint sind Bismarcktürme.

Sie verteilen sich über das gesamte Territorium der Bundesrepublik, stehen noch vereinzelt in Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße und sogar – freilich noch seltener – in den einstigen deutschen Kolonien in Afrika. Mindestens 172 der ursprünglich rund 240 Türme sind heute noch erhalten.

Wie entstand dieses Phänomen? Otto von Bismarck war bereits zu seinen Lebzeiten eine Legende; und noch zu Lebzeiten wurden ihm zu Ehren Denkmäler und Standbilder errichtet. Im Jahre 1869 wurde erstmals ein Turm – ein sechsgeschossiger Aussichtsturm im oberschlesischen Ober-Johnsdorf – nach ihm benannt. Bis zu seinem Tod am 30. Juli 1898 folgten mehr als zehn weitere solcher Türme; insgesamt blieben sie aber eine Randerscheinung.

Rund 240 Türme wurden errichtet

Dies änderte sich, als noch im selben Jahr, als Bismarck starb, die Deutsche Studentenschaft in einem Aufruf an das Volk anregte, dem verstorbenen Altreichskanzler ein „bleibendes, würdiges und volkstümliches Wahrzeichen vaterländischen Dankes“ zu hinterlassen. Die Studenten forderten, „auf allen Höhen unserer Heimat … gewaltige granitene Feuerträger“ in Form von einheitlichen Türmen zu errichten, und schrieben einen Wettbewerb zum Entwurf eines geeigneten Modells aus. Eingereicht wurden über 300 Vorschläge. Prämiert wurde letztlich „Götterdämmerung“ des Architekten Wilhelm Kreis. Der Entwurf war wie von der Studentenschaft gefordert: sehr kräftig, aber schlicht und prunklos. Den Schaft des Turms zieren lediglich vier Dreiviertelsäulen, dazwischen ist ein Reichsadlerrelief mit Bismarck-Wappen angebracht, darüber eine Feuerschale. 47 Türmen – sogenannten Bismarcksäulen – diente dieser Entwurf als Vorbild. Auch wenn die anderen, individuell gestalteten Türme von Kreis' Standardentwurf zum Teil deutlich abweichen, folgen sie stets einem Konzept: Massivität wird als dominantes Gestaltungsmittel genutzt und erzeugt so auch im kleineren Maßstab Monumentalität.

Wie Pilze schossen in den kommenden Jahren Bismarcktürme im gesamten Reich aus dem Boden, wobei es in den traditionell evangelischen Gebieten mehr sind als in katholischen Regionen; in Altbayern etwa sind es nur eine Handvoll. Auch im fernen Ausland – etwa in Chile – und in den deutschen Kolonien wurden von deutschen Auswanderern Bismarcktürme aufgestellt. Der „Schmied des Deutschen Reichs“ genoss im ganzen Volk Verehrung – die Finanzierung der Turmbauten erfolgte übrigens durch private Spenden – und es wurden zahlreiche Bismarckturm-Vereine gegründet. Über 400 Bismarcktürme und -säulen waren geplant. Der Ansporn kam nunmehr nicht nur aus der Studentenschaft, sondern zunehmend auch aus dem Besitz- und Bildungsbürgertum. Denn Bismarcktürme wurden allmählich zu einem bürgerlich-patriotischen Freiluftzeremoniell: zugleich beliebtes Ausflugsziel als auch zwanglose Ehrerweisung gegenüber dem Reichsgründer.



Bismarckturm: Klassisches Exemplar aus Erfurt mit vier Dreiviertelsäulen und einem Reichsadlerrelief mit Bismarckwappen — Bild: Michael Sander

Vor allem an Bismarcks Geburts- und Todestag wurden die Türme besucht und die Feuerschalen entzündet.

Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges mussten die meisten Projekte auf Eis gelegt werden. Neben zahlreichen Türmen war davon etwa auch die Planung eines monumentalen Bismarckdenkmals am Rhein betroffen. Selbstredend machten die politischen Entwicklungen nach dem Krieg ein Anknöpfen an wilhelminische Traditionen unmöglich. Zwar wurden noch vereinzelt bereits begonnene Türme fertig gebaut – etwa in Delecke bei Soest –, das Ende des Phänomens war aber besiegelt.

Bald darauf, bedingt durch die Gebietsabtretungen im Jahre 1920, setzten die ersten mutwilligen Zerstörungen von Bismarcktürmen ein. Durch die verheerenden Folgen des Zweiten Weltkrieges und die nicht selten ideologisch motivierten Zerstörungen von Kulturgütern in den deutschen Ostgebieten und in der DDR wurden Dutzende weiterer Bismarcktürme vernichtet. Noch im Jahre 1981 wurde im sächsisch-anhaltinischen Hasselfelde-Trautenstein ein Bismarckturm durch die sowjetische Armee abgerissen. Immerhin überstanden rund 70 Prozent aller Türme die Wirren der letzten Jahrzehnte.

Welche Bedeutung kommt den Türmen heute zu? Vornehmlich werden sie von Spaziergängern und Ausflüglern aufgesucht, die sich eher für Exkursionsziele fernab der üblichen Hauptattraktionen interessieren. Jüngst stellte etwa ein Buch zu der gleichnamigen Fernsehsendung „Das NRW-Duell“ neben anderen abgelegenen Wanderpfaden auch den Bismarckturm in Bad Salzuflen vor.

Mancherorts dienen Bismarcktürme noch als Stätten kultureller Begegnung. Es wird nicht mehr Bismarck gehuldigt, dafür werden die Türme in das jeweilige gemeindliche Brauchtum eingebettet. So etwa in Lützschena-Stahmeln bei Leipzig: Hier wird nicht nur regelmäßig ein Chortreffen im Turm veranstaltet, man trifft sich auch zur alljährlichen Sonnwendfeier bei Lagerfeuer und gemeinsamer Musik am Bismarckturm. Der Turm in Lindenfels ist hingegen einer der ganz wenigen, die noch ihre ursprüngliche Funktion beibehalten haben. Im Rahmen der traditionellen Befeuerung der Odenwaldberge wird auch auf der Schale über dem Bismarckturm ein Feuer entzündet. In zahlreichen anderen Städten – beispielsweise Dresden, Unna oder Herford – wurden Bismarckturm-Vereine (wieder-)gegründet, die Mittel für eine Sanierung der Türme auftreiben und sie einem öf-

Mindestens 172 Türme sind erhalten

fentlichen Besucherverkehr zugänglich machen wollen.

Auch im Internet hat sich eine kleine „Kultgemeinde“ um die Türme gebildet. Auf der Seite www.bismarcktuerme.de berichtet Jörg Bielefeld bereits seit 2001 umfassend über Neuigkeiten rund um die Türme. Inzwischen stellt seine Netzpräsenz ein anschauliches Kompendium aller bekannten Bismarcktürme dar, das ständig aktualisiert wird und so eine nützliche Ergänzung des Standardwerks „Lexikon der Bismarckdenkmäler“ von Sieglinde Seele ist.

Nicht zuletzt bleiben die Bismarcktürme ein ausdrucksvolles Lehrstück eines ernsthaften, ungezwungenen und aus der Mitte des Volkes aufkeimenden Patriotismus, wie wir ihn heute nur noch selten erleben.

Daniel Napiorkowski

»Er war tot, ehe er starb«

Der erste und letzte Präsident der DDR, Wilhelm Pieck

Als am 7. September 1960 Wilhelm Pieck, der erste und gleichzeitig letzte Präsident der DDR, verstarb, war er längst zu einer Art Frühstücksdirektor mutiert. Am 3. Januar 1876 in ein katholisches Elternhaus hineingeboren, war er eigentlich ein Kind der Kaiserzeit. Sein behäbiger, ein wenig barocker Habitus ließ ihn im Vergleich zu Walter Ulbricht als eine Art gütige Ausgabe der DDR-Nomenklatura erscheinen.

Piek erlernte den Beruf eines Tischlers und geriet in Bremen unter den Einfluss der Sozialdemokratie und dort in das geistige Umfeld der polnischen Berufsrevolutionärin Rosa Luxemburg. Ab 1906 lebte er nicht mehr von seinem Handwerk, sondern von der Partei. 1915 zum Kriegsdienst herangezogen, desertierte er 1917 und versteckte sich in Berlin, wo er an der Gründung des Spartakusbundes beteiligt war. Zwar wurde er beim Bürgerkrieg 1919 in Berlin zusammen mit Luxemburg und Karl Liebknecht verhaftet, aber der Freikorpsoffizier Waldemar Pabst ließ ihn nach eigenen Angaben laufen, weil er ihn ausführlich über die militärischen Pläne sowie Verstecke führender Mitglieder der KPD informiert habe.

Es folgte eine kontinuierliche Parteikarriere: 1921 wurde er Mitglied des Preußischen Landtages, 1925 Vorsitzender der Roten Hilfe und 1928 Reichstagsabgeordneter. Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten führte er ab Februar 1934 in Vertretung für den inhaftierten Ernst Thälmann die KPD. Da befand sich Pieck aber schon im Exil – erst in Paris, dann in Moskau. Die mörderische „große Säuberung“ der Jahre 1936 bis 1938 überstand er unbeschadet als Bewohner des berüchtigten



Wilhelm Pieck — Bild: Archiv

Hotel Lux, wo nächtens mancher Genosse „abgeholt“ wurde. Diese Parallele mit der Vita Herbert Wehners hat zu neuen Vermutungen und Gerüchten über Verrat an Genossen geführte.

Nach dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages am 23. August 1939 war in der Sowjetunion nicht mehr vom Kampf gegen den „Faschismus“ die Rede. Am 18. März 1941 sprach Pieck vor Exilanten über diese „Linie der Partei“. Über die damaligen Machtverhältnisse unter den deutschen Kommunisten berichtet Wolfgang Leonhard: „Pieck war damals unbestritten der erste Mann, wenn auch schon viele wichtige politische Fragen von Ulbricht behandelt wurden.“

Ab Juni 1941 lagen Russland und Deutschland miteinander im Krieg und die alten Parolen konnten reaktiviert werden. Dass Pieck 1943 zu den Mitbegründern des „Nationalkommitees Freies Deutschland“ gehörte, hat dem zunächst überparteilichen Anstrich des Unternehmens eher geschadet.

Als am 29. April 1945 eine Gruppe Kommunisten nach Berlin beordert wurde, war Pieck nicht mit dabei, dafür aber Ulbricht. Damals wurden erste Machtstrukturen in der sowjetischen Besatzungszone geschaffen. Leonhard äußerte sich hierzu wie folgt: „Das nächste Mal sah ich Wilhelm Pieck ernst, ja fast verbittert.“ 1946 wurden Pieck als Vorsitzender der KPD und Otto Grotewohl als Vorsitzender des Zentralausschusses der (Ost-)SPD zu gemeinsamen Vorsitzenden der zwangsvereinigten SED gewählt. Am 11. Oktober 1949 wählten ihn Länderkammer und Volkskammer zum Präsidenten der DDR. Seine Aufgaben waren fast nur noch repräsentativer Art, wie Neujahrsansprachen. Leonhard urteilte: „Er war tot, ehe er starb.“ *Hans Lody*

Preußen und die USA

Der Freundschaftsvertrag von 1785 ist fast vergessen

Der preußisch-US-amerikanische „Treaty of Amity and Commerce“ (Freundschafts- und Handelsvertrag) vom 10. September 1785 war in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert und ist geeignet, interessante Fakten über beide vertragsschließenden Staaten aufzuzeigen.

Friedrich der Große war in den entstehenden Vereinigten Staaten sehr beliebt. Er hatte sich deutlich gegen den Verkauf von Landeskindern aus Hessen-Kassel, Hessen-Hanau, Ansbach, Waldeck und Anhalt-Zerbst an die englische Krone geäußert. Auch wenn seine Zeilen an Voltaire in einem Brief vom 18. Juni 1776: „Wäre der Landgraf von Hessen aus meiner Schule hervorgegangen, so würde er den Engländern seine Unterthanen nicht verkauft haben, wie man Vieh verkauft, um es auf die Schlachtbank zu schleppen“ wohl nicht im Bewusstsein der Amerikaner präsent sein konnten, so hatten die amerikanischen Bürger doch davon Kenntnis, dass Friedrich der Große die Menschentransporte soweit wie möglich behinderte. Entfernt wurde auch der Generalinspekteur der amerikanischen Armee, Friedrich Wilhelm von Steuben, mit Preußen in Verbindung gebracht, obwohl dieses nur bis zu dessen Ausscheiden aus der Armee des Königs im Jahre 1762 gerechtfertigt war.

Insofern war es naheliegend, dass die führenden Kongressmitglieder schon sehr kurz nach Beginn des Revolutionskrieges Kontakt mit Preußen aufnahmen. Sie schickten Gesandte in die europäischen Länder, um die Chancen für diplomatische Beziehungen auszuloten. Während die Abgesandten des amerikanischen Kongresses in Frankreich, das im 18. Jahrhundert der Rivale der Engländer war, sofort auf positive Resonanz stießen, hielt der Preußenkönig eine gewisse Distanz und wollte erst einmal den Ausgang des Kriegs abwarten. Er wollte die Amerikaner nicht entmutigen, andererseits die Engländer nicht verärgern. In einer Notiz vom 9. Mai 1777 schrieb er

Zivilistenschutz im Kriegsfall vereinbart

seinen Ministern, die Unterhändler mögen in Berlin inkognito als Kaufleute getarnt auftreten. Unmittelbar nach Kriegsende autorisierte der König seinen Gesandten im Haag, Friedrich Wilhelm von Thulemeyer, zu Verhandlungen, die dieser mit John Adams, Thomas Jefferson und Benjamin Franklin führte.

Der von ihnen ausgehandelte Freundschafts- und Handelsvertrag war nicht nur rein wirtschaftlich konzipiert, sondern enthielt auch einen Artikel (23) zur Weiterentwicklung der Humanität zwischen den Staaten. Benjamin Franklin hatte ihn selbst eingefügt und er hat die ausdrückliche Billigung des Preußenkönigs gefunden. Danach sollten die Zivilisten – für den Fall, dass es doch einmal zum Krieg zwischen den vertragsschließenden Parteien kommen sollte – unbehelligt gelassen werden. Sollte ihr Besitz trotzdem beeinträchtigt werden, sollten sie eine Entschädigung erhalten.

Im wirtschaftlichen Teil des Vertrages wurde der Zollfreiheit für den Austausch von Tabak, Reis, Indigo und Walfischtran aus Amerika gegen schlesisches Leinen, Porzellan, Eisenwaren und Tuche aller Art aus Preußen vereinbart. Obwohl Preußen damals keine nennenswerte Flotte besaß, erhoffte sich Friedrich von dem Vertrag vor allem die Förderung seines ostfriesischen Hafens Emden. Im Gegensatz zu seiner ansonsten doch noch starr merkantilistischen Wirtschaftspolitik stimmte der König dem Gedanken zu, dass ein freier Wettbewerb zwischen Käufern und Verkäufern den Wert der Waren bestimmen sollte.

Allerdings hat der Kongress in den Vereinigten Staaten diesen so geschichtsträchtigen Vertrag erst am 17. Mai 1786 ratifiziert. Das hing damit zusammen, dass bei den vorausgegangenen Sitzungen nicht genügend Staaten vertreten waren. Man hat das als eine Art europäisch verwurzelte Kleinstaaterei bezeichnet.

Jürgen Ziechmann

Richtigstellung v. Gottbergs ist zu begrüßen

Zu: „Widerspruch“ (Nr. 32)

Die Verbreitung bemerkenswert schlicht gestrickter historischer Sichtweisen durch Politik und Medien ist leider keine neue Erkenntnis. Umso mehr sind die sachlich angemessenen Richtigstellungen durch Herrn v. Gottberg zu entsprechenden Passagen der Rede des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert auf der Gedenkveranstaltung des Bundes der Vertriebenen zu begrüßen. Bedauerlich ist nur, dass offenkundig keiner der anwesenden Funktionäre den Mut fand, dies bereits vor Ort während der Veranstaltung zu tun.

Im gegebenen Zusammenhang stellt sich zudem die Frage, wie lange sich die Führung des BdV das erbärmliche Spiel um die Vertriebenen-Gedenkstätte noch gefallen lassen will, und warum sie sich nicht zu einem entsprechenden Projekt ausschließlich in eigener Regie durchringen kann. Haben die Verantwortlichen im BdV denn noch nicht bemerkt, wie weit das Projekt eines würdigen Gedenkens durch Fremdbestimmung, politischen Opportunismus und historische Inkompetenz sich bereits zur Posse entwickelt hat? Der Spott des Deutschlandexperten der polnischen „Gazeta Wyborcza“ in der „taz“, der Bund der Vertriebenen mache sich nur noch lächerlich und das geplante Zentrum sei ein „provinzielles Museum am Rande des Berliner Zentrums“, hat nach Lage der Dinge wohl einen beschämend wahren Kern.

Otto Schmidt, Hamburg

CDU überhört Wählerwünsche

Zu: „Im Niemandsland“ (Nr. 29)

So nicht, Frau Merkel! Die künftigen Wahlniederlagen der CDU werden durch die bisherigen eigenen Wähler herbeigeführt. Das steht außer Zweifel. Der Veränderungsprozess der CDU schreit zum Himmel. Im nächsten Jahr, 2011, stehen sechs Landtagswahlen an, vielleicht auch schon die nächste Bundestagswahl?

Oh, was wird da nur aus Deutschland werden? Das politische Chaos, das sich heute schon anzukündigen droht, erhält dann seine totale Perfektion. Nordrhein-Westfalen und Hamburg geben hierfür schon jetzt einen üblen Vorgeschmack.

Was sich in den Führungsgremien der CDU abzeichnet, ist nicht mehr kommentarlos hinzunehmen. Die „Noch Oberen“ der CDU sind offenbar von allen guten Geistern verlassen. Die eigentlichen Kapazitäten, die die Partei aus der Schieflage herausführen könnten, haben der Partei den Rücken zugewandt. Was ist nur aus der großen Partei Konrad Adenauers geworden – ein Stolz für unser Land?

Oder sollte erst durch ein Eigenverschulden der CDU ein gewaltiger Linksruck in Deutschland hereinbrechen, bis man zur Besinnung kommt?

Ein Neuanfang wird dann schwer sein und erst recht unter schwierigeren Bedingungen stattfinden. Frau Merkel ist nicht der Segen für Deutschland.

J.F. Wilhelm Hörnicke, Eschborn/Ts.

Wehner forderte noch 1966 langen Atem für die Vertriebenen

Zu: „Gegen-Aufklärung von links“ (Nr. 32)

Kann die Seite 4 dieser *PAZ* keine Dauereinrichtung sein? Man stelle sich vor, in jeder Woche eine ganze Seite „Gegen-Aufklärung“ und zwar über die Ansichten demokratischer Politiker aus Bonn und Berlin seit 1949 zur ostdeutschen Frage.

Ich darf mal mit meinem SPD-Lieblingspolitiker Herbert Wehner beginnen. Genosse Wehner erklärte am 14. September 1950 im Deutschen Bundestag zur Oder-Neiße-Grenze: „Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ..., in der Missachtung des Heimatrechtes der Vertriebenen Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit. Der Deutsche Bundestag spricht allen, die für diese Verbrechen verantwortlich sind ..., das Recht ab, im Namen des deutschen Volkes zu handeln ...“ Oder Wehner mit Willy Brandt auf dem Schlesiertreffen 1963: „Verzicht ist Verrat! Wer wollte das bestreiten? Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern. Niemals darf auf dem Rücken der heimatvertriebenen oder geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden.“

Und nun die Äußerung des Altkommunisten und ehemaligen SPD-Fraktionsführer und Zuchtmeister, der im Oktober 1966 erklärte: „Gehe ich über das Selbstbestimmungsrecht hinweg, dann bin ich ein Strolch. Wenn ich es nicht durchsetzen kann, darf ich darauf nicht verzichten, sondern ich muss es wach halten und so lange offen halten, bis diese Frage zwischen den Mächten gelöst wird.“

Diese Wehnersche Definition entstammt einem Interview von 1966, das der damalige Programmdirektor des Südfunks und spätere „Ständige Vertreter“ der Bonner Regierung in Ostberlin, Günter Gaus, mit Herbert Wehner führte. Gaus fragte: „Wenn es richtig ist, dass die Selbstbestimmung für Deutschland nur mit kriegerischen Machtmitteln durchgesetzt werden kann ..., haben wir dann nicht das Recht und auch die Pflicht, über das Verlangen jener, für die die Selbstbestimmung sein soll, hinwegzugehen?“

Hier der genaue Wortlaut von Wehners Antwort: „Nein, das Recht hätten wir nicht. Wir wären Strolche. Es sind zwei völlig verschiedene Fragen, ob ich ein Recht durchsetzen kann oder ob ich das Recht, das nicht durchzusetzen ist, wachhalte. Wenn es nicht geht, dann geht es eben mehr oder weniger lange nicht; dann bleibt diese Frage zwischen diesen Staaten oder Mächten offen, so lange, bis sie einmal lösbar sein wird. Aber mit dem Preisgeben eines Rechts versündigen wir uns am Nächsten und würden uns selbst sehr schaden.“

Die vor 60 Jahren erklärte Absage an Revanche und Gewalt bedeutet nicht Verzicht. Das hätte die Verbandsspitze der Heimatvertriebenen (Pardon, sie nennt sich ja wohl selbst nur noch: „Vertriebene“) den Bonner und Berliner Politikern mit einer „Lex Wehner“ schon längst klar gemacht haben müssen.

Ingo Schewiola, Hamm

Sponserte die Stasi die Grünen?

Zu: „Den DDR-Agenten an den Kragen“ (Nr. 28)

Es bedarf keiner besonders ausgeprägten Phantasie, hier die zu den Grünen gesponnenen Fäden zu sehen. Wolf und sein Apparat besaßen die Intelligenz, die der politischen Führung der DDR weitestgehend fehlte, und hatten schon in den 70ern erkannt, dass man mit den Altstalinisten der DKP ebenso wenig weiterkäme wie mit den Sektierern der K-Gruppen, die sich hauptsächlich an den westdeutschen Unis erginGen. Spätestens mit dem Entstehen der Anti-Atomkraft-Bewegung muss dann die Strategie geboren worden sein, das ganze über die Umweltschiene zu fahren. Franz-Josef Strauß hatte mit seinem Melonen-Vergleich (außen grün, innen rot) 100 Prozent Recht. Wenn man sich die Vita der in der Gründerzeit aktiven Grünen-Führung ansieht, braucht man keine weitere Anleitung mehr, und die wahren politischen Ziele wurden spätestens in der durch ausgewählte Vertreter aus SPD und DGB verstärkten Friedensbewegung allzu offensichtlich. Für mich ist absolut unzweifelhaft, dass die Grünen zumindest in ihren frühen Jahren, wahrscheinlich aber bis zum Mauerfall, von der Stasi gesponsert wurden. Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, dass ausgerechnet diese Leute, die zu jeder Art der Desavouierung der Bundeswehr und ihrer Verbündeten immer bereit waren, deutsche Soldaten an den Hindukusch gebracht haben!

Axel Großmann, Reute (Breisgau)

Danke für diese Zeitung

Betr.: *PAZ*

Lassen Sie mich bitte Dank sagen für Ihre hervorragende journalistische Arbeit. Unser ehemaliger deutscher Osten darf nicht vergessen werden und vor allem nicht das vielfach grausame Erlebte so vieler.

Besonders hervorzuheben ist hier auch die Arbeit von Frau Ruth Geede. Ihr gebührt ein besonderer Dank, da sie vielen, sehr vielen auf den verschiedensten Gebieten mehr als geholfen hat. Das Wort Danke reicht nicht für das Geleistete.

Es sind auch die politisch-journalistischen Stellungnahmen der *PAZ* von besonderer Tragweite positiv zu bewerten. Ich danke allen für diese Zeitung.

Horst Deyk, Bochum

Angriffslustige Franzosen

Zu: „Er fand den Schädel von Immanuel Kant““ (Nr. 29)

Eindrucksvoll malte Johannes Heydeck die Flucht der Königin Luise und des Königs Friedrich Wilhelm III. nach Memel im Jahr 1807. Sie flohen vor Napoleon Bonaparte und seinen Truppen nach der Schlacht bei Jena.

Aus reiner Eroberungslust war der Franzose in Mitteleuropa eingefallen und bis vor Moskau vorgedrungen. Mit 350 Schiffen und 30000 Mann betrat er sogar Afrika und siegte vor etwa 200 Jahren gegen die Mamelucken in der Schlacht bei den Pyramiden. Hochverehrt liegt der Kaiser im Invalidendom in Paris. Das Wort Faschismus gab es damals noch nicht. 100 Jahre vor ihm machte sich der Sonnenkönig Ludwig XIV. einen Sport daraus, fast alljährlich im Sommer in Deutschland einzufallen. Die gleiche Kriegslust wie im Dreißigjährigen Krieg gegen das Land jenseits des Rheins.

Die glorreiche Nation scheint alles vergessen zu haben, was sie – unprovoziert – ihrem östlichen Nachbarn über Jahrhunderte angetan hat. Es waren auch Paris und London, die am 3. September 1939 Deutschland den Krieg erklärten, nicht umgekehrt.

Karl Hermann, Arolsen

Nicht eigenladen, weil ich Deutscher bin

Zu: „Mehr Ideologie, mehr Bürokratie“ (Nr. 32)

Ich bin Deutscher, meine Frau ist Deutsche mit „Migrationshintergrund“. Gegen diesen in der Öffentlichkeit immer wieder benutzten Zusatz wehren wir uns. Obwohl sie in einem anderen Land geboren wurde, bekennt sie sich zu ihrer Identität als Deutsche, bedingungslos zu allen Rechten und Pflichten.

Vor geraumer Zeit erhielt sie die Einladung eines Ehepaares „mit Migrationshintergrund“, in der ausgedrückt war, sie möge ohne mich kommen, da ich Deutscher sei. Wir scheinen in einer verkehrten Welt angekommen. In unserem Land gibt es für alle, die hinsehen wollen, zwei Gruppen hier lebender Bürger. Da sind auf der einen Seite Deutsche, auf der anderen „Deutsche mit Migrationshintergrund“ oder auch „Bürger mit deutschem Pass“.

Mir drängt sich die Vermutung immer stärker auf, dass es Menschen in unserem Land gibt, die aus dem Begriff „mit Rechten und Pflichten“ allzu deutlich die zuletzt genannte Hälfte streichen. Nicht nur dass bei Berichten über mangelhafte Bildung dieser speziellen Gruppierung dies deutlich wird, hält man die Augen offen, erkennt man sogar dort, wo es eigentlich zur Ehre gereicht, teilhaben zu dürfen, dass einzelne sich verweigern, etwas zu tun, was sie zu „Deutschen“ abstempeln könnte. Bei Spielen unserer „Nationalmannschaft“, nicht nur während der Fußballweltmeisterschaft, auch beim Spiel gegen Dänemark, konnte man sehen, dass alle Spieler der anderen Nationen ihre Nationalhymnen mitsangen. Anders bei der unsrigen. Der Bundestrainer sang mit, seine Spieler nur zu dem Teil, dem im Wesentlichen der Zusatz „mit Migrationshintergrund“ fehlte. Hier, vielleicht auch bei anderen „Staatsbürgern“, drängt sich zumindest der Verdacht auf, dass es sich um Menschen handelt, die aus rein materiellen Gründen akzeptieren, „Deutsche“ zu sein. Wie aber erklärt sich, dass während der Amtseinführung unseres Bundespräsidenten, als unsere Nationalhymne gesungen wurde, die Kamera, von rechts nach links schwenkend, in der letzten Phase der Bildfolge vorwiegend auf geschlossene Münder traf?

Gerhard Hahl, Altenholz

Glanzlichter

Zu: Pannonicus

Lieber Pannonicus, Woche für Woche setzen Sie zu meiner Freude mit Ihren Versen Glanzlichter in der *PAZ*. Ich könnte jetzt Zeilen füllen mit dem Lob Ihrer eleganten Reime, den sicheren und klangvollen Rhythmen, der Verknüpfung unterschiedlichster aktueller Themen, die Sie am Ende zu einer treffenden Pointe führen. Nur so viel: Das Gedicht „Von Kopffüßlern und Kopflosen“ setzt allem noch die Krone auf. Herzlichen Glückwunsch!

Dieter Dziobaka, Hamburg

Falscher Monat

Zu: „Neun Minuten, die das Land veränderten“ (Nr. 31)

Ich muss Ihnen mitteilen, dass die erste deutsche Eisenbahnfahrt von Nürnberg nach Fürth am 7. Dezember 1835 und nicht, wie von Ihnen zitiert, am 7. November 1835 stattgefunden hat. Dieses geschichtsträchtige Datum darf nicht verfälscht werden.

Günter Schekorr, Leverkusen

Fiese Aussage: Vergewaltigung gehört zum Krieg

Zu: „Moralisch versagt“ (Nr. 27)

Da sieht man doch mal wieder, dass die „Gutmenschen“ das Sagen haben. Natürlich muss auch der Frauen gedacht werden – nicht nur der Berlinerinnen, sondern auch der Frauen und Mädchen aus den damaligen deutschen Ostgebieten. „Vergewaltigung gehört zum Krieg“ – was ist das für eine Aussage!

Nachweislich haben die britischen Soldaten keine Vergewaltigungen im besetzten Deutschland begangen, also gehört das doch nicht zum Krieg. FDP und SPD gehören ins Abseits, die Grünen reagieren immer gegen alles, was Deutsche betrifft. Ein Denkmal für vergewaltigte kurdische Frauen in Berlin würden sie sofort unterstützen.

Cornelius Tobies, Lippstadt

Westerwelle leidet

Zu: „60 Jahre Gewaltverzicht“ (Nr. 32)

Wenn Westerwelle sich mit Frau Steinbach zeigt, so ist dies doch nur die Angst um seinen Posten, denn er braucht die Vertriebenen, um beim nächsten „Urnengang“ nicht ganz unterzugehen. An seinem Blick auf Ihrem Foto und dem gesamten Gesichtsausdruck kann man unschwer erkennen, wie er wirklich denkt beziehungsweise wie schwer dieser Auftritt für ihn ist. Um seine derzeitige „Macht“ zu erhalten, tut er eben alles.

G. Fydrich, Hamburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

BdV möchte Deklaration von 1960 vergessen

Zu: „60 Jahre Gewaltverzicht“ (Nr. 32)

Zum 60. Jubiläum wird die Charta der Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 als historisches Dokument gewürdigt. Das ist zum Teil durchaus berechtigt. Aber es gab auch negative Auswirkungen der Charta. Der viel gepriesene Satz: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung“ hat sich als ein furchtbarer sprachpsychologischer Fehler erwiesen. Das Wort „verzichten“ wurde zum Selbstläufer und suggerierte, die Heimatvertriebenen hätten auf ihre Heimat verzichtet. Das prägte die Denkweise derart, dass alle sonstigen Aussagen über das Recht auf Heimat von diesem verbalen Fehlgriff überlagert wurden.

Man konnte zumindest teilweise erleben, dass der Kampf um die Heimat auch in den eigenen Reihen unter Hinweis auf die Charta sabotiert wurde. Ein weiterer unterwürfiger und resignativer Satz in der Charta lautet: „Wir haben unsere Heimat verloren.“ Warum hat man nicht geschrieben: Die Heimat wurde uns geraubt?!

Die Altvorderen haben vielleicht gemerkt, dass die Charta Mängel enthielt. Am 5. August 1960 verkündeten sie die Deklaration zur Charta. Hier wurde das Wiedervereinigungsgebot mit den abgetrennten deutschen Gebieten stärker herausgestellt. Leider ist die Deklaration wenig bekannt geworden, weil man dauernd die Charta wie eine Monstranz vor sich her getragen hat.

Heute will der Bund der Vertriebenen (BdV) auch nichts mehr von der Deklaration wissen und möchte sie wohl am liebsten aus seinen Annalen streichen. Mir wurde erzählt, bei einem Bekenntnis zur Deklaration befürchte man politische Schwierigkeiten. Dabei wäre eine Erinnerung an die Deklaration doch ohne weiteres möglich und logisch. Trägt sie doch auch das Datum vom 5. August.

Die Charta ist insofern dominierend geworden, als sich die Verzichtler auf der ganzen Linie durchgesetzt haben. Seit geraumer Zeit wird auch in Vertriebenenorganisationen von der „ehemaligen“ Heimat, von den „ehemaligen“ deutschen Ostgebieten oder vom „ehemaligen“ Deutschen Reich geredet. Will man nicht begreifen, dass die Übernahme der Sprachregelung des Feindes der erste Schritt zur geistigen Unterwerfung ist?

Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf

Deutsche wurden nicht begrüßt

Zur 450-Jahrfeier in Treuburg

Ende Juli wurde aus Anlass der Stadtgründung „Marggrabowa“, gegründet im Jahre 1560 durch Markgraf Albrecht, Herzog in Preußen, umbenannt in „Treuburg“ im Jahre 1928 auf Grund der Volksabstimmung im Jahre 1920, das 450. Jubiläum begangen. Aus diesem Anlass sind aus der Bundesrepublik die ehemaligen Bürger oder Nachfahren in Bussen und mit Privatwagen zu dieser Feier angereist.

Von den politischen Gästen aus der Ukraine, Litauen und Frankreich wurden Reden gehalten, der Kreisvertreterin der Kreisgemeinschaft Treuburg wurde auch eine Redezeit zugesagt, die aber gekürzt wurde. Zu Beginn dieser Rede hat der polnische Bürgermeister demonstrativ den Saal verlassen.

Um 15 Uhr erfolgte die offizielle Eröffnung des Festes auf dem Marktplatz. In der polnischen Ansprache wurden die angereisten deutschen Gäste mit keinem Wort begrüßt. Die Behandlung durch die polnische Bevölkerung war jedoch freundlich reserviert.

Mit solch einer Einstellung von Seiten der polnischen Verwaltung ist eine angestrebte Völkerverständigung nicht möglich, auch wenn unser Außenminister wie auch alle deutschen Politiker bei den Polen Zugeständnisse und Bücklinge machen und schon gemacht haben. Bei den angereisten Deutschen war die Tendenz: „Das war unsere letzte Reise!“

Nachsatz: Von den 450 Jahren Stadtgeschichte waren zirka 400 Jahre deutsch und nur 50 Jahre polnisch. Es wird noch lange dauern, bis die Polen mit dieser Erkenntnis entkrampft umgehen können.

Hans-Georg Eilf, Wolfenbüttel

Das Ostpreußenblatt

Nr. 34 – 28. August 2010

MELDUNGEN

Ausstellung im Meeresmuseum

Königsberg – Die Ausstellung „Natur- und Umweltschutz verbinden – Deutsch-Russische Umweltkooperationsprojekte im Kaliningrader Gebiet“, die vom Ostpreußischen Landesmuseum in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und der Agentur BTE Tourismusmanagement, Regionalentwicklung entwickelt wurde, kommt nun nach Königsberg. Im Meeresmuseum (Museum of the World Ocean) wird sie vom 1. September bis 15. Oktober 2010 zu sehen sein. *PAZ*

Unabhängigkeit von Russland

Memel – Litauen plant die Erweiterung des Seehafens in Memel um einen großen Flüssiggashafen. Er soll die Energieversorgung des Landes sicherstellen und das Land unabhängiger von Lieferungen aus Russland machen, die bisher die gesamte Nachfrage an Flüssiggas deckten. Im Zuge der seit langem andauernden Streitigkeiten Russlands mit den ostmitteleuropäischen Staaten hat Moskau unlängst auch seine Flüssiggas-Lieferungen an Litauen um 40 Prozent gekürzt, was dort zu erheblichen Engpässen geführt hat. Nach Angaben des litauischen Regierungschefs Andrius Kubilius ist der Baubeginn des Terminals für das Jahr 2012 geplant. Die Kosten eines solchen Großprojektes sind für Litauen offensichtlich nicht leicht zu schultern. Kubilius hat in diesem Zusammenhang Gespräche mit dem weißruthenischen Präsidenten Alexander Lukaschenko geführt, der sich gerne an dem Projekt beteiligen möchte. Die Gründung einer gemeinsamen litauisch-weißruthenischen Arbeitsgruppe wurde bereits vereinbart. Auch Lukaschenko hat sich seit geraumer Zeit mit Russland angelegt und in der Folge Probleme mit russischen Energielieferungen bekommen. Nun setzt er auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit den ostmitteleuropäischen Nachbarstaaten sowie den Bau mehrerer Kraftwerke, die vielfach gemeinsam mit europäischen Partnern gebaut werden. Unter anderem wurde ein Kohlekraftwerk mit polnischer Beteiligung vereinbart. Aber auch regenerative Energien, darunter die Windkraft, geraten in Minsk vermehrt ins Blickfeld. *T. W. W.*

Vortrag von *PAZ*-Autorin

Köln/Bornheim/Königsberg – Die *PAZ*-Autorin Janne Neuman hält am Freitag, den 8. Oktober ab 18 Uhr in der Volkshochschule (VHS) Köln, Bezirksrathaus Nippes, Neusser Straße 450, und am Montag, den 25. Oktober ab 19.30 Uhr in der VHS Bornheim, Alter Weiher 2, einen Vortrag mit dem Thema „20 Jahre Öffnung des Königsberger Gebietes (1991–2011)“, in dem auch die Ordenskirche Arnau thematisiert wird. Der Eintritt ist frei. *PAZ*

Streit um Sankt Katharinen in Arnau

Der Griff der Russisch-Orthodoxen Kirche nach dem Gotteshaus ist erst einmal abgewehrt, aber ...

Dem eingetragenen Verein „Kuratorium Arnau“ ist es gelungen, St. Katharinen in Arnau dem Zugriff der Russisch-Orthodoxen Kirche zu entziehen. Allerdings hat letztere sich noch nicht geschlagen gegeben, versucht es vielmehr mit allen Tricks verbissen weiter.



Jugendgruppe aus dem Kreis Nienburg (Weser): Bei der Arbeit auf dem verwilderten Kirchenfriedhof Bild: Neuman

Angesichts des Griffes der Russisch-Orthodoxen Kirche nach dem wegen seiner einmaligen und zum Teil noch recht gut erhaltenen Wandmalereien aus dem Mittelalter berühmten St. Katharinenkirche sah sich das Kuratorium Arnau gezwungen, mit gezielten diplomatischen Aktionen auf mehreren Ebenen zu reagieren. Eile war geboten, damit nicht vollendete Tatsachen entstehen, die sich im Laufe der Zeit verfestigen. Das deutsche Interesse, sich hier zu engagieren, ist allerdings gering. Dafür protestierten mehr als 30 russische Reiseleiter schriftlich beim Gouverneur gegen die Übernahme des Sakralbaus durch die Russisch-Orthodoxe Kirche. Das Ergebnis war, dass die Russisch-Orthodoxe Kirche „zurückrudern“ musste. Ihr wurde das nach der Kirche von Juditten zweitälteste Gotteshaus im ehemaligen Deutschordensstaat – vorerst – nicht übertragen.

Dennoch bleiben entscheidende Fragen offen und bilden ein drängendes Problem. Aus juristischer Sicht hat der zwischen dem Königsberger Gebietsmuseum für Geschichte und Kunst und dem Kuratorium Arnau geschlossene Vertrag, der das Kuratorium als gleichberechtigten Partner anerkennt, auch weiterhin bis 2018 Gültigkeit. Wie sich aber das „verbriefte Recht“ gegenüber der russischen Rechtswirklichkeit verhalten wird, ist ungewiss. Bildlich gesprochen ist Arnau im Augenblick eine schwebende Kirche, und dem Kuratorium Arnau stehen noch harte Kämpfe ins Haus.

Keine außenpolitische Unterstützung

Wie hart hier gerungen wird, zeigte bereits ein Vorfall vom Beginn dieses Monats, als der Fernsehsender „Russland 1“ eine Reportage über die Arbeiten der deutschen Jugendgruppe aus dem Kreis Nienburg (Weser) vor Ort drehen wollte. Diese Jugendgruppe, die sich über einen Aufruf des Kuratoriums gefunden hatte, war in der Ferienzeit nach Arnau gekommen, um sich um den verwilderten deutschen Friedhof der Kirche zu kümmern. Hierzu gehörte auch die Pflege der Grabstätte des preußischen Reformers und Schülers Immanuel Kants Theodor von Schön, dessen Grab ebenso wie der gesamte Vorplatz der Kirche bei der Ankunft der Jugendgruppe sowie des Pädagogen Wolf-Dieter Schröppe und seiner Ehefrau – wie bereits bei einer Schülergruppe im Vorjahr – von meterhohem Unkraut überwuchert war. Über das Freizeitengagement der Jugendlichen und über das vom Kuratorium vor Ort geplante kleine Museum im neu erworbenen alten Glöcknerhaus neben der Kirche wollte der TV-Sender berichten.

Doch es kam ganz anders. Auf geschickte Weise unterlief die Russisch-Orthodoxe Kirche das Vorhaben, indem sie zum Zeitpunkt der geplanten Fernsehaufnahmen einen Gottesdienst in der Kirche inszenierte.

Der wenige Tage später gesendete Fernsehbericht zeigte Gläubige vor der Kirche in Arnau und während des Gottesdienstes. Es waren aber nicht die Anwohner des Dorfes Arnau, sondern eine Veteranendelegation, eine Delegation der Kosaken sowie Vertreter der orthodoxen Kirche Neuhausen, zu der Arnau verwaltungsmäßig gehört. Im Interview sagten die beiden am Gottesdienst beteiligten Priester aus, dass die Kirche dem Staat gehöre und der orthodoxen Kirche am 1. Juni 2010 zur Nutzung übergeben worden sei. Das Museum Königsberg sei „ausgebootet“. Es gäbe nun drei Möglichkeiten, so die Priester:

Es wird mit allen Tricks gearbeitet

1) Die Russisch-Orthodoxe Kirche übernimmt alle Verantwortung für die Kirche, einschließlich der Renovierung.

2) Die Russisch-Orthodoxe Kirche versucht eine neue Zusammenarbeit mit dem Museum und dem Kuratorium Arnau zu erreichen. – Diese Variante wird angeblich von der Russisch-Orthodoxen Kirche bevorzugt.

3) Das Kuratorium nimmt sich als Beispiel die „gute Zusammenarbeit“ mit Tharau, das heißt, dass weiterhin von deutscher Seite Geld bereitgestellt wird und die Arbeiten vor Ort wie die Nutzung der Kirche der Russisch-Orthodoxe Kirchen überantwortet werden.

Das Fernsehen drehte auch Szenen mit den Jugendlichen. Diese wurden aber im Bericht nicht gezeigt. Dafür wurde der Leiter der Jugendgruppe mit dem Satz zitiert: „... dass es gut sei, dass die Kirche auch für Gottesdienste genutzt werde“. Den Nachsatz von Schröppe, „dass diese Gottesdienste sich aber schädlich auf die empfindlichen Fresken auswirken werden“, und seine weiteren Bedenken bezüglich regelmäßiger Gottesdienstes in der Kirche wurden einfach weggelassen. Weiter war zu hören, dass „die Deutschen“ an der Wiederherstellung der Kirche beteiligt seien. Von großem Interesse für die Reporter war die Frage, ob die Bundesrepublik weiter Geld für die Kirche aufbringen werde. Die Antwort im Sinne des Vorsitzenden des Kuratoriums, Walter Rix, lautet, dass Geld für die Kirche und besonders für die Wiederherstellung der Fresken nur gegeben wird, wenn der zwischen dem Gebietsmuseum für Geschichte und Kunst und dem Kuratorium Arnau im August 2009 geschlossene Vertrag bis zum Jahr 2018 Gültigkeit behält.

Janne Neuman

Volle Restitution bis 1917 – auf Ostpreußen kaum anwendbar

Die Kirche hat einen guten Magen. Hat ganze Länder aufgefressen und doch noch nie sich übergessen.“ Wenn diese Worte von Mephistopheles in „Faust I“ zutreffen, dann für die Russisch-Orthodoxe. Sie kann gar nicht bewältigen, was ihr im Augenblick zuwächst. Nach einem Gesetz von Ende 2009 werden alle kirchlichen Güter restituiert, die ein Opfer der Revolution geworden waren. Ein derartiges Gesetz ist durchaus positiv zu werten, zeigt es doch, dass die Russische Föderation auch weiterhin auf dem Wege zum Rechtsstaat ist. Die Russisch-Orthodoxe Kirche erblickt in dem Gesetz jedoch nicht die Wiederherstellung eines Rechtszustandes, sondern sieht darin in erster Linie die Möglichkeit, Mittel und Macht zu vergrößern.

Immobilien und Sakralgegenstände sind in letzter Zeit in solchem Umfang an sie übergegangen, dass sie sich daran zu verschlucken droht. Ihr fehlt zum großen Teil die Sachkompetenz, die erworbenen Immobilien zu erhalten oder zu restaurieren, von der Pflege der erworbenen Kunstgegenstände ganz zu schweigen. Viele Fachleute in Russland sehen in dieser Entwicklung sogar eine Gefährdung des nationalen Kulturerbes. Unlängst richtete der Generaldirektor der Museen des Moskauer Kremls, Andrej Batalow, gemeinsam mit über 40 russischen Museumsleitern eine leidenschaftliche Petition an den Moskauer Patriarchen Kyrill I. und die Regierung, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Solange „Gottes sterbende Häuser“, wie eine treffende Bezeichnung lautet, in Ruinen liegen, rührt die Russisch-Orthodoxe Kirche meist keinen Finger. Wenn aber etwas wiederhergestellt wurde, und das in Ostpreußen meist mit deutscher Hilfe wie beispielsweise die Kirche von Tharau, dann ist schnell ihre Begehrlichkeit geweckt. Da der Staat auf die emotionale Rückenstärkung durch die Kirche bedacht ist, verhält er sich in den meisten Fällen eher fördernd als zurückhaltend. Selbst auf die Reste der Ordensschlösser wird mit dem Argument Anspruch erhoben, dass sich in ihnen früher Kapellen befunden hätten. So ging unlängst selbst das nahe Insterburg gelegene Georgenburg in die Hände der Russisch-Orthodoxen Kirche über. Dies gilt auch für die Königsberger Kirchen, die den Krieg überstanden haben. Der Königsberger Dom ist dem Zugriff der Russisch-Orthodoxen Kirche nur entgangen, weil die maßgebliche Kraft seines Wiederaufbaus, der ehemalige Militäringenieur Igor Odinzow, über einflussreiche Kontakte weit in staatliche Stellen hinein verfügt. *J. N.*

Umstrittenes Fach

Neuer Studiengang für Minderheiten

Der gemeinsame Ausschuss der polnischen Regierung und der nationalen Minderheiten hat entschieden, dass es einen gesonderten Studiengang für die Sprachen der Minderheiten geben soll. Eine Arbeitsgruppe wurde berufen, die einheitliche Standards hierfür erarbeiten soll.

Die Leiterin des Instituts für Germanistik der Universität Oppeln, die 1951 geborene Sprachwissenschaftlerin Maria Katarzyna Lasatowicz, hat sich in einem Interview, das sie dem „Schlesischen Wochenblatt“, der „Zeitung der Deutschen in der Republik Polen“ gegeben hat, skeptisch sowohl hinsichtlich des Studienganges als auch der Standards gezeigt. Außer mit der Hochschulautonomie argumentierte sie dabei mit den im Vergleich zu Germanisten geringeren Berufschancen der Absolventen. Eine „Begrenzung auf die Minderheit“ würde dazu führen, dass die „Absolventen praktisch nur als Lehrer für Deutsch als Minderheitensprache eingesetzt werden“ könnten, „was eine Verarmung für sie bedeutet“.

Maria K. Lasatowicz

Lieber würde sie den Interessen der Minderheiten mit der Möglichkeit zur Spezialisierung im Germanistikstudium auf Deutsch als Minderheitensprache und einem entsprechenden Aufbaustudium entgegenkommen. Beides wäre an ihrer Hochschule bereits in der Planung. *M.R.*

Millionenschäden im Sudetenland

Das Hochwasser Anfang August hat auch Nordböhmen schwer getroffen

Die Flut an Oder und Neiße hat auch das Sudetenland heimgesucht. Mehrere Todesopfer sind zu beklagen, allein im Kreis Reichenberg wird der Sachschaden auf über 160 Millionen Euro geschätzt.

Im Kreis Reichenberg waren mehrere Ortschaften von der Außenwelt abgeschnitten. Bis zum 8. August ertranken nach Angaben des Reichenberger Kreishauptmannes Stanislav Eichler drei Menschen; andere Quellen sprachen von fünf Toten. Weitere drei Menschen würden vermisst.

Im benachbarten Friedland stand binnen Minuten das Stadtzentrum zweieinhalb Meter unter Wasser. Alle Zufahrtsstraßen und die Bahnstrecke wurden überschwemmt. Die Menschen flohen auf Dächer und Bäume und warteten auf Hilfe von oben. Polizei und Armee setzten trotz extrem schlechter Flugbedingungen Hubschrauber zur Bergung der Hilfesuchenden ein. Rund 1000 Menschen fanden in Schulen und Sporthallen Zuflucht.

In Kratzau mussten ebenfalls Hunderte Menschen mit Helikoptern und Booten gerettet werden. Mehrere Häuser stürzten ein. Auch das Führich-Haus habe erheblich gelitten, so der Landschaftsbetreuer Polzen-Neiße-Niederland und Heimatkreisbetreuer von Reichenberg, Klaus Hoffmann. Am Stausee Mühlscheibe drohte der Staudamm zu brechen. Die Bewohner der unterhalb des Stausees gelegenen Ortschaft Neundorf mussten sofort ihre Häuser verlassen.

In Herrnskretschen, Kreis Tetschen-Bodenbach, wo die Kamnitz in die Elbe mündet, wurden mehrere Gebäude überschwemmt und 30 Bewohner und Hotelgäste evakuiert. In allen überfluteten Gebieten waren Straßen und Eisenbahnstrecken wegen Erdrutschen, beschädigter Brücken oder umgestürzter Bäume gesperrt.

Als es aufgehört hatte zu regnen und die Flusspegel zurückgegangen waren, zeigte sich das Ausmaß der Zerstörungen: weggeschwemmte Straßen und Brücken, demolierte Autos, Stapel von Treibgut und zerstörtem Mobiliar. Bewohner und Einsatzkräfte begannen mit ersten Aufräumarbeiten. Die Armee ist seitdem mit schweren Lastwagen und Bergepanzern im Einsatz. Tausende Haushalte waren ohne Strom und Gas. Innenminister Radek John, der die Krisenstäbe vor Ort koordinierte, meinte, die Aufräum- und Reparaturarbeiten würden Monate dauern.

Posselt: Altes sudetendeutsches Kulturgut betroffen

Die Regierung in Prag beriet inzwischen erste Hilfs- und Wideraufbaumaßnahmen. Experten schätzen den Schaden allein im Kreis Reichenberg auf mindestens 160 Millionen Euro.

Unterdessen hat der Europaabgeordnete und Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, Bernd Posselt, die EU-Kommission zu rascher Hilfe für die Flutopfer in den Euroregionen Neiße und Elbe aufgefordert. Tschechen, Deutsche und Polen im Dreiländereck seien von der Katastrophe schwer betroffen, ebenso jahrhundertealtes sudetendeutsches Kulturgut. Posselt kündigte zudem eigene Hilfsaktionen von seiten der Vertriebenen an. *PAZ*

Nähere Informationen erteilt die Sudetendeutsche Landsmannschaft e.V., Hochstraße 8, 81669 München, Telefon (089) 480003-40, Fax (089) 480003-44, E-Mail: info@sudeten.de

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

man spricht heute so viel über Vernetzung und warnt davor, dass wir total vernetzt werden, wann, wo und wie auch immer. Eine Vernetzung lassen wir uns aber gerne gefallen und knüpfen selber kräftig daran, nämlich die durch unsere Ostpreußische Familie. Irgendwie habe ich es im Gefühl, dass dieses Netz immer engmaschiger wird, denn die vielen Querverbindungen, die sich in der letzten Zeit ergeben haben, sind schon erstaunlich und für die weitere Heimatarbeit sehr wichtig. Unsere Ostpreußische Familie wird aufmerksamer gelesen als je zuvor, und kaum ist eine Frage erschienen, ist schon eine Resonanz zu vernehmen. So schrieb uns kurz nach Erscheinen der Folge 32 unser Landsmann **Dietmar Wrage**, Kirchspielvertreter von Pobethen, dass die Ausgabe wieder für ihn und die von ihm betreute Heimatortdatei des Samlandes zwei wertvolle Hinweise auf ehemalige Bewohner enthielte. So der von Frau **Frieda Lukner** aus Florida auf den 103-jährigen **Robert Dietrich**, der heute in Frankenmuth, Michigan, wohnt und der lange Jahre im samländischen Legden, das zum Kirchspiel Arnau gehört, gelebt hat. Angereichert wird die Kartei weiter durch die Angaben von Herrn **Michael Schuncke** aus Baden-Baden, dessen im Jahre 2002 verstorbene Ehefrau aus Metgethen stammte. Über deren Familie – **Czibulinski** – hat Herr Wrage einen Listenauszug erstellt, in dem nun auch Michael Schunke als Ehemann von **Dorothea Chibulinski** enthalten ist und den er um weitere Ergänzungen gebeten hat. Herr Schuncke war übrigens so überrascht, als er die Zeitung aufschlug und unsere Kolumne las, dass er sofort schrieb: „Am Wochenende traute ich meinen Augen nicht, als ich Ihre so eingehende Beschäftigung mit meiner Familie und der kleinen Sendung an Sie entdeckte. Natürlich freue ich mich riesig, zumal so unerwartet …“ Und nun stellt sich heraus, dass er nicht nur über seine Frau eine Verbindung zu Ostpreußen hat, sondern auch über seine eigene, die weit verzweigte Musikerfamilie Schuncke. Einer seiner Urgroßonkel, **Julius Schuncke**, war in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts „Schauspieler in Königsberg“. Von ihm gab es herrliche Schilderungen über das Theaterleben der damaligen Zeit in seinen Briefen an die Familie, in der er wegen seiner Originalität noch lange lebendig blieb. Julius Schuncke muss in dem 1808 am Königsgarten, dem späteren Paradeplatz, erbauten Stadttheater gespielt haben. Dort, wo 1836 Richard Wagner als Aushilfskapellmeister tätig war, der noch keine großen Opern dirigieren durfte, mit einer Ausnahme: Als Wagner mit seiner Braut, der Schauspielerin Minna Planer, in der Tragheimer Kirche getraut worden war, ließ man ihn am Abend als Hochzeitsbenefiz „Die



15/16-Jährige aus Fasten (?)

Stumme von Portici“ musikalisch leiten. So verlief seine knapp einjährige Königsberger Spielzeit nicht eben ruhmvoll. Aber man vermutet, dass er aus einer Druckschrift, die damals die Königlich deutsche Gesellschaft in Königsberg herausgab, den Tannhäuserstoff kennengelernt habe. Wir Königsberger kennen das Gebäude als Opernhaus, das beim Bombenangriff im August 1944 bis auf die Grundmauern abbrannte. Leider sind alle Unterlagen über Julius Schuncke bei einem Brand 1945, dem das damalige so umfangreiche „Schuncke-Archiv“ zum Opfer fiel, verloren gegangen – nur ein „grimmiges“ Bild von Julius wurde gerettet – deshalb möchte Herr Michael Schuncke wissen, ob sich noch irgendwo alte Theaterprogramme aus dem Königsberger Theaterleben Mitte des 19. Jahrhunderts befinden. Leider lebt einer seiner profundesten Kenner, der Schriftsteller und Dramaturg Martin A. Borrmann, nicht mehr. Es tut immer weh, wenn man feststellen muss, dass ein so sicherer Informant, den man befragen könnte, längst von der Bühne abgetreten ist. So muss ich also unser „Netzwerk Ostpreußische Familie“ bemühen und fragen, wer Herrn Schuncke brauchbare Hinweise geben könnte? Bei Herrn **Hans-Dieter Meyer**, der nach Theaterprogrammen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts fragte, hat es ja auch ganz gut geklappt. Übrigens weilt Herr Schuncke gerade in Leipzig, wo das wiederhergestellte Grab des Schumannfreundes Ludwig Schuncke vom Gewandhausintendanten Prof. Schulz eingeweiht wird. Und jetzt zeigt sich wieder eine Verbindung zu Königsberg, denn in Leipzig wollte sich Ludwig 1834 mit dem durchreisenden Komponisten Otto Nicolai schlagen, weil der keine gute Meinung über Hornisten und damit über die Schunckes hatte. Und Nicolai, der aber lieber nach Italien statt nach Leipzig reist, war ja Königsberger! (Anschrift: Schuncke-Archiv, Maiengasse 4 in 76530 Baden-Baden, Telefon 07221/75056, Fax 07221/75017.)

Das Mäppchen mit den zwölf Fotos von der Marienburg, das uns Herr Schuncke zur Weitergabe überließ, hat der erste Bewerber, der sich meldete, erhalten. Herr **Klaus Josef Schwittay** aus Kierspe ist einer der eifrigsten Sammler von „Prussalien“, die ich kenne: Alles, was irgendwie mit Ostpreußen zu tun hat, wird gesammelt, gesichtet, gehortet, gehütet. Aber er sitzt nicht auf seinen Schätzen sondern gibt sie gerne weiter, wenn Interesse besteht oder damit geweckt werden kann. So übersandte er mir zum Dank für das Mäppchen, das ich bei ihm in guten Händen weiß, die Kopie einer naturwissenschaftlichen Schrift, die 1926 in der Schriftenreihe der Königsberger Gelehrten-Gesellschaft erschien. Es handelt sich um die Abhandlung „Die regionale Verteilung des Asthma bronchiale in Ostpreußen“ von **Kurt Tiefensee**. Angaben über den Verfasser der preisgekrönten Arbeit fehlen, aber er hat zweifellos an der Albertina studiert. Falls jemand aus wissenschaftlichen oder persönlichen Gründen Interesse an dieser Schrift hat, überlasse ich sie ihm gerne. Er selber „vernetzt“ seinen Dank mit einer kleinen Frage, die sich auf eine von der Stadtgemeinschaft Tilsit herausgegebene Schrift bezieht, die in Folge 32 der *PAZ/Das Ostpreußenblatt* angeboten wird. In dieser Broschüre dokumentiert der Autor **Hans Dzieran**, Chemnitz, das schwere Schicksal der Familie Silberstein, einer jüdischen Unternehmerfamilie, deren Betrieb in Schwirgallen enteignet wurde. Herr Schwittay bestellte sich sofort die kostenlose Broschüre und stieß beim Durchlesen auf eine Stelle, die ihn zu der Frage anregte. Der Familie Silberstein gelang es nach den Bombardierungen Tilsits im Sommer 1944 mit einem Evakuierungszug in das südliche Ostpreußen zu flüchten. Dort fanden sie in einem kleinen Dorf bei Allenstein eine Bleibe, aber nur für kurze Zeit, denn am 23. September befand sich die Familie bereits im sächsischen Riesa. Herr Schwittay, in Jomendorff geboren und unermüdlicher Chronist des Kreises Allenstein, möchte nun gerne wissen, in welchem Dorf bei Allenstein die Familie in diesen Spätsommertagen 1944 lebte und bei wem sie Obdach fand. Vielleicht erinnert sich noch jemand an den hochgewachsenen **Simon Silberstein** mit der Augenbinde – er war Schwerkriegsbeschädigter aus dem Ersten Weltkrieg –, seine liebenswürdige Frau und den 17-jährigen Sohn **Siegfried**? (Klaus Josef Schwittay, Fliederstraße 39 in 58566 Kierspe, Telefon 02359/6001.)

Eine Dokumentation besonderer Art hat auch Frau **Hanna Kopp** aus Hildesheim erhalten, und das kam so: Aufgrund des von Herrn **Helmut Priebe** im Nachlass seines Vaters gefundenen Berichtes über die furchtbaren Zustände in Königsberg nach dem Russeneinfall in Königsberg und im Samland, den wir in Folge 16 veröffentlichten und der eine sehr große Resonanz fand, beschäftigte sich Frau Kopp mit dem Schicksal ihres Großonkels Dr. med. **Herbert Bittrich** und seiner Frau, die ihrem Leben damals selbst ein Ende gesetzt hatten. Frau Kopp wollte nun gerne wissen, unter welchen Bedingungen die Ärzte damals gelebt und gearbeitet hätten und erwähnte dabei die „Ostpreußische Arztfamilie“. Das las auch Frau **Sigrid Apitzsch** und leitete diese Frage sofort an Herrn Dr. med. **Joachim Hensel** in Bockhorn weiter. „Vielleicht hilft es ihr weiter, das wäre schön!“, schrieb Frau **Apitzsch**. Es sind tatsächlich Informationen aus erster Hand, die Frau Kopp von Dr. Hensel bekam, wie ich aus der Kopie seines an sie gerichteten Schreibens entnehme: „Liebe Frau Kopp, von Bekannten erhielt ich den Bericht von Frau Ruth Geede aus dem **Ostpreußenblatt** mit Ihrer Bitte, mehr über das Schicksal der Ärzte in Königsberg zu erfahren, darüber hat ja **Dr. Hans Graf von Lehndorff** in seinem „Ostpreußischen Tagebuch“ ausführlich berichtet. Frau Geede hat aber auch Recht, dass in der „Ostpreußischen Arztfamilie“ das Thema in vielen Aufsätzen und Vorträgen behandelt wurde. Die „Ostpreußische Arztfamilie“, von Dr. **Paul Schröder** 1945 gegründet, wurde 1995 aufgelöst. Aus den vielen Publikationen habe ich zum Ende dieser Institution 1995 einen Sammel-Band als Nachdruck ‚Medizin in und aus Ostpreußen‘ herausgegeben. Dieses Buch schicke ich Ihnen heute gerne. Darin finden Sie im Teil 3 ‚Ärzte in der Festung‘ viele authentische Schilderungen und Berichte über Ärzte, die im Krieg und in den ersten Nachkriegsjahren unter unsäglichen Bedingungen in Königsberg gearbeitet haben. Ich hoffe, ich kann Ihnen damit helfen.“ Ich danke Ihnen, lieber Herr Dr. Hensel, sehr für diese tatkräftige und wertvolle Hilfe und auch Frau Apitzsch für die Vermittlung.

Dass der von Herrn Priebe übersandte Bericht so viel Aufmerksamkeit bewirken konnte, erstaunte auch unsern Leser Herrn **Hans-Georg Malskies** aus Steinfurt. „Ich wunderte mich, dass solch ein Beitrag nach so vielen Jahren plötzlich von Interesse sein kann“, schrieb er mir bereits im Juni, und wenn ich bisher nicht auf seinen Brief eingegangen bin, lag es an der Beilage zu seinem Schreiben. Der geborene Königsberger, der zusammen mit seiner aus Palmnicken stammenden Frau jahrzehntelang in der Vertriebenenarbeit tätig war, fand nach ihrem Tod vor vier Jahren in ihrem Nachlass einen auf den ersten Blick ähnlich erscheinenden Zeitzeugenbericht, der sich aber doch von dem von Herrn Priebe übersandten Beitrag wesentlich unterscheidet. Er listet nicht so viele Namen auf, sondern beschreibt vor allem die Situationen, in denen sich die in Königsberg und im Samland Verbliebenen nach der Okkupation durch die Russen befanden und bietet damit ein breites Spiegelbild der Lage in den ersten Nachkriegsmonaten. Der Bericht ist von Herrn **Hill**, dem früheren Administrator auf dem Gut Adlig Laukischken, Kreis Labiau, und Herrn Studienrat **Zimmermann** von der Mittelschule am Dom, geschrieben worden. Als knapp und kurz gefasstes Zeitdokument bietet er auf zweieinhalb eng beschriebenen Schreibmaschinenseiten eine Fülle von Informationen. Wie er in die Hände von Frau Malskies gekommen ist, weiß ihr Mann nicht. Spielt auch keine Rolle, denn es geht ja um den Inhalt, der für viele Leserinnen und Leser sehr aufschlussreich sein könnte. Ich habe ihn bisher noch nicht gebracht, da er – um Überschneidungen zu vermeiden – sehr sorgfältig bearbeitet und leider auch gekürzt werden muss, damit er Platz in unserer Kolumne hat. Das wird innerhalb der nächsten Wochen erfolgen. Zuerst möchte ich Herrn Malskies den schon lange fälligen Dank für die Übersendung dieser Aufzeichnungen sagen. Er fällt jetzt nach eingehender Betrachtung aber umso herzlicher aus.

Ruth Geede

Foto: Pawlik

In jener Zeit der Zerstörung und Vernichtung von deutschem Besitz durch die russischen Besatzer führt das Foto zurück, das wir heute zeigen. Herr **Alfred Meyer** aus Stockelsdorf fand es an einem Frühwintertag 1945 auf einem Feld bei Fasten, Kreis Sensburg. Inmitten anderer Fotos aus zerrissenen Alben und Bildern, die aus einer aufgebrochenen Kiste gefallen waren und nun weit verstreut herumlagen. Ein Foto, das noch heil war, hob er auf und steckte es ein, bewahrte es nach Ausweisung und Aufnahme in den Westzonen 1948 bis heute. Nun hofft Herr Meyer, dass sich durch Veröffentlichung in unserer Kolumne die Familie findet, der dieses Bild zuzuordnen ist. Es handelt sich um das Porträtfoto eines jungen Mädchens, etwa 15/16 Jahre alt. Eine Beschriftung ist leider nicht vorhanden, es sind auch keine gravierenden Merkmale erkennbar. Einziger Schmuck ist die Brosche in Kleeblattform. Es ist anzunehmen, dass die Kiste aus einem Haus in Fasten stammt. Der Fundort lag hinter dem Ort zwischen dem letzten Bauernhaus und dem Friedhof. Herr Meyer würde sich freuen, wenn das von ihm so sorgsam bewahrte Bild in die richtigen Hände käme – vielleicht sogar in die der Abgebildeten, die heute allerdings über 80 sein müsste, wenn sie Flucht und vielleicht auch Verschleppung überstanden hat. (Alfred Meyer, Lohstrasse 111g in 23617 Stockelsdorf, Telefon 0451/49 18 20.)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„**Unsere Familie**“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren …

ZUM 106. GEBURTSTAG

Wohlgemuth, Charlotte, geb. **Korinth**, aus Grunau, Kreis Sensburg, jetzt Martin-Luther-Straße 3, 97204 Höchberg, am 30. August

ZUM 103. GEBURTSTAG

Koss, Charlotte, geb. **Ebelt**, aus Wehlau, Hammerweg, jetzt In Altwegen 3, 78532 Tuttlingen, am 4. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kukowski, Frieda, geb. **Schaarck**, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Von Eichendorff-Weg 10, 22145 Stapelfeld, am 4. September

Rautenberg, Herbert, aus Lyck, jetzt Up de Lüchten 22, 32609 Hüllhorst, Ortsteil Schnathorst, am 31. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Borowski, Lea, geb. **Krankowski**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, jetzt Steinbecker Straße 46/107, 21244 Buchholz, am 1. September

Funkat, Gertrud, geb. **Skibbe**, aus Dopönen, Kreis Stallupönen/Ebenrode, jetzt Hohe Lüchte 35, 29221 Celle, am 1. September

Jaschinski, Emma, geb. **Skrebba**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Hermann-Löns-Straße 12, 45772 Marl, am 4. September

Koslowski, Erika, geb. **Seegatz**, aus Gusen, Kreis Treuburg, jetzt Erwin-Fischer-Straße 8, 23968 Wismar, am 3. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Piontkowski, Willy, aus Lyck, jetzt Dahlienweg 15, 73760 Ostfildern, am 5. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Heinrich, Martha, geb. **Furma-nek**, aus Grallau, Kreis Neidenburg, jetzt Erlenweg 31, 47906 Kempen, am 2. September

Kösling, Frieda, geb. **Diester**, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, jetzt Hochstein 9, 53945 Blankenheim, am 30. August

Piekarowitz, Margarete, geb. **Porr**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Kerßerbrokstraße 8, 59329 Wadersloh-Liesborn, am 4. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kreutschmann, Franz, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Ratkiststraße 9, 80933 München, am 1. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Diederichs, Hertha, geb. **Kudritzki**, aus Satticken, Kreis Treuburg, jetzt Bodelschwinghstraße 8, 90475 Nürnberg, am 4. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bosniakowski, Edith, aus Bergenau, Kreis Treuburg, jetzt Alte Schulstraße 11, 32339 Espelkamp-Isenst, am 4. September

Ernst, Helene, geb. **Alexy**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Rennbergstraße 15d, 76189 Karlsruhe, am 30. August

Jedinat, Gertrud, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, jetzt Marienburgstraße 8, 24768 Rendsburg, am 31. August

Klimoßek, Guste, geb. **Meyer**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, jetzt Isegrimsteig 7, 13503 Berlin, am 4. September

Müller, Herta, geb. **Müller**, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, jetzt Vor dem Tore 52, 47279 Duisburg, jetzt 31. August

Tamm, Elly, geb. **Hinz**, aus Wehlau, Freiheit, jetzt Eichendorffstraße 15, 29640 Schneverdingen, am 4. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Buchholz, Ursula, geb. **Meller**, aus Palmnicken, Kreis Samland, jetzt Mühlenstraße 22, 71640 Ludwigsburg, am 30. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Adloff, Liesbeth, geb. **Koschorrek**, aus Kalkhofen, Kreis Lyck, jetzt Riekbornweg 17b, 22457 Hamburg, am 1. September

Behrle, Erna, geb. **Mattern**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Kirchgasse 1, 04639 Gößnitz, am 4. September

Grabowski, Herbert, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Luisenstraße 16, 58332 Schwelm, am 2. September

Hildebrandt, Frieda, geb. **Specht**, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Gärtnerstraße 89, 25469 Halstenbek, am 4. September

Kugland, Heinz, aus Königsberg, Lawsker Allee 110, jetzt Liebfrauenstraße 22, 44803 Bochum, am 30. August

Nietz, Minna, geb. **Weitschat**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Reichsstraße 13, 42275 Wuppertal, am 2. September

Specowius, Hedwig, geb. **Kizina**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Diersforter Straße 50, 46483 Wesel, am 4. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albien, Horst, aus Lyck, jetzt Sakrowerkirchweg 84, 14089 Berlin, am 30. August

Bialynski, Gertrud, geb. **Sewzyik**, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, jetzt Elise-Crola-Straße 14, 38855 Wernigerode, am 1. September

Christoffers, Edith, aus Bobern, Kreis Lyck, jetzt Bockholter Weg 4, 49733 Haren, am 5. September

Hoopt, Hildegard, geb. **Ossa**, aus Lötzen, jetzt Dünenweg 62, 21033 Hamburg, am 31. August

Hubert, Gertrud, aus Neidenburg, jetzt Erich-Schlesinger-Straße 6, 18059 Rostock, am 31. August

Kaminski, Magdalena, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Freundstraße 34, 63743 Aschaffenburg, am 2. September

Koslowski, Edith, aus Fronicken, Kreis Treuburg, jetzt Uffenheimer Straße 16, Zimmer 211, 97199 Ochsenfurt, am 31. August

Kowitz, Emilie, geb. **Miszick**, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, jetzt Ob dem Schloß 4/II., 71640 Ludwigsburg, am 30. August

Lange-Birkenhof, Lucia, geb. **Böhnke**, aus Windau, Kreis Neidenburg, jetzt Südstraße 1, 17509 Gahlkow, am 1. September

Lepenies, Werner, aus Ebenrode, jetzt An der Bahn 5, 21717 Deinste, am 1. September

Nitsche, Gertrud, geb. **Lackner**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Diffelsbrunner Straße 6, 97422 Schweinfurt, am 4. September

Old, Christel, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Höhenstraße 6, 63571 Gelmhausen, am 3. September

Schürmann, Ella, geb. **Kühnapfel**, aus Leißienen, Rockelheim Dorf, Kreis Wehlau, jetzt Brauerstraße 56, 25548 Kellinghusen, am 5. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Buczynska, Elfriede, geb. **Wollmann**, jetzt Palc Jana Pawlall 3/10, 14.300 Morag / Mohrungen, Polen, am 31. August

Fleisch, Brigitte, geb. **Pucks**, aus Watzum, Kreis Samland, jetzt Hansastraße 12, 30823 Garbsen, am 30. August

Florian, Lieselotte, geb. **Braun**, aus Klein Warnau, Kreis Lötzen, jetzt Ipfweg 1, 72622 Nürtingen-Neckarshausen, am 31. August

Hemforth, Anni, geb **Kahsnitz**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, jetzt Helleter Feldchen 15, 52146 Würselen, am 1. September

Keesen, Hannelore, geb. **Heyduck**, aus Treuburg, Markt 72, jetzt Pestalozzistraße 8, 22844 Norderstedt, am 1. September

Kleemann, Dorothea, geb. **Klempert**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Cezannestraße 36, 64546 Walldorf, am 6. September

Mahnke, Kurt, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Im Brandenbaumer Feld 3, 23564 Lübeck, am 1. September

Meiniger, Gertrud, geb. **Schuran**, aus Saiden, Kreis Treuburg, jetzt Josef Müller Straße 63, 38300 Wolfenbüttel, am 31. August

Plötz, Benno, aus Seedranken, Kreis Treuburg, Buchenacker 15, 58730 Fröndenberg, am 31. August

Rabe, Edith, geb. **Schönberg**, aus Ortelsburg, jetzt Geestkamp 36, 26125 Oldenburg, am 30. August

Richter, Elfriede, geb. **Torkler**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, jetzt 23911 Kittlitz, am 30. August

Rudat, Ilse, geb. **Gritzuhn**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau und Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 28, jetzt Klinkerstraße 44, 25436 Moorrege, am 3. September

Sabrowsky, Kurt, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, jetzt Mozartstraße 6, 59379 Selm, am 31. August

Scharnowski, Reinhold, aus Erlental, Kreis Treuburg, jetzt Oberbauer 14, 49545 Tecklenburg-Ledde, am 1. September

Schendel, Elisabeth, geb. **Zitzmann**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, jetzt Reitackerstraße 15, 90429 Nürnberg, am 2. September

Schunke, Emmy, geb. **Weiß**, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Listweg 12, 72202 Nagold, am 4. September

Strick, Gertrud, geb. **Jelinski**, aus Narzym, Kreis Neidenburg, jetzt 587-A Lake Point Dr., Lakewood NJ 08701, am 31. August

Terzi, Wolfgang **von**, aus Lyck, Falkstraße 11, jetzt Albert-Einstein-Straße 22, 85375 Neufahrn, am 3. September

Wedel, Ursula, geb. **Dzugga**, aus Duneiken, Kreis Treuburg, jetzt Arnold-Zweig-Straße 38, 18435 Stralsund, am 31. August

Wermke, Hans, aus Neuhausen-Tiergarten und Königsberg, Lindenallee, Villa Waldheim, jetzt Scheerenbergerstraße 29, 37520 Osterode / Harz, am 5. September

Wisch, Jürgen, aus Königsberg, Metgethen, Hindenburgweg 71, jetzt Ulmenallee 4, 82110 Germering, am 31. August



Menzel, Erhard, aus Dresden und Frau Eva, geb. **Schlobinski**, aus Follendorf, Kreis Heiligenbeil, jetzt Mühlenbreede 7, 49504 Lotte, Ortsteil Wersen, am 8. August

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 28. August, 20.15 Uhr, Phoenix: Tod in der Ostsee – Der Untergang der „Steuben".

SONNABEND, 28. August, 20.15 Uhr, n-tv: Hitlers Berlin.

SONNABEND, 28. August, 21 Uhr, Phoenix: Siegen oder untergehen – Die letzten Tage der „Graf Spee".

SONNABEND, 28. August, 21.05 Uhr, n-tv: Der Fall Himmler.

SONNABEND, 28. August, 22.05 Uhr, n-tv: Schlacht um Berlin.

SONNABEND, 28. August, 22.35 Uhr, Vox: Im Auge des Sturms – Hurrikan Katrina hautnah.

SONNTAG, 29. August, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 29. August, 19.30 Uhr, Phoenix: Tante Emma schlägt zurück.

SONNTAG, 29. August, 20.15 Uhr, 3sat: Östlich der Oder – Durch die Neumark.

MONTAG, 30. August, 20.15 Uhr, Phoenix: Der Raketenmann – Wernher von Braun und der Traum vom Mond.

MONTAG, 30. August, 22.03 Uhr, n-tv: Jugend eines Diktators.

MONTAG, 30. August, 23.05 Uhr, n-tv: Schlacht um Berlin.

DIENSTAG, 31. August, 20.15 Uhr, ZDF: Der 11. September – Die wahre Geschichte.

DIENSTAG, 31. August, 23.05 Uhr, N24: Feuerball am Himmel – Der Absturz der Hindenburg.

MITTWOCH, 1. September, 22.05 Uhr, N24: Blutdiamanten.

DONNERSTAG, 2. September, 22.05 Uhr, N24: Kamikaze unterm Hakenkreuz.

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Das Theaterstück „Schöne Luise – Unvergessene Königin" wird am Freitag, 3. September, 18 Uhr, im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, gezeigt. Das Stück, von und mit Margrit Straßburger, gibt Einblicke in die Tagebücher einer Deutschen Königin. Königin Luise erfreute sich schon bei ihren Zeitgenossen der allergrößten Wertschätzung. Königin Luise, Gattin des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III., von dem siegreichen Napoleon geschmäht und gedemütigt, wird während der Napoleonischen Besatzung zur Hoffnungsträgerin ihres Landes. Wenig bekannte Briefe und Tagebuchaufzeichnungen geben ein Bild von einem ereignisreichen Abschnitt preußischer Geschichte und einer bemerkenswerten, fantasievollen Frau. Karten gibt es an der Museumskasse für 11 Euro (9 Euro). Weitere Informationen und Vorbestellung unter Telefon (04131) 759950, E-Mail: oder info@ol-lg.de.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Jahr 2011

12./13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine Allenstein

16. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080. Änderungen vorbehalten.

Ostpreußen – Was ist das?

Hamburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Broschüre „Ostpreußen – Was ist das?" auf Grund der großen Nachfrage neu drucken lassen. Die Broschüren werden gegen eine Schutzgebühr von 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Verpackung und Versand abgegeben. Bei Bestellungen ab 50 Stück liegt der Preis bei 0,40 Euro ab 100 Exemplaren bei 0,30 Euro pro Broschüre.

Bestellungen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400850, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

Tagung

Schwäbisch Gmünd – Vom 25. bis 29. Oktober findet die Tagung „Versöhnen – Heilen – Loslassen: 65 Jahre Kriegsende" im Christlichen Gästezentrum Württemberg, Willy-Schenk-Straße 9, Telefon (07171) 97070, statt. Referenten sind die Autorin Bruni Adler, die Präsidentin des BdV-Frauenverbandes Sybille Dreher, der Pastor und Journalist Günther Klempnauer, der Theologe Kuno Kallnbach, der Gemeindepfarrer i. R. Hans-Georg Meinhof und der Direktor des Deutschen Diakonieverbandes Theo Wendel. *PAZ*

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Göppingen – Mittwoch, 1. September, 14 Uhr, Treffen der Kreis-Frauengruppe im Restaurant Mythos, Hauptstraße 65, Eislingen. Auf dem Programm stehen: Ostpreußische Küche, Lieder und Gedichte in Mundart und Stuhlgymnastik. Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Informationen unter Telefon (07162) 5870. – Sonnabend, 4. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Erntedankfest in der Gaststätte Frisch Auf, Hohenstaufenstraße 142. Uta Lüttich wird über „Erntedank in der Heimat" berichten. Als Gericht gibt es Grützwurst. Damit die richtige Wurstmenge vorhanden ist, teilen Sie doch bitte die Zahl der Essen, die gewünschte Anzahl der Würste zum mit nehmen, beziehungsweise die Anzahl der gewünschten Dosen mit.

Lahr – Donnerstag, 2. September, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch im Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 1. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Heimatnachmittage im Hotel Sölch, Hauffstraße 14, Schwäbisch Hall.

Stuttgart – Sonnabend, 28. August, 14 Uhr, Treffen der Westpreußen im Haus der Heimat, großer Saal. Ulla Gehm, Landeskulturreferentin der LO, hält einen Vortrag über den Königsberger Dom. – Mittwoch, 8. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal. Der „StadtSeniorenRat" hält einen Vortrag zum Thema „Versorgungsvollmacht und Patientenverfügung". Anschließend mittels Beamer: Bilder aus den Jahren 2009 und 2010.

Weinheim – Mittwoch, 8. September, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf. An diesem Nachmittag steht auf dem Programm: „Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950". Anschließend ein Bericht vom Festakt zu 60 Jahre der Charta, Neues Schloss, Weißer Saal, Stuttgart.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 11. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Orangerie". Es gibt einen Diavortrag über eine Reise nach Danzig.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 3. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Wirtshaus Auf der Lände.

Kitzingen – Freitag, 10. September, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im „Deutschen Kaiser", Kitzingen, zu einem Kaffeenachmittag mit Vortrag: „Aktuelle Fragen zur Sozialpolitik".

Landshut – Sonnabend, 4. September, Ausflug zum Wandern auf's „Hörnle" nach Murnau/Bad Kohlgrub. Fahrt erfolgt mit privaten Pkw. – Sonntag, 12. September, 14 Uhr, „Tag der Heimat" im Rathausprunksaal, Altstadt 315, 84028 Landshut. Festrednerin ist Sozialministerin Bayerns, Christine Haderthauer (MdL).



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blv.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Lyck – Sonnabend, 4. September, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. Anfragen: Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 8. September, 13.30 Uhr, „Die Wille", Wilhelmstraße 115, 10963 Berlin, „Referat über Ostpreußen". Anfragen: an Marianne Becker, Telefon (030) 77123



Tilsit-Stadt – Sonnabend, 11. September, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen für Tilsit-Stadt: Heinz-Günther Meyer, Telefon (030) 2751825.



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 11. September, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto- Suhr-Allee 102. Anfragen für Tilsit- Ragnit: Herrmann Trilus, Telefon (03303) 403881.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Sonnabend, 4. September, 15 Uhr (Einlass 14.15 Uhr), „Sommerausklang mit Beetenbartsch und Schmandschinken" im Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen. Sommerausklang bedeutet in diesem Jahr, dass wie im Februar die „Bremische Männer-Chorgemeinschaft" mit Liedvorträgen zu Gast sein – es aber auch gemeinsam mit dem Chor, jahreszeitlich passende Lieder gesungen werden. Daneben ist Zeit zum Plachandern und Einkaufen am Büchertisch. Das Essen beginnt um 17.30 Uhr mit dem traditionellen „Pillkaller". Die jahreszeitlich passenden ostpreußischen Traditionsgerichte „Beetenbarsch" und „Schmandschinken" werden durch die hauseigene Küche nach Angaben von Frau Richter zubereitet. Es gelten die folgenden unveränderten Preise (einschließlich Pillkaller): Eintritt und Schmandschinken 19 Euro, Eintritt und Beetenbarsch 14 Euro. Eine Anmeldung unter Benennung des Speisewunsches ist in der Geschäftsstelle erforderlich. Der Vorverkauf hat begonnen. Die Geschäftsstelle erreichen Sie in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718. Die Anmeldung gilt dann ab Eingang des Betrages auf das Konto der Gruppe: Kontonummer: 1080514, Sparkasse Bremen BLZ: 29050101.

Bremerhaven – Donnerstag, 26. August, 17 Uhr, Sommerkonzert des Seemannschores der Marinekameradschaft Bremerhaven, Große Kirche.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 4. September, 15 Uhr, **ökumenischer Gottesdienst der Heimatvertriebenen** in „St. Ansgar", kleine Michaeliskirche, Michaelisstraße 5 (gegenüber S-Bahnstation Stadthausbrücke). Die Predigt hält Diakon Peter Meinke, Liturgie: Pastor Peter Voß, Chor: Ostpreußenchor Hamburg. Anschließend Kaffeetafel im Haus der Heimat.

Sonnabend, 11. September, 7.45 Uhr, Abfahrt ZOB, **Busfahrt mit dem Landesverband der vertriebenen Deutschen** (LvD) nach Berlin zur zentralen Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat" im ICC Berlin. Diesjähriges Leitwort: „Durch Wahrheit zum Miteinander". Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer hält die Festrede. Gesamtpreis inklusive Fahrt und Teilnahme am Programm (wird im Bus verteilt) 35 Euro. Informationen und Anmeldungen bei Willibald Piesch, Telefon (040) 6552304.

Sonntag, 12. September, 15 Uhr, „**Tag der Heimat**" im Gemeindesaal der Hauptkirche St. Michael (Michel), Krayenkamp 4 (S-Bahnstation Stadthausbrücke). Einlass 14.30 Uhr. Eröffnung und Begrüßung: Gunter Ziegler, Vorsitzender des LvD Hamburg. Die Festrede hält Olaf Scholz, Landesvorsitzender der Hamburger SPD.

Sonnabend, 25. September, 10 Uhr (Ende gegen 17 Uhr), **Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften** auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz (neben Karstadt Mönckebergstraße) zusammen mit dem Musikzug der Freiwilligen Feuerwehr Willinghusen. Der Ostpreußenstand ist mit einem Angebot heimatlicher Köstlichkeiten und Literatur vertreten.

Sonntag, 26. September, 12 Uhr (Einlass 11.30 Uhr), **Sommerfest der Landesgruppe** im Restaurant Prinzess mit Spanferkelessen, Alsterdorfer Straße 572. 14 Uhr, Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Hartmut Klingbeutel. Anmeldungen bei den Gruppenleitern oder bei Frau Reimer, Telefon (040) 873495, bis spätestens 15. September. Anfahrt: U/S-Bahn Ohlsdorf, Ausgang rechts zur Alsterdorfer Straße. Parken im Umfeld möglich.

HEIMATKREISGRUPPE



Insterburg – Mittwoch, 1. September, 13 Uhr, Vortrag einer Insterburgerin über die Heimat im Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123. Gemütliches Zusammensitzen und Schabbern. Kontakt: Manfred Samel, Telefon/Fax (040) 587585.



Sensburg – Sonntag, 12. September, 15 Uhr, gemütliches Beisammensein im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 7. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant im Ärztehaus Billstedt, Möllner Landstraße 27, 22111 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (0409 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 30. August, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle", Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle). Geschichten aus Hamburg und „Vertellkes" aus der Heimat.



Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Landesgruppe – Sonnabend, 16. bis Sonntag, 17. Oktober, jeweils ab 10 Uhr, findet die Landeskulturtagung in der Kongresshalle Gießen, Kerkrader Zimmer, statt. Untergebracht ist man im Hotel am Ludwigsplatz, Am Ludwigsplatz 8, 35390 Gießen/Lahn. Die Teilnehmerkosten betragen 100 Euro pro Person (inklusive Ü/VP), Tagesgäste 30 Euro pro Person (inklusive Mittag- und Abendessen). Information und Anmeldungen bis zum 31. August an Kuno Kutz, Heinzewies 6, 35625 Hüttenberg. Programm: Sonnabend: 10.15, Sieghard Drews über „Preußisch Stargard in der Zeit des Deutschen Ostens"; 11 Uhr, Manfrid Baaske über „Eichendorff in Ost- und Westpreußen"; 12 Uhr, Mittagspause; 13.30 Uhr, Treffen der Leiterinnen der Frauengruppen unter der Leitung von Karla Weyland; 14.45 Uhr, Prof. Dr. Joachim Buhrow über „Friedrich-Wilhelm Bessel – Astronom und Mathematiker, Königsberg"; 16 Uhr, Kaffeepause; 17 Uhr, Renate Holznagel (Vize-Präsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern) über „20 Jahre Mauerfall aus östlicher Sicht"; 18 Uhr, Abendbrot; 19.30 Uhr, Waltraud von Schieden-Scheffler zeigt die Kurzfilme: „Marienburg zur Zeit des Deutschen Ordens" und „Das alte Ostpreußen". Sonntag: 9 Uhr, Karla Weyland über „Die ‚Schucke' – eine tolle Knolle"; 9.45 Uhr, Dieter Leitner über „Jugendjahre von Königin Luise"; 10.45 Uhr, Gerhard Schröder über die „Abstimmung in Ostpreußen"; 11.45 Uhr, „Zusammenfassung und Auswertung der Tagung" durch den Landesvorsitzenden Dieter Strauß; 12.20 Uhr, Mittagessen und anschließend Abreise.

Darmstadt – Sonnabend, 11. September, 10.30 Uhr, „Tag der Heimat" mit Kranzniederlegung an der Gedenkstätte der Vertriebenen auf dem Darmstädter Waldfriedhof.

Hanau – Beim Sommerfest der Ost- und Westpreußen begrüßte Kulturreferent Kurt Andreas zunächst die Gäste. Anschließend gab es Kaffee und Kuchen. Nach dem gemeinsamen Singen überraschten Vorsitzende Dorle Wein und Lieselotte Schneider Kurt Andreas mit einem Blumen-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

strauß und einer Flasche Sekt. Sie gratulierten ihm nachträglich zu seinem 85. Geburtstag und dankten ihm für seine mehr als 25jährige Arbeit als Kulturreferent. Auch seine selbstgefertigten Kalender mit ostpreußischen Motiven und Gedichten sind immer sehr begehrt. Es wurde viel gesungen an diesem Nachmittag, diesmal begleitet von Rotraut Schmidt mit der Ziehharmonika. Kurt Andreas hielt einen Vortrag über das Leben von Agnes Miegel. Elfriede Happel brachte ein lustiges Gedicht über die Bedeutung der Demokratie in der Familie. Kurt Andreas erzählte von einer Begegnung mit einem kleinen Ännchen in Tharau und eine lustige Anekdote über die Liebe. Danach folgte ein Zwiegespräch zwischen Dorle Wein und Lieselotte Schneider, das alle sehr erheiterte. Karl Wissel spielte das Ostpreußenlied sehr gefühlsvoll auf seiner Mundharmonika. Sehr viele Volkslieder wurden gesungen, so wie: „Wenn alle Brünnlein fließen“, „Hohe Tannen“, „Hoch auf dem gelben Wagen“, „Ännchen von Tharau“ und vieles mehr. Mit „Es dunkelt in der Heide“ endete der fröhliche Nachmittag.

Kassel – Dienstag, 7. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Ida Schäfer von den Rußlanddeutschen hält einen Vortrag: „Zum Zaren gerufen – von den Sowjets vertrieben“.

Wiesbaden – Sonnabend, 11. September, Feierstunde zum „Tag der Heimat“ am Gedenkstein, An der Kranichstraße, Wiesbaden-Kohlheck. Die Ansprache hält Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Nickel. – Sonntag, 12. September, 11.15 Uhr, Feststunde zum „Tag der Heimat“, Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Die Festansprache hält Bernd Posselt, MdEP. Vor der Festansprache sind jeweils um 10 Uhr Gottesdienste in der Marktkirche und St. Bonifatiuskirche. Um 15 Uhr Kinderfest. – Statt des gewohnten Gartenfest, das leider vom Kleingartenverein kurzfristig abgesagt wurde, gab es für die fast 60 Teilnehmer eine romantische Dampferfahrt auf dem Rhein. Entlang der malerischen Landschaft war das Ziel Rüdesheim. Mit seinen gepflegten Fachwerkhäusern, den urigen Weinlokalen und der weltberühmten Drosselgasse gehört das Winzerstädtchen des Rheingaus zum Unesco Welterbe. Sehenswert auch die wertvollen Kunstwerke im Inneren der katholischen Pfarrkirche St. Jakobus, zu denen das Mitglied Gabriele Bohm – diplomierte Stadt- und Reiseführerin – Wissenswertes zu erzählen wusste: so von den Bildgrabsteinen alter Rüdesheimer Adelsgeschlechter. Dem eigenwilligen Mittelaltar und dem gotischen Tympanon am Westportal. Das im 14. Jahrhundert errichtete Gotteshaus wurde 1944 fast vollständig zerstört, aber in den folgenden neun Jahren wieder aufgebaut. Wen es mit der Seilbahn hinauf zum Niederwald-Nationaldenkmal zog, konnte das rund 38 Meter hohe Monument bewundern, das 1877 bis 1883 entstand und als Symbol für die Wiedererrichtung des deutschen Kaiserreiches nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 hoch über der Stadt thront. Von der Anhöhe hat man auch einen weiten Blick über die imposante Umgebung mit dem bekannten Mäuseturm (um 100 erbauter Zollturm) und hinüber nach Bingen, wo die Nahe in den Rhein mündet. Während der zweistündigen Schiff-Rückfahrt konnte man beim Abendbrot und einem Gläschen Rheingauer Wein ausgiebig über das Erlebte plaudern.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Sonnabend, 25. September, 10 bis 17 Uhr, 15. Landestreffen der Ostpreußen in Rostock in der Stadthalle Rostock, Südring 90, direkt hinter dem Hauptbahnhof. Erwartet werden mehr als 2000 Besucher von nah und fern. Angehörige und Interessenten sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert. Die Gäste erwartet ein reiches ostpreußisches Kulturprogramm. Angesagt haben sich die Chöre der Deutschen Vereine aus dem Memelland und Masuren, das Blasorchester der Hansestadt Rostock, der Shanty-Chor „De Klaashahns“ Warnemünde und Heimatsänger BernStein. Als Ehrengast wird der Botschafter der Republik Litauen in Deutschland, Mindaugas Butkus, erwartet. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur und Bärenfang sowie kostenlose Parkplätze gleich an der Halle ist gesorgt. Busse und Fahrgemeinschaften werden durch die örtlichen Ostpreußen-Gruppen organisiert – bitte dort erkundigen. Informationen gegen Rückporto bei: Manfred Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam. Tourist-Information Rostock, Telefon (0381) 3812222.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Sonnabend, 4. September, 11 Uhr, Ökumenischer Gottesdienst „61 Jahre Durchgangslager Friedland“ im Durchgangslager Friedland. Programm: Begrüßung, Mittagessen, Führung durch das Lager, Ökumenischer Gottesdienst in der Pfarrkirche St. Norbert, Kranzniederlegung am Heimkehrer-Denkmal, Kaffee und Kuchen. Für das Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen sind 12,50 Euro zu entrichten. Abfahrtzeiten für den Bus: Holtenser Landstraße 10.05 Uhr, ZOB / Zoologisches Institut 10.20 Uhr, Bürgerstraße 10.30 Uhr, Kiesseestraße / „Zur Linde“ 10.35 Uhr. Weitere Informationen und Anmeldungen bis zum 24. August bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675. – Dienstag, 14. September, 20 Uhr, Konzert vom Kammerchor „Kant“ aus Gumbinnen in Nörten-Hardenberg. – Mittwoch, 13. Oktober, 15 Uhr, traditionelles Haxenessen bei „Eisenacher“, Robert-Bosch-Breite 5. Anmeldung bis zum 6. Oktober. – Sonntag, 28. November, 15 Uhr, Adventsfeier im „Maria Frieden“, Geismar. Anmeldung bis zum 22. November. – Alle Anmeldungen an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675.

Hannover – Freitag, 27. August, 14.30 Uhr, erstes Treffen nach der Sommerpause, Ihme-Terrassen, Rosebeckstraße 1. Mitglied Luise Wolfram berichtet über ihre diesjährige Reise in das Königsberger Gebiet. Sie bringt eine Kaliningrader Hackbrettspielerin mit, die uns musikalisch unterhalten wird. – Am Donnerstag, 23. September, unternimmt die Gruppe eine Stadtrundfahrt durch Hannover mit Stadtführerin. Anmeldungen bitte bis zum 10. September an Kulikowski, Telefon (05101) 2530, oder Lore Rueß, Telefon (0511) 332724. Wir haben 20 Plätze reserviert.

Helmstedt – Donnerstag, 9. September, 15 Uhr, Treffend der Gruppe in der „Begegnungsstätte“, Schützenwall 4. Nähere Auskünfte erteil Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Sonnabend, 11. September, Busfahrt nach Berlin zum „Tag der Heimat“ zusammen mit dem BdV-Braunschweig. Nähere Auskünfte erteil Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Oldenburg – Mittwoch, 8. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Stadthotel Eversten. Pastor Burkhard Conrad hält einen Diavortrag über die Kurische Nehrung. Er war als Kurprediger auf der Kurischen Nehrung tätig.

Osnabrück – Dienstag, 31. August, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152.

Stade – Sonnabend, 18. September, 11.30 Uhr, Busfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseums mit einer Führung durch die Ausstellung „Luise von Preußen – Königin der Herzen“. Tagesprogramm: 11.30 Uhr, Abfahrt ab ZOB, Marktkauf, Stader Straße; 12.30 Uhr, Mittagessen; 13.45 Uhr, Museumsbesuch, anschließend Zeit für Kaffeebesuch oder Stadtbummel; 18 Uhr Rückfahrt ab Lüneburg. Kosten für die Busfahrt, Mittagessen und Museumsbesuch 25 Euro pro Person. Nähere Informationen (unter anderem Essensauswahl) und Anmeldungen unter Telefon (04161) 3406 bis zum 10. September.

KEINE BERICHTE ZUM TAG DER HEIMAT

Überall in der Bundesrepublik Deutschland finden dieser Tage Veranstaltungen zum „Tag der Heimat“ statt. Aufgrund dieser Vielzahl können Berichte leider nicht berücksichtigt werden.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 2. September, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Montag, 6. September, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Dienstag, 7. September, 19 Uhr, „Tag der Heimat“ im Ratssaal, Rathaus Bonn-Beuel.

Düren – Sonnabend, 11. September, 10.30 Uhr, „Tag der Heimat“ im Rathaus Foyer.

Düsseldorf – Mittwoch, 1. September, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei im Raum 311, GHH. – Donnerstag, 2. September, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch, Raum 412, GHH. – Dienstag, 9. September, 8 Uhr, Abfahrt vom Busbahnhof Worringer Straße zur Tagesfahrt zum „Holländischen Freilichtmuseum“ bei Arnheim und Wasserburg Anholt. Die Fahrt kostet 55 Euro. Informationen und Anmeldung unter Telefon (0211) 682318, Fax (0211) 9666947. – Freitag, 10. September, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62. – Sonnabend, 11. September, 11 Uhr, „Tag der Heimat“ im Konferenzraum, GHH. Festredner ist Rudi Pawelka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien.

Gütersloh – Montag, 30. August, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 6. September, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Donnerstag, 9. September, 15.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Gütesloher Brauhaus, Unter den Ulmen. Kontakt und Informationen bei Renate Thamm, Telefon 40422.

Leverkusen – Sonntag, 5. September, 11 Uhr, Gedenkstunde zum „Tag der Heimat“ am Mahnmal, dem Ostdeutschen Kreuz / Friedensstein, Friedhof Leverkusen Manfort.

Minden – Sonnabend, 25. September, 16 Uhr, Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, Minden, Autorenlesung der Kreisgemeinschaft Königsberg-Land mit Arno Surminski. Der Eintritt beträgt 8 Euro, einschließlich einem Glas Wein oder einem Glas Bärenfang.

Neuss – Sonnabend, 11. September, „Tag der Heimat“ mit Gedenkfeier am Ostdeutschen Gedenkstein, Oberstraße. Im Anschluss findet eine Feierstunde statt.

Viersen – Sonnabend, 11. September, 14 Uhr, „Tag der Heimat“ im evangelischen Gemeindehaus Willich-Anrath, Jakob-Krebs-Straße.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 4. September, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Freitag, 3. September, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 10. September, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Sonnabend, 11. September, Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat“ im ICC-Berlin. Leitwort: „Durch Wahrheit zum Miteinander!“, die Festrede hält der Ministerpräsident von Bayern, Horst Seehofer.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Dresden – Montag, 6. September, 18 Uhr, Auftritt des Kammerchors „Kant“ aus Gumbinnen im Gemeindesaal der Christuskirche Dresden-Strehlen, Elsa-Brändström-Straße 1, 01219 Dresden.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Donnerstag, 9.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883100.

Angerburger treffen sich am 11./12. September in der Theodor-Heuß-Schule in Rotenburg (Wümme) – Wir leben in einer sich ständig verändernden Welt. Nichts bleibt so wie es ist. Auch in Rotenburg (Wümme) hat sich in den letzten zwölf Monaten einiges verändert. Der Bürgersaal steht uns in diesem Jahr nicht zur Verfügung, da es zum 1. September einen Pächterwechsel gibt. Deshalb werden wir uns am 11./12. September 2010 in der Theodor-Heuß-Schule in Rotenburg (Wümme), Gerberstraße 16, treffen (neben dem Ratsgymnasium Gerberstraße 14). Es wird also ein Treffen der kurzen Wege und auch die Michaelskirche liegt in der Nähe. Die Mensa/Aula der Theodor-Heuß-Schule steht uns am Sonnabend, den 11. September, von 14 bis 23 Uhr, und am Sonntag, den 12. September, von 9 bis 16 Uhr, zur Verfügung. Eingeleitet werden die 56. Angerburger Tage am 11. September, um 9 Uhr mit einem Gedenken am Patenschaftsstein am Rotenburger Kreishaus bei der Angerburger Eiche. Ab 9.30 Uhr tagt in einer öffentlichen Sitzung die Kreisvertretung der Kreisgemeinschaft im großen Sitzungssaal des Kreishauses. Im Mittelpunkt der Sitzung stehen Ehrungen und Berichte des Vorstandes sowie die Wahl eines stellvertretenden Kreisvertreters für den aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Alfred Nehrenheim. Es ist eine gute Gelegenheit, sich zu informieren. Danach wird zu einer Busfahrt nach Sittensen zum Heimatverein der Börde Sittensen e.V. eingeladen. Der Preis für die Busfahrt mit Kaffee und Kuchen beträgt 10 Euro pro Person. Der Bus fährt pünktlich um 13.30 Uhr vor dem Hotel am Pferdemarkt ab. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 25 Personen. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige Anmeldung unter Angabe der Personenzahl bis spätestens 31. August erforderlich an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg. **Ein Höhepunkt der diesjährigen Angerburger Tage** dürfte am Abend der Vortrag der international bekannten Vortragskünstler Helfried und Renate Weyer aus Buxtehude werden. Sie zeigen Ostpreußen „Land der dunklen Wälder“ in faszinierender Großbildtechnik, projiziert auf eine große Panoramawand: Das Ermland, Masuren, Königsberg und natürlich die Kurische Nehrung. Der live gesprochene Vortrag des Königsberger Fotografen wird mit Musik in Konzertqualität untermalt, ebenso mit Beispielen der längst ausgestorbenen zärtlichen Sprache. Der Filmvortrag findet am Sonnabend, den 11. September, um 20 Uhr, in der Aula des Ratsgymnasiums, Gerberstraße 14, statt (neben der Theodor-Heuß-Schule). Der Sonntag, 12. September, beginnt um 9 Uhr mit einem Gottesdienst in der evangelischen Michaelskirche (Bischofsstraße). Anschließend findet um 11 Uhr in der Aula des Ratsgymnasiums in der Gerberstraße 14 eine Feierstunde statt. Mechthild Ross-Luttmann, Niedersächsische Ministerin a. D. für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit wird uns zu kommen und die Gastrede halten. Das Angerburger Zimmer im Honigspeicher beim Heimatmuseum wird am Sonnabend und Sonntag von 12 bis 16 Uhr geöffnet sein. In der Theodor-Heuß-Schule werden an beiden Tagen Bücher wie Angerburg von A-Z (4. Auflage) und „Der Kaufherr Thomas Anderson“ sowie Postkarten und Landkarten angeboten. Alle Angerburgerinnen und Angerburger sowie deren Nachkommen und Heimatfreunde, aber auch Gäste sind wieder ganz herzlich zu den 56. Angerburger Tagen am 11./12. September 2010 nach Rotenburg/Wümme eingeladen. Bekunden Sie durch Ihre Teilnahme Treue und Verbundenheit zu unserer Heimat, auch 65 Jahre nach Flucht und Vertreibung.

Aula der Theodor-Heuß-Schule steht für Filmvortrag und Feierstunde ebenfalls zur Verfügung – Entgegen unserer Ankündigung steht für den Filmvortrag „Land der dunklen Wälder“ von Helfried und Renate Weyer am Sonnabend, 11. September, 20 Uhr, und für die Feierstunde am Sonntag, 12. September, 11 Uhr, die Aula der Theodor-Heuß-Schule, Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium) ebenfalls zur Verfügung. Somit können die 56. Angerburger Tage am 11./12. September vollständig in der Theodor-Heuß-Schule durchgeführt werden. Gelegenheit zum Kaffeetrinken und Abendessen am Sonnabend und zum Mittagessen am Sonntag besteht in der Mensa. In der Nähe befindet sich auch die Michaelskirche in der Bischofstraße. Vergessen Sie auch nicht, ein Zimmer bei den bekannten Hotels in Rotenburg (Wümme) oder Umgebung zu buchen. Das Angerburger Archiv ist größtenteils eingelagert und somit nur zu einem kleinen Teil einsehbar. Der zur Verfügung stehende Raum bietet nur Platz für bis zu zwei Personen, deshalb ist eine vorherige Anmeldung erforderlich. Es wird um Verständnis gebeten.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Martin Heyser, Telefon, Billungstraße 29, 26614 Soltau, Telefon (05191) 978932, E-Mail: mheyser@gmx.de. Geschäftsstelle: Brigitta Heyser, Telefon (05191) 978932, Billungstraße 29, 29614 Soltau.

Hallo, liebe Ebenroder und Freunde – Sie haben die letzte PAZ-Nachricht bis zu unserem Hauptkreistreffen am 4. und 5. September in der Winsener Stadthalle vor sich. Es gab viele Bemühungen, für Sie ein ansprechendes Programm für das Treffen zusammenzustellen. Sie erinnern sich: Samstag die (kostenlose) Fahrt mit dem Bus zum Museumsbesuch nach Lüneburg, 10.30 Abfahrt Stadthalle, nachmittags die sicher spannende Mitgliederversammlung (sollte Pflichtprogramm sein!) und abends in der Stadthalle ein geselliges Beisammensein mit einem schicken Unterhaltungsprogramm: Eine temperamentvolle Gesangs- und Tanzgruppe wechselt sich ab mit einem Solomusiker, und für Sie sollte es natürlich ein Reiz sein, sich dabei in lockerer Atmosphäre mit Bekannten oder auch Unbekannten in viele Gespräche verwickeln zu lassen oder ein Tänzchen zu wagen. Am Sonntag wird Ihnen die Teilnahme an unserer Feierstunde angeboten, in die zentral der Festvortrag über die Perspektiven des Ostpr. Landesmuseums Lüneburg eingebettet ist. An beiden Tagen wird mittags und am Samstag auch abends die Beköstigung in der Stadthalle angeboten, Getränke durchgehend. – Und nun abschließend das Programm für die Feierstunde am Sonntag, das war ja noch offen: 11 Uhr Begrüßung durch den Kreisvertreter; Gedicht: „Der Kinder gedenken!“; Totenehrung: Kreisvertreter; Psalm: Jesaja 38,10; Grußworte; Festansprache: „Neue Entwicklungen im Ostpr. Landesmuseum Lüneburg und Ausblick in die Zukunft“ (Hubertus Hilgendorff, Vorsitzender des Ostpreußischen Jagd- u. Landesmuseums sowie Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Rastenburg); Gemeinsames Lied: „Land der dunklen Wälder“; Schlusswort: Kreisvertreter; gemeinsames Lied: „Einigkeit und Recht und Freiheit“. – Und jetzt bleibt nur noch eines: Nehmen Sie teil am Hauptkreistreffen! Setzen Sie Ihr Zeichen dafür, dass unsere Gemeinschaft lebt!



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein / Taunus, Telefon (06126) 4173, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

57. Bundestreffen der Gumbinner und Salzburger in Bielefeld – Am 11. und 12. September 2010 findet in der Patenstadt Bielefeld das 57. Bundestreffen der Gumbinner aus Stadt und Land sowie des Salzburger Vereins statt. Alle Landsleute, ihre Nachkommen und Freunde von fern und nah sind herzlich eingeladen, am Treffen in der Gesamtschule Stieghorst, Detmolder Straße / Am Wortkamp 3 teilzunehmen. Am Sonnabendvormittag ab 9 Uhr wird in der Kreisversammlung der Vorstand der Kreisgemeinschaft satzungsgemäß seine Rechenschaftsberichte abgeben. Eine Kassenführerin wird neu gewählt. Der Bericht von der „Gumbinner Stiftung“ schließt sich an. Danach gibt es Zeit für Gespräche in den Orts- und Kirchspielkreisen und dem Treffen von Arbeitsgruppen, aber auch das Plachandern mit Freunden und Nachbarn soll nicht zu kurz kommen. Aktuelle Berichte und Erfahrungen über Reisen in die alte Heimat können ausgetauscht werden. Bildserien über die neueste Entwicklung in der Heimatstadt werden gezeigt. Auch der Erwerb von Informationsmaterial, Karten und Bücher ist möglich. Für das leibliche Wohl wird am Mittag und Nachmittag wie immer gesorgt. Die Mitglieder des „Salzburger Vereins“ treffen sich im „Wohnstift Salzburg “ in der Memeler Straße. Um 17 Uhr endet das Zusammentreffen in der Schule. Wie in den letzten Jahren findet um 19 Uhr in der Lutherkirche in Stieghorst ein Konzert mit dem Kantchor aus Gumbinnen (Gusev) und dem M.G.V. Germania-Sieker statt. Im Anschluss wird ein gemütliches Beisammensein im nahe gelegenen Hotel Brenner-Diekmann den Abend beschließen. Sonntag, der 12. September, beginnt um 9 Uhr mit der Öffentlichen Gemeinschaftsstunde in der Schule in Stieghorst mit folgendem Ablauf: Begrüßung, Andacht mit Pfarrer Dietmar Balschun, Totengedenken, Grußworte der Ehrengäste, Auszeichnung von verdienten Mitarbeitern mit dem Ehrenzeichen der Kreisgemeinschaft, Gastvortrag von dem Vorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen Wilhelm von Gottberg. Mit dem Bericht und Schlussworten des Vorsitzenden und dem Singen der Nationalhymne endet die Feierstunde. Gäste aus unserer Patenstadt Bielefeld und aus unserer Heimatstadt Gumbinnen/Gusev werden erwartet. Zur Bereicherung des Programms wird der Kammerchor „Kant“ beitragen. Aktuelle Bilder aus Gumbinnen vom diesjährigen Stadtgründungsfest werden über einen Beamer gezeigt. Das Kaffeetrinken um 16 Uhr beschließt das Treffen. Die Vertreter der Kreisgemeinschaft Gumbinnen würden sich über eine zahlreiche Beteiligung am Bundestreffen der Gumbinner sehr freuen. Auskünfte erteilt der Kreisvertreter Eckard Steiner, Telefon (06126) 4173.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Reise nach Lyck – Die Kreisgemeinschaft Lyck veranstaltete vom 20. bis 29. Juni 2010 eine Reise nach Lyck. Günter Donder (Bezirksvertreter von Baitenberg) verfasste darüber einen Bericht. Nachdem er die zwei interessanten, aber auch beschwerlichen Anreisetage beschreibt, berichtet er wie folgt: „Ich möchte mich bei der Beschreibung der zwei Anreisetage nicht in Ausführlichkeiten verlieren wollen, weil sie doch nur Mittel zum Zweck sind. Trotzdem, nicht zu übersehen ist die Harmonie, die mit ganz wenigen Ausnahmen, als ständiger Begleiter bei den „Bandilla-Reisen“ vorherrscht. Gerd fungiert auf der langen, zwei Tage dauernden Fahrt oft zum Bordmikrofon, um nicht nur Bekanntmachungen zu machen. Seine geschichtlichen Kenntnisse sind enorm und wenn es jemanden interessiert, so braucht er nur hinzuhören, um sein schulisches Wissen aufzumöbeln. Für unsere Übernachtungen auf halber Reisestrecke bietet sich seit einigen Jahren auf polnischer Seite das Hotel „Sen“ an. Ich, ein romantisch veranlagter Mensch, ging nach dem Abendessen mit meiner Mundharmonika in die hinter dem Hotel liegenden Wiesen und untermalte musikalisch den Hasen, vielen zu ihren Schlafplätzen ziehenden Vögeln, allen quakenden Fröschen und anderem Getier ihre Abendgebete. Nur die Mücken scheinen meine Intention nicht verstanden zu haben; denn, undankbar wie sie sind, piesackten sie mich unwahrscheinlich. Über aufgewühlte und von der EU bezahlte Straßen ging es am folgenden Tag viele Stunden lang weiter bis zum Lycker Hotel Rydzewski. Man nimmt schon Einiges auf sich beim Besuch der Heimat: 2 Tage Hin- und ebenso viel Rückfahrt. Aber der von herrlichen Erinnerungen genährte Aufenthalt in Lyck und Fahrten in verschiedene Gegenden lassen die Strapazen schnell vergessen. Der Mensch regeneriert auch schnell. Was stand uns bevor in einer Woche neben dem Antrittsbesuch beim heutigen Landrat? Staken auf der Kruttinna mit anschließender Dampferfahrt über den Beldahnsee. Sie vollzog sich bei mäßigem Wetter; denn der Regen blieb über einige Tage ein ständiger Begleiter. Auch der Abstecher zum Goldaper Berg mit Besuchen des Treuburger Marktplatzes und der Holzkirche von Wallenrode fand

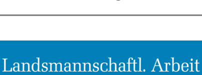
Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

September, 14 Uhr, „Tag der Heimat“.

Giersleben – Sonnabend, 2. September, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Alten Schule“.

Magdeburg – Freitag, 27. August, 16 Uhr, Singproben im TuS



Neustadt. – Freitag, 3. September, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Freitag, 10. September, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt. – Sonntag, 12. September, 14 Uhr, „Tag der Heimat“ in der Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Sonnabend, 4. September, 12 Uhr, Fahrt der Gruppe zur Dittchenbühne. Diesmal gibt es das Historienschauspiel „Wenn die Schwarze Garde kommt“ unter der Regie von Vilija Neufeldt. Das Stück behandelt den Sieg der Dithmarscher Bauern über die zahlenmäßig weit überlegenen Truppen des dänischen Königs Johann I. und seines Bruders Herzog Friedrich von Holstein. Dieser Sieg der Bauernrepublik am 17. Februar 1500 gilt heute noch als historischer Mittelpunkt der Geschichte Dithmarschens. Zur Einstimmung gibt es vorweg ein rustikales Buffet. Abfahrt ZOB Bad Schwartau, 12 Uhr. Preis inklusive rustikales Buffet 36 Euro. Anmeldungen bei Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435. – Mittwoch, 8. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Samos. „Die Ukraine – mit dem Flussschiff von Kiew zur Krim“ lautet der Vortrag von Pastor Axel Simanowski.

Malente – Freitag, 27. August, 15.30 Uhr, Treffen im Restaurant und Café Neue Börse, Lindenallee 14. Landeskulturreferent Edmund Ferner hält einen Vortrag über „Königin Luise von Preußen – eine Lichtgestalt“. Vor 200 Jahren am 18. Juli 1810 starb Königin Luise auf Schloss Hohenzieritz bei Neustrelitz. 1807 hatte sie sich in Tilsit mit Napoleon getroffen, doch auch die Königin erreichte keine Zugeständnisse und Preußen verlor die Hälfte seines Territoriums. Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.

Neumünster – Mittwoch, 8. September, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kantplatz. Gerd Höpfer liest von „Loriot, Heinz Erhardt, Wilhelm Busch und Otto Höpfner“.



Die Jahreshauptversammlung der Landesgruppe Niedersachsen konnte den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, begrüssen: (Bildmitte v.l.) Manfred Kirrinnis, Dr. Barbarar Loeffke, v. Gottberg, Oliver Dix, Brunhilde Schölecke und Fritz Folger Bild: privat

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

unter Schirmen statt. Einen Gruß entrichteten wir auch den Gefallenen des Ersten Weltkriegs mit einem Rundgang durch die renovierte Anlage auf Jägerhöhe. Leider war uns der Blick auf die herrliche Seenplatte durch die Feuchtigkeit genommen worden. In Lötzen gab es noch die frisch renovierte Anlage mit Kreuz zu Ehren des Hl. Bruno von Querfurt zu besichtigen. Anschließend durften wir am Hänselsee bei Fließdorf den neu errichteten Aussichtsturm besteigen, der bei anderer Witterung gewiss eine Augenweide beschert hätte. Der Tag mit der Bezeichnung „zur freien Verfügung" hätte jeden in eine andere Richtung des Kreises führen können, aber Petrus hatte wohl Einsehen mit unserer Gruppe und bescherte leider wieder eine trüben und teilweise feuchten Tag. Daher nahmen viele Gerd Bandillas Angebot zu einem Ausflug in sein Heimatdorf Mostolten an, wo man nach Absprache mit dem polnischen Landwirt auf seinem väterlichen Hof ein Picknick „unterm Dach" veranstalten konnte. Ewald Mottel, Herbert Pukrop mit Frau Gisela und wir beide entschlossen uns für Stettenbach, unserem Heimatdorf, und besuchten den „letzten Mohikaner" dieses Ortes – Kurt Duda mit Familie. Stettenbach verfällt immer mehr. Es gibt da nur noch einige Alte, denen die Kräfte nicht ausreichen, etwas zu reparieren, geschweige denn neu zu bauen. Das Wetter muss ja nicht immer schlecht sein. Ein Ausflug zum Wallfahrtsort Studzieniczna bei Augustow und zum in Polen gut bekannten See von Wigry könnte man schon als angenehm bezeichnen; denn es gab Sonne pur. Zu besichtigen waren Klosteranlagen, Kirchen und die schöne Landschaft am See. Ein Besuch bei der Deutschen Minderheit am Lycker Wasserturm gehört bei unseren Reisen zur angenehmen Pflicht; denn man trifft sich dort mit vielen Bekannten, die noch heute im Kreis leben, zum Plachandern und gemeinsamem Liedersingen. Diesmal hielt im Raum daneben ein evangelischer Pfarrer zusätzlich einen kurzen Gottesdienst in Deutsch. Zu den Höhepunkten geselligen Beisammenseins gehören bei fast jeder Reise die Grillabende des Hotels Rydzewski am Ramecksfelder See, besonders wenn es herrliche Sonnenuntergänge gibt. Musik und Gesang in beiden Sprachen und mit intensiver Beteiligung der Gesellschaft erschallen dann bis tief in die Nacht. Das ist dann auch der Abschied von dem Erdenflecken, der uns einmal ans Herz gewachsen ist und schlechthin Heimat bedeutet. Dann bis zum nächsten Jahr, sagen viele insgeheim und werfen vielleicht noch schnell einen feuchten Blick über die immer dichter werdende Dunkelheit, die diesmal von einer kugelrunden Mondscheibe am Horizont angestrahlt wurde.



PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999611, E-Mail: r.b.herzberg@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de.

Einladung zum 62. Heimattreffen in Verden – Liebe Landsleute, das diesjährige Heimattreffen findet in der Zeit vom 17. bis 19. September in Verden/Aller statt. Programm: Freitag, 17. September: 9 bis 16 Uhr Fotoausstellung „Sehnsuchtsland Ostpreußen", Landsberg 675 Jahre und Fotos aus dem Kreis Preußisch Eylau – Heimatmuseum im Kreishaus Verden. 15 Uhr: Führung durch das Preußisch Eylauer Heimatmuseum. 17 Uhr: Empfang der Teilnehmer des Kreistreffens und der Gastdelegationen aus Preußisch Eylau, Landsberg und Bartenstein durch Herrn Landrat Peter Bohlmann im Kreishaus Verden. 19 Uhr: Treffen der Preußisch Eylauer Heimatfreunde im Parkhotel Grüner Jäger in Verden. 19.45 Uhr: „Der erste Schultag in der Heimat" (Gisela König geb. Pawelzick aus Gallehnen). 20.30 Uhr: „Sehnsuchtsland Ostpreußen" – Nana Jakob zeigt aktuelle Fotos. Sonnabend, 18. September: 8.45 Uhr: Öffentliche Sitzung der Delegiertenversammlung der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau im Kreishaus. Haupteingang, EG, Raum 0097 (Kreistagssaal). Fotoausstellung „Sehnsuchtsland Ostpreußen", Landsberg 675 Jahre und Fotos aus dem Kreis Pr. Eylau im Heimatmuseum. Öffnungszeiten 9 bis 12 Uhr und 13 bis 16 Uhr, (Wegweiser im Gebäude). 15 Uhr: Führung Pr. Eylauer Heimatmuseum, Eingang Ost. 17 Uhr: Parkhotel Grüner Jäger, Gerhard Stallbaum trägt Heiteres und Besinnliches aus Ostpreußen vor und stimmt gemeinsame Lieder an. 19.30 Uhr: Eröffnung des traditionellen Heimatabends. Auftritt des Waller Heimatvereins aus Verden mit den „Tanzmäusen" (Kindergruppe) und der Heimatgruppe. Anschließend gemütliches Beisammensein. Sonntag, 19. September: 11.15 Uhr: Feierstunde mit Kranzniederlegung am Mahnmal für den Deutschen Osten im Bürgerpark Verden. Anschließend Fortsetzung des Heimattreffens im Parkhotel Grüner Jäger.



RÖSSEL

Kreisvertreter: Reinhard Plehn, Georg-Büchner-Straße 66, 40699 Erkrath, Tel. (0211) 253274 Reinhard.Plehn@t-online.de. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Fox, Tel. (040) 5203191.

27. Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Rößel e. V. 26 Jahre in der Patenschaft des Rhein-Kreis Neuss am Sonnabend, 18. und Sonntag, 19. September in der Aula des Berufsbildungszentrum, Hammfelddamm 2, 41460 Neuss – Sonnabend, 18. September: Programm: 10.30 Uhr Ordentliche Kreistagssitzung in der Aula mit Berichten des Kreisvertreters über die Arbeit im Jahre 2009/10, des Schatzmeisters Siegfried Schrade, der Geschäftsführerin und Redakteurin des „Rößeler Heimatboten" Gisela Fox. Diese Sitzung ist öffentlich, Gäste sind herzlich willkommen! 13 Uhr Gelegenheit zum Mittagessen in der Aula, anschließend 13.30 Uhr Treffen mit den Landsleuten aus den Heimatorten der „Gemeinschaft der höheren Schulen Rößel" sowie der einzelnen Kirchspiele im Kreis Rößel in der Aula, Hammfelddamm 2. 14.30 Uhr Videofilmvorführung. „Der Kreis Rößel und Umgebung" (Teil 2) Ein neuer Film von Hans-Joachim Jessen. 16 Uhr Gelegenheit zum Kaffeetrinken mit selbstgebackenem Kuchen. 17 bis 22 Uhr festlicher Heimatabend in der Aula mit Tanz, Tombola und Tanzdarbietungen der Trachtengruppe „TTK Trachten-Tanz-Kreis DJONATHAN Neuss-Kleibroich e. V." Zum Tanz spielt wiederum das „Stimmungsduo Alfred und Joachim" auf. Sonntag, 14. September: 10 Uhr Festgottesdienst in der Kapelle des St. Alexius-Krankenhauses, Alexianer Platz 1, 41464 Neuss (rund fünf Minuten von der Aula). 12 Uhr Feierstunde in der Aula. Die Feierstunde wird festlich umrahmt durch den Männerchor „Hozheim1885 e. V." Leitung: Alfons Amfalder, Begrüßung durch den Kreisvertreter Reinhard Plehn, „Gedanken zur Heimat" von Waltraud Wiemer, Totenehrung durch den stellvertretenden Kreisvertreter Paul Thiel, Grußwort des Patenkreises durch Dr. Hans-Ulrich Klose, stellvertretender Landrat des Rhein-Kreis-Neuss. Festvortrag von Markus Patzke vom BdV, Landesverband NRW. Schlusswort des: Kreisvertreters Reinhard Plehn. 13.30 Uhr Gelegenheit zum Mittagessen in der Aula. Anschließend Treffen mit den Landsleuten aus den Heimatorten unter dem Motto „Schabbern und Plachandern". 15 Uhr Gelegenheit zum Kaffeetrinken mit selbstgebackenem Kuchen. 17 Uhr Ausklang des diesjährigen Hauptkreistreffens der Kreisgemeinschaft.



Humanitäre Hilfe

Goldenes Ehrenzeichen für Horst Hüttenbach

Im Rahmen eines BdV-Stammtisches unter Mitwirkung der LO Kreisgruppe Bonn erhielt Dr. Horst Hüttenbach aus der Hand des Sprechers der LO das Goldene Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen. Horst Hüttenbach war maßgeblich am Aufbau des Deutschen Vereins in Landsberg beteiligt.

Seine persönlich geleistete humanitäre Hilfe für die heimatverbliebenen Landsleute im südlichen Teil des Kreises Deutsch Eylau hatte beachtlichen Umfang. Die Gründung des ermländischen Landfrauenverbandes kam ausschließlich aufgrund seiner Initiative und seines Einsatzes zustande.

Dr. Hüttenbach leistete humanitäre Hilfe auch für den medizinischen Sektor des russischen Teiles seines Heimatkreises. Er selbst übernahm die entsprechenden Transporte. Zur russischen Rayonverwaltung in Pr. Eylau knüpfte er Kontakte, die bis heute bestehen. Dr. Horst Hüttenbach, ein deutscher Patriot und gebürtiger Ostrpreuße, nimmt bis heute regen Anteil an der Entwicklung in der Heimat, wenn gewünscht, auch helfend und ratend. *PAZ*

Wie ein Apfel

Großmütter sind ein kostbarer Schatz

Meine Oma poltert immer, es sei Unsinn in eine Stadt zu ziehen, wo alles in großem Rahmen abläuft, und wo besonders der Chic dominiert. „Aber so hinterwäldlerisch kann man doch nicht denken", sagt meine Schwester Jutta und verzieht abfällig ihre Mundwinkel.

Jutta hat Mut, denn Oma zu widersprechen wagt fast keiner aus der Familie; Oma fährt einem sofort über den Mund, aber so, dass sich Pitter, unser Kater, der es sonst mit jedem Dorfköter aufnimmt, mit eingezogenem Schwanz unter das Sofa verzieht.

> Liebesrufe wie eine Kreissäge

„Alle meine Verwandten leben auf dem Dorf", regt sie sich auf, „dort wo es überall grün ist, wo der Igel noch unterm Laubhaufen Winterschlaf hält, wo man mit den Dorfbewohnern gemütlich Tee trinken und über andere herziehen kann, wo man in die Wolken schauen darf, ohne als Träumerin dazustehen, wo die Kinder noch mit Puppen spielen, und wo es absolut kein Unsinn ist ein bisschen neben sich zu sein, wenigstens einen Augenblick lang."

„Wo – wo – wo", lacht Jutta spöttisch, „und wo man womöglich auch noch jeden Sonntag zur Kirche geht."

„Gehst du etwa nicht?" fragt Oma dann erregt und wischt sich kurz mit dem Schürzenzipfel über die Augen. „Schäm dich, Kind!"

Und die Atmosphäre in Omas Stube ist wieder mal zum Zerreißen gespannt. Doch da ist das Gewitter auch schon vorbei, Oma hat sich abreagiert und verteilt nun wie als Entschuldigung ihre herrlichen Äpfel aus dem eigenen Garten.

„Kommt, lasst uns meine Äppel schmausen", ruft sie, „womöglich mit Strunk und Stiel, und seid wieder fröhlich. Ich bin es ja auch. Meinetwegen zieht sonstwohin, und sei es nach Xanten oder Buxtehude. Mir ist jedenfalls mein Dorf heilig."

'In manchen Dingen hat sie ja Recht', denke ich meist so vor mich hin, ‚in Xanten gibt es bestimmt keinen Kater, dessen nächtliche Liebesrufe sich wie eine Kreissäge anhören, und vor allem gibt es keine Oma, deren Gesicht so ein bisschen verschrumpelt, aber rot und süß ist wie ein gereifter Apfel. Ja, das Gesicht meiner Oma sieht tatsächlich aus wie ein Apfel, zwar einer von der süßsauren Sorte, aber das sind immer noch die besten, selbst wenn hin und wieder der Wurm drin ist. *Gabriele Lins*

Wahrheit und Miteinander

Zum Tag der Heimat – Von Wolfgang Thüne (Teil II)

Man glaubte, diese Krise mit Geld, Geld und noch mehr Geld reformieren wie bewältigen zu können. Ist die Krise überwunden? Das Gegenteil ist eingetreten, sie hat sich eher verschärft. Immer wieder neue Milliardenspritzen sollen die Lösung bringen, doch was nützt alles Geld, wenn der Lernwillen, die Lernbereitschaft wie die Lerndisziplin nicht gefördert, sondern ins Belieben des Einzelnen gestellt werden?

Ordnung und Sicherheit in einem Staat können auch nur gewährleistet werden, wenn Rechtsdisziplin gefordert und die Einhaltung des Rechts überwacht wird. Es gilt: Kein Friede in der Gesellschaft ohne Gerechtigkeit, keine Gerechtigkeit ohne Frieden. Der Philosoph Immanuel Kant unterschied die Legalität als Handeln nach dem Gesetz von der Moralität als Handeln aus Achtung vor dem Gesetz. Wir Bürger, die wir zur Legalität wie Moralität vom Staat angehalten werden, haben das Recht zu verlangen, dass auch der Staat in all seinem Tun Legalität und Moralität wahrt. Wie kann ein Staat Tugendhaftigkeit von seinen Bürgern verlangen, wenn er selbst nicht tugendhaft ist?

Alle Krisen haben letzten Endes ihren Ursprung in der Politikkrise, die auf einem völlig falsch verstandenen Verständnis von Demokratie beruht. Die Tatsache, dass Regierungen an das Mehrheitsprinzip gebunden sind, erlaubt den regierenden Parteien nicht, sich über das Legalitätsprinzip hinwegzusetzen. Auch und vor allem der Staat muss sich dem Legalitätsprinzip unterordnen, sich auf seine Aufgaben beschränken und Maßhaltung üben. Das Legalitätsprinzip ist eine der größten moralischen Errungenschaften der Neuzeit. Alle hart erkämpften bürgerlichen Errungenschaften und Freiheiten, beginnend in England 1688, in den USA 1776, in Frankreich 1789, in Preußen 1794 mit dem Allgemeinen Landrecht sind als Stufen der Entwicklung der Menschenrechte anzusehen. Sie sind unveräußerliche, rechtlich unantastbare Freiheitsrechte jedes einzelnen Menschen. Es sind individuelle Freiheitsrechte, die keine Regierung antasten darf, die sie schlicht und einfach zu schützen hat. Es gilt: Keine Gerechtigkeit ohne Freiheit, keine Freiheit ohne Gerechtigkeit. Auch hier hat Kant klare Worte gesagt: Freiheit ist das Dasein der Wahrheit. Denn Wahrheit ist nicht diktierte, sondern gesuchte und stets nur partiell gefundene Wahrheit.

Wir stellen fest: Alles politische Handeln ist nur dann dem Menschen gemäß, wenn die Unveräußerlichkeit der Würde des Menschen gewährleistet ist. Eine Demokratie kann ihren Bürgern nur dann Freiheit gewähren, wenn sie ein Rechtsstaat ist. Nur ein Rechtsstaat kann seinen Bürgern Rechtsgarantien wie den Rechtsschutz geben und somit Minderheiten vor Mehrheitsentscheidungen schützen. Dies ist in Zeiten der Globalisierung unabdingbar für das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, Kultur und Geschichte in Frieden und Freiheit. Alles Leben unterliegt dem Zeitpfeil, ja die Zeit ist die Vorbedingung jeder Erfahrungswissenschaft. Wir werden die Zukunft nicht erschließen, wenn wir uns darauf beschränken, die Vergangenheit zu richten. Die Vergangenheit ist dazu da, um aus der Geschichte zu lernen und Fehler nicht zu wiederholen. Der größte Fehler war die einseitige Ideologiegebundenheit, ja Ideologiebesessenheit. Auch heute blühen wieder zahllose Weltverbesserungsideologien und versuchen, sich Menschen mit Krisengesängen und Katstrophenängsten wie Sehnsüchten nach einer besseren Welt für Zwecke ihrer Macht nutzbar zu machen.

»Die Würde des Menschen ist unantastbar!«

Offensichtlich haben wir aus der Geschichte wenig gelernt und fallen immer wieder in alte Denkschemata zurück. Daher unser Appell an den Rechtsstaat, strikt das Legalitätsprinzip zu wahren, Freiheit, Recht und Frieden zu schützen und die Menschenrechte zu garantieren wie vom Grundgesetz gefordert: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“ Wenn wir Heimatvertriebenen, denen selbst schon das Recht auf Trauer streitig gemacht wird, dies einfordern, dann aus dem Bewusstsein heraus, dass ein Staat nur dann ein wirklich freiheitlicher Rechtsstaat ist, wenn er die Menschenrechte aller seiner Bürger auch konkret schützt. Der Staat ist zur Wiedergutmachung des Unrechts an seinen Bürgern verpflichtet, denn es sind die Bürger, die unter den Folgen einer verbrecherischen Politik zu leiden haben. Der Staat leidet nicht unter der Amputation der ostdeutschen Provinzen, wohl aber die Vertriebenen unter dem Verlust ihrer Heimat wie der andauernden Entrechtung.

Umso dankbarer sollte der Staat sein, dass die Vertriebenen auf zwischenmenschlicher Ebene über die neuen Grenzen hinweg Versöhnung praktizieren. Während die Staaten die Gespenster der Vergangenheit beschwören und Kollektivschuldthesen pflegen, bauen die Heimatvertriebenen tatkräftig an einem freiheitlichen und friedlichen „Haus Europa“.

»Ein wertvolles Erbe«

Die Wiechert-Familie trauert – Zum Tode von Dr. Hans-Martin Pleßke

Am 24. August 2010 jährt sich der Todestag des Dichters Ernst Wiechert zum 60. Mal. Im September will die Internationale Ernst Wiechert-Gesellschaft (IEWG) im Rahmen eines dreitägigen Treffens sein Grab in Stäfa bei Zürich besuchen. Man hoffte bei dieser Gelegenheit auf ein Wiedersehen mit dem früheren Vorsitzenden Dr. Hans-Martin Pleßke, der die IEWG von 1997 bis 2001 geleitet hat. Doch diese Hoffnung wird sich nicht erfüllen. Am 13. August erlag Hans-Martin Pleßke in Leipzig einer Krankheit, die ihn zwar schwächte und einschränkte, aber nicht daran hindern konnte, alles zu ordnen und zu regeln und damit auch der IEWG wertvolles Material zu hinterlassen.

Seine Berufung war eigentlich die Musik

Hans-Martin Pleßke wurde am 23. März 1928 in Strenznaundorf/Mansfelder Seekreis geboren und wollte sich eigentlich der Musik verschreiben. Doch seine persönlichen Lebensumstände führten ihn auf das Gebiet der Literatur. Er wurde Buchhändler und Diplombibliothekar und war von 1949 bis 1993 als Wissenschaftlicher Bibliothekar einer der Leiter der Deutschen Bücherei Leipzig. Seine wissenschaftliche Laufbahn bezog die Musik wieder ein. So promovierte er 1974 an der Universität Leipzig zum Dr. phil. mit einer Arbeit über „Das Leipziger Musikverlagswesen und seine Beziehungen zu einigen namhaften Komponisten“. Für seine Publikationen über Muschler, Wiechert, Goes und Berger erhielt er 1994 den Walter-Bauer-Preis für Literatur der Städte Leuna und Merseburg.

Nach der Wende trat er gleich zusammen mit seiner Frau Rosemarie der IEWG bei und nahm an der ersten wissenschaftlichen Arbeitstagung 1991 teil, um fortan alle weiteren neun Tagungen mit seinen Vorträgen und mit seiner Fachkompetenz zu bereichern. Er hatte außer Essays über Ernst Wiechert bereits die Broschüre „Noch tönt mein Lied“ 1965 im Union Verlag Berlin veröffentlicht. Nun gab er die beiden Bücher der Schriftenreihe der IEWG „Zuspruch und Tröstung“ (1999) und „Von bleibenden Dingen“ (2002) heraus, in denen er auch als Autor vertreten ist. Mit der Landsmannschaft Ostpreußen ergab sich eine besonders fruchtbare Zusammenarbeit, als Pleßke das Arbeitsheft „Der die Herzen bewegt. Ernst Wiechert. Dichter und Zeitzeuge aus Ostpreußen“ verfasste, das 2003 herauskam und so schnell vergriffen war, dass die IEWG eine zweite Auflage drucken ließ.



Dr. Hans-Martin Pleßke Bild: privat

In seiner vierjährigen Amtszeit führte Pleßke bedeutende Veranstaltungen durch. 1998 fand eine Fahrt nach Masuren zu den Wiechert-Orten statt, organisiert von Rolf Krause. 1999 wurde das zehnjährige Bestehen der Gesellschaft würdig in Berlin begangen, und für das Wiechert-Gedenken anlässlich des 50. Todestages 2000 in Ambach und Wolfratshausen hatte der Vorsitzende ein Jahr gearbeitet. Auch war es der IEWG gelungen, ein Sonderpostwertzeichen der Deutschen Post zu erwirken.

So konnte der Zweite Vorsitzende Klaus-Weigelt 2009 mit Fug und Recht sagen, als Dr. Pleßke mit der Verleihung des Ernst-Wiechert-Preises der Stadtgemeinschaft Königsberg geehrt wurde, dass unter seiner Leitung die IEWG zu einer anerkannten literarischen Gesellschaft geworden sei. Pleßke stellte auch nach seinem Ausscheiden als Erster Vorsitzender der Gesellschaft seinen reichen Wissensschatz als wissenschaftlicher Berater zur Verfügung, ein Wissensschatz, den er in 44 Jahren Amtszeit als Bibliotheksrat erworben hatte.

Er war Träger des Ernst-Wiechert-Preises

„So ging es sich also, wenn der Tod einen zwischen den Schultern berührt hatte.“ Mit diesen Worten beginnt Wiecherts letzter Roman „Missa sine nomine“, eines der bedeutendsten Werke über das Vertriebenenschicksal, das er 1949/1950 im Kampf gegen die Krankheit und die Zeit schrieb. Als er am 24. August 1950 starb, hatte er das erste gedruckte Exemplar noch in der Hand halten können.

Hans-Martin Pleßke konnte seine letzte Veröffentlichung im 4. Band der Schriftenreihe der IEWG „Ernst Wiechert im Gespräch“ nicht mehr gedruckt erblicken. Als der Tod ihn zwischen den Schultern berührt hatte, nahm er sein Schicksal mit bewundernswerter Tapferkeit und Gelassenheit auf, als gelte für ihn nun Wiecherts Vers: „Lass dein Herz sich nicht mehr härmen, sieh, dein Acker ist bestellt.“ *Bärbel Beutner*

Stroh-unterlage; sportl. Fußbekleidung; Fluss zum Rhein (NRW); großer Bücherfreund (ugs.); unbekleidet; leicht eingängiges Lied; schwierig, gefährlich; ein Mineral; kleine Treppe; flache Kiste; nachahmen, nachmachen; früherer Lanzenreiter; Bruder Jakobs im A. T.; Zimmerwinkel; veraltet: Leinen; per Anhalter reisen; Knabbergebäck (Mz.); Musiktheaterstück (engl.); Ding; Angelegenheit; Hunnenkönig; wurzellose Sporenpflanze; Einzelhandelsgeschäft; geometrische Figur; schriftl. Aufstellung zur Kontrolle; wie im Rausch gehen; Schopf, Haarbüschel; Drachentöter der Sage; Hauptstadt von Kanada; eine Europäerin; Dauerwurst; Erkältungssymptom; norwegischer Maler (Edvard); nicht hungrig; Haushaltsplan; germanischer Göttervater; hügelfrei, flach; ärztliches Instrument; grob gemahlenes Getreide; Ozean; ein Erdteil; Abkürzung für Klasse; ein Gewürz; Schätzfähigkeit durch Sehen; unecht wirkendes Verhalten; Miterfinder des Telefons; Westslawe, Wende; neugierig; fügsam, gebändigt; Teil der Damengarderobe; Kfz-Zeichen Rosenheim; also, folglich (lat.); Präsident der USA (Woodrow); sagenhafte Insel im hohen Norden; Fluss zur Weichsel; Rhinozeros; heiter, vergnügt; Wasservogel; Bohle, Planke; Schutzanstrich; unwissender Mensch; Wirtschaftsprüfer; Korrektor; Schlingpflanze; Urwaldpflanze; französischer Komponist; zugemessene Arzneimenge; aufgeschichteter Haufen; Retter, Befreier; ukrain. Schwarzmeerhafen; Wasserfahrzeug; in der Nähe von; Widerhall; Klang, Laut; Babyspeise; roh, rücksichtslos; Frömmigkeit, Gottesfurcht; eine Zahl; Rist des menschlichen Fußes; Schwerathlet; poetisch: aus Erz bestehend; ausschweifendes Gelage; franz. Stadt an der Loire; westafrik. Binnenstaat; Eisenoxid ansetzen; unbestimmt, ungewiss; Grundstoff für Salben; Karteikartenkennzeichen; Himmelsrichtung; an dieser Stelle, an diesem Ort; Farbton; runde Schneehütte der Eskimos; chem. Zeichen für Gallium; Künstler (besonders Musiker); widersinnig; falsche Methode; Hochland in Zentralasien; Musikzeichen; Korankapitel

PAZ10_34

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: GEWOBEVORNEGGEDANIELUNGENIERTGERNGRAZ

Mittelworträtsel: 1. Fussboden, 2. Knochen, 3. Ergebnis, 4. Wellen, 5. Salat, 6. Steuer, 7. Fahrzeug – Boeller

Magisch: 1. Caravan, 2. Kajuete, 3. taktlos

Schüttelrätsel

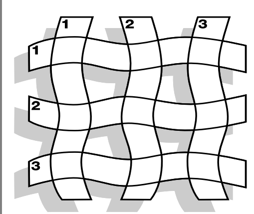
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

EGGNU; EENV; DENOR; EGINW; EGIR; AEGR; ELTZ; EEGG; BEORV; ADEILN; EEGINNRTU; EGNR; AGRZ

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Art Feuerwerkskörper.

1	PARKETT		BELAG
2	MARK		BAU
3	UMFRAGE		LOS
4	DONAU		REITER
5	WURST		GURKE
6	LOHN		MANN
7	KRAFT		PARK



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Kombiwagen, Wohnwagen
2 Wohnraum auf dem Schiff
3 indiskret, ohne Feingefühl

Marktkampf ohne Regeln

Viele billige Lebensmittel enthalten heute oft nur noch »nahrungsmittelähnliche Substanzen«

Infolge der Globalisierung hat sich die Nahrungsmittelindustrie weltweit zu einer Art Diktator hinsichtlich Produktion und Handel von Lebensmitteln entwickelt. Die Verteilung liegt in den Händen der Marktführer.

Den wenigsten Konsumenten dürfte bekannt sein, dass acht große Handelsgruppen mehr als 95 Prozent des Lebensmittelumsatzes in Deutschland erwirtschaften. Kollateralschäden dieses in Teilen der Welt fast ohne Regeln ausgetragenenen Marktkampfes sind die Folge, und eine Neuorientierung nicht nur des Nahrungsmittelsektors weltweit ist daher notwendig. Darüber hat die Journalistin Tanja Busse ein aufrüttelndes Buch geschrieben: „Die Ernährungsdiktatur – Warum wir nicht länger essen dürfen, was uns die Industrie auftischt.“

Böden werden überdüngt für billige Rohstoffe

Möglichst billig und standardisiert werden die Produkte unseres Supermarktangebots erzeugt, stets unter dem Druck der Kostenminimierung und Gewinnsteigerung. Die billige Herstellung der Rohstoffe Weizen, Mais, Reis, Fleisch und Soja beruht auf globalen Handelsströmen per Container, während die Grundlagen oft zerstört werden: Die Böden verlieren an Fruchtbarkeit, werden überdüngt und mit Pestiziden vergiftet. Indessen schreitet die klimaschädliche Vernichtung des tropischen Regenwaldes für Palmölplantagen ungebremst fort, wobei die Waldbewohner allzu oft vertrieben werden. In den gemäßigten Breiten werden die ehemaligen Kleinbauern, die eine Vielfalt an Feldfrüchten erzeugten, zu Arbeitern auf riesigen Soja-Anpflanzungen.

Wer den Supermarkt mit gefüllten Plastiktüten verlässt, wird selten darüber nachdenken, wie die erworbenen Lebensmittel und ihre Verpackungen erzeugt wurden. Bei vielen Produkten, so die Autorin, werden immer dieselben Farbstoffe, Aromen und Geschmacksverstärker eingesetzt, dazu Gewürze und vor allem Zukker, wobei viele Stoffe im Endprodukt gar nicht mehr genannt werden. Von haarsträubenden Inhaltstoffen lesen wir, und der amerikanische Journalist Michael Pollan geht so weit zu behaupten, „dass das meiste von dem, was wir heute essen, genau genommen überhaupt keine Lebensmittel mehr sind“. Es seien dick und krank machende „nahrungsmittelähnliche Substanzen“. Über die andere Seite dieser Fehlentwicklung erfährt man: Nach wie vor gibt die EU Milliarden jährlich aus, „um Überschüsse zu produzieren und gleichzeitig dafür, um sie auf dem Weltmarkt wieder loszuwerden“.

Längst prangern Menschenrechtsorganisationen die billigen Exporte aus der Europäischen Union nach Afrika und Hungerländern anderer Kontinente an, die das Angebot der Anbieter vor Ort an Fleisch und Getreide unterlaufen. Gleichzeitig wird unsere europäische Landwirtschaft nach wie vor mit hohen Zöllen vor Importen geschützt.

Seit 20 Jahren kämpfen Aktivisten wie Rudolf Buntzel gegen diese Fehlentwicklung. Er sagt, die Interessenverbände seien so gut organisiert, dass sie sich bisher erfolgreich gegen den von Agrarpolitikern geforderten Abbau von Exportsubventionen wehren konnten.

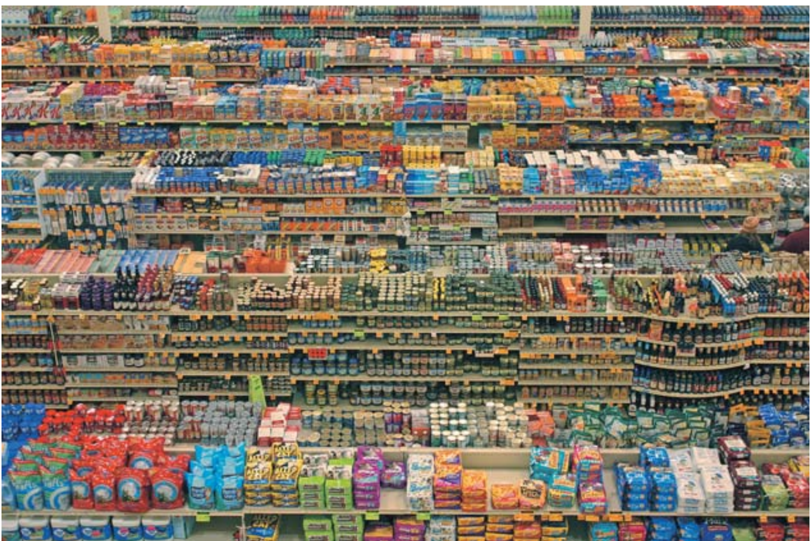
Der dritte Aspekt dieses Themas: Ohne die Futtermittel- und Agrosprit-Importe wie Palmöl aus Drittweltländern würde unsere industrialisierte Tierhaltung nicht funktionieren.

„Esst weniger Fleisch, baut keine neuen Mastställe!“, rufen die von der Autorin zu Rate gezogenen Experten den Verbrauchern zu. Da wir für die Tiermast, für Wurst und Käse billiges Soja aus Südamerika benötigen, schwindet dort infolge von Monokulturen der Artenreichtum. Das nehmen die Erzeuger in Lateinamerika in Kauf, da sie auf diese Weise Devisen erwirtschaften, mit denen sie ihre Schulden bedienen können.

Vorläufig gibt es auf diesem durch politische Entscheidungen und den Einfluss der Konzerne abgesteckten Feld nichts Ermutigendes zu berichten.

Das Buch hat die Autorin „den Bauernhöfen meiner Großeltern, die es nicht mehr gibt“ gewidmet. „Und der kleinbäuerlichen Avantgarde.“

Dagmar Jestrzemski



Moderner Supermarkt in den USA: Waren ohne Ende – wer soll das alles verbrauchen? Bild: Internet

***Tanja Busse: „Ernährungsdiktatur – Warum wir nicht länger essen dürfen, was uns die Industrie auftischt“**, Karl Blessing Verlag, München 2010, kartoniert, 332 Seiten, 16,95 Euro*

In Kürze

Der 2010. Sack gewinnt

Begonnen hatte alles 1998 in Dubai, als Volker Wywiol, Inhaber der Mühlenchemie GmbH & Co. KG, am Strand über einen alten Mehlsack aus Plastik „stolperte“, ihn aufhob, vom Sand befreite und als Souvenir mit nach Deutschland brachte. „Ich sah darin ein gutes Omen für unser Unternehmensmotto: Mühlenchemie macht gute Mehle noch besser! Wie von selbst entwickelte sich daraus Stück um Stück die Idee, eine ‚Galerie der Mehlsäcke‘ einzurichten“, erzählt Wywiol. Momentan verfügt die vor zwei Jahren gegründete weltweit größte Mehlsacksammlung im mecklenburgischen Wittenberg über 1925 Säcke aus 115 Ländern. Dem Einsender des 2010. Mehlsacks wird im Jahr 2010 eine besondere Ehre zuteil. Das „flour art museum“ schreibt den „flour art award 2010“ aus. Alle Müller weltweit sind aufgefordert, ihre Mehlsäcke einzuschicken. Der 2010. Mehlsack erhält die Auszeichnung und einen Ehrenplatz in Museum. Rückfragen beantwortet Melanie Nikschat unter (040) 28403955 oder info@flour-art-museum.de. Weitere Informationen zum Museum: www.flour-art-museum.de *os*



Mehlsäcke aus aller Welt Bild: Flour Art Museum

Tante Emma kommt zurück

Kleinunternehmer bremsen Siegeszug der Discounter – Privaten Initiativen den Rücken stärken

Hans Eisenreich, einstmals Betreiber eines winzigen Sari-Sari-Lädchens auf den Philippinen, kam entsetzt von einem Besuch alter Freunde – wie er ehemalige und heimgekehrte Auswanderer – aus dem ostvorpommerschen Dörfchen Löwitz (440 Einwohner) zurück nach Süddeutschland. Sein Kommentar: „Da oben könnte ich nicht leben! In einem Umkreis von sechs Kilometern keine Kneipe, kein Laden, keine Bushaltestelle, kein Telefon, kein rein gar nichts. Ohne Auto oder als alter Mensch bist du aufgeschmissen. Da müsste endlich mal einer ein Lädchen aufmachen.“ Eisenreich legt den Finger auf eine Wunde der deutschen Nachkriegsgesellschaft: den Niedergang der kleinbäuerlichen Gemeinden, ihrer Bäcker, Fleischer, Gaststätten und Handwerker zugunsten von Einkaufszentren und Discountern auf der grünen Wiese im Einzugsbereich der Städte und das Entstehen einer Unterversorgung auf dem platten Land.

Bäcker muss dem Disconter weichen

Viele Gemeinden verkamen zu Schlafstätten, das gesellschaftliche Miteinander, das urbane Dorfleben von einst verkümmerte. Gab es etwa vor 50 Jahren in Deutschland noch 55 000 Bäcker, so sind es heute gerade mal 14 500; pro Jahr machen nach Angaben des Zentralverbandes etwa 400 weitere Betriebe dicht. Die Zahl der Lebensmitteleinzelhändler hat sich nach Erhebungen des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung in Berlin von 2000 bis 2007 bundesweit um 17 000 Händler oder 37 Prozent auf 28 900 verringert. Analog nahm die täglich zurückgelegte Kilometerzahl zum Einkauf von 1982 bis 2002 von 219 Millionen Kilometer auf 444 Millionen zu. Mindestens acht Millionen Bürger der Republik, darunter vor allem Alte und Behinderte sowie Minderbemittelte ohne eigenes Auto, gelten inzwischen als unterversorgt. Ähnliches trifft auch, wie eine Erhebung der Analysefirma A.T. Kearny belegt, auf Österreich zu. Dort allerdings wird längst auf eine Umkehrung des Trends hingewirkt und die Analysten schätzen, dass in den nächsten Jahren bis zu 900 000 Kunden und ein Umsatz von über zwei Milliarden Euro von den Discountern zu kleinen Betrieben mit individueller Bedienung, Beratung und Kundenansprache abwandern. Allerdings, so Kearny, versuchten Discounter wie etwa Spar inzwischen, mit kleinen Frischemärkten auf diesen Zug aufzuspringen.

Den Trend zurück zur individuellen Bedienung hat in der Bundesrepublik beispielsweise Rewe erkannt und experimentiert seit kurzem mit der Neueinrichtung des Testmarktes „Temma“ nach dem Vorbild „des klassischen Marktplatzes“. Sechs „Vierlinden“-Biomärkte ergänzen das Konzept. Ein Kölner Rewe-Manager: „Es soll wieder menscheln.“ Der Branchenverband deutscher Shopping-Zentren (GCSC) in Berlin alarmierte seine Mitglieder mit der Warnung, dass der Boom der mittlerweile 440 Shopping-Center im Lande vorbei sei, da es in den Stadtzentren kaum noch Platz für Neubauten gebe oder – wie etwa in Hamburg-Harburg – zu viel Kapazitäten entstanden seien, für die es an Kaufkraft mangele, so dass sich die Ladenmeilen zu stark Konkurrenz machten. Zudem habe sich das Kaufverhalten der Deutschen deutlich von der Quantität zu Qualität und individueller Bedienung gewandelt.



Noch mit über 80 hinterm Tresen: Freia von Gostomski in Crostau Bild: pa

Mit dem sogenannten Dorfladen-Netzwerk (Slogan: Bei Tante Emma schlägt das Herz des Dorfes) soll privaten Initiativen der Rücken gestärkt werden. Allein in Bayern wurden inzwischen 200 solcher Kleingeschäfte gegründet. Das Projekt „Dorfladenagentur Rheinland-Pfalz“ möchte die Funktionen noch durch die Entgegennahme von Behördenformularen sowie ähnliche persönliche Dienstleistungen ergänzen. In der Region Trier etwa existieren bereits 39 solcher Geschäfte. Mit dem Stichwort „Sicherung der Nahversorgung im ländlichen Raum“ wurde bei der Internationalen Grünen Woche in Berlin ein entsprechendes, 200 Seiten umfassendes Handbuch vorgestellt. Es soll Gründern praktische Anleitungen an die Hand geben. Denn inzwischen schießen in den manchmal als ausgestorben wirkenden Dörfern allenthalben wieder Hofläden und kleine Dorfläden (manchmal als Kooperative betrieben) aus dem Boden, versuchen fahrende Händler die brach liegende Versorgung mit

Händler fahren jetzt wieder übers Land

neuem Leben zu füllen und manchmal sogar für backwarme Frühstücksbrötchen oder an der Küste für frischen Fisch zu sorgen. Den schlagkräftigen Begriff Tante Emma machte sich inzwischen sogar ein Händler in Paris zunutze: Am Marché de la Porte Saint Martin, Rue du Château d'eau, hat er unter dem Namen „Der Tante Emma-Laden, Epicerie, Gourmandises & Traditions d'Allemagne“ ein bewusst altertümlich ausgestattetes Geschäft gegründet, das im Land der Feinschmecker germanophile Franzosen anlockt. *Joachim Feyerabend*

Kochbuch zeigt Vielfalt

Wenn man von Hamburgs Stadtteilen spricht, die auf dem Reißbrett entstanden, dann meint man gemeinhin die Hafen-City mit ihren eindrucksvollen Gebäuden. Schon vor 50 Jahren wurde der Grundstein für eine andere neue Siedlung gelegt, die sich schon lange in das Stadtbild eingefügt hat: In Hohenhorst leben heute etwa 11 500 Menschen, die aus verschiedenen Kulturen stammen. Sie prägen das Bild dieses Stadtteils. Aus Anlass des Jubiläums haben sie sich zusammengetan und ein kleines Kochbuch herausgegeben, das diese Vielfalt zeigt. Neben Stint, persischen Pfannkuchen, afghanischem Reis oder Klöben sind auch Rezepte aus Ostpreußen zu finden wie Kartoffelkeilchen von Margot Gehrmann, die lange Jahre in der Bundesgeschäftsstelle der LO arbeitete, oder Bigos von Mira Kreska, der Vorsitzenden des Deutschen Vereins in Johannisburg. Guten Appetit! *os*



Stellten das Kochbuch zusammen: Jörg Meyer (li) und Michael Schulze, unterstützt von Margot Gehrmann Bild: privat

Das Kochbuch „Hohenhorst kocht“ (48 Seiten, 2 Euro plus Versandkosten) kann über das Stadtteilbüro Hohenhorst, Dahlemer Ring 1, 22045 Hamburg bezogen werden.

Spielfiguren der Mächtigen

Berichte von Vertriebenen

Nach wie vor werden Zeitzeugenberichte über Flucht und Vertreibung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und den deutsch besiedelten Gebieten in Ostmittel- und Südosteuropa gesammelt und veröffentlicht. In Crailsheim führte der Historiker und Stadtarchivar Folker Förtsch 2004/05 das Projekt „Flucht – Vertreibung – neue Heimat“ durch. Im Mittelpunkt standen Berichte von Flüchtlingen und Vertriebenen, die seit 1945 nach Crailsheim (Baden-Württemberg) und in die Gemeinden der Umgebung verschlagen wurden. 1950 zählte man 11265 dieser Zuzügler, was einem Anteil von 18 Prozent an der Gesamtbevölkerung entsprach. Hinzu kamen 1000 Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone beziehungsweise der DDR. Förtsch stellte neun Dokumentationen zusammen und veröffentlichte sie unter dem Titel „Die Heimat verloren – Erinnerungen an Flucht, Vertreibung und Neuanfang“. Als Vorwort des mit zahlreichen Abbildungen ausgestatteten, ausgezeichnet lektorierten Bandes hat er eine Darstellung zum Thema „Umsiedlung, Vertreibung und ethnische Säuberung als Phänomen der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts“ beigetragen. Darin umreißt er die politische Entwicklung, die dem unendlichen Leid und der Heimatlosigkeit von Millionen Menschen vorausgegangen war. Seiner Meinung nach waren die Hauptursachen für die Vertreibung der von Hitler angezettelte Krieg und die Expansionspolitik des „Dritten Reiches“ vor dem Hintergrund der stark belasteten Nationalitätenverhältnisse auf dem Balkan und in Osteuropa. Auch stellt er heraus: Die Hauptverantwortung für die Durchführung ethnischer Säuberungen, die mit den Jugoslawienkriegen in den 1990er Jahren endeten, trugen die Regierungen und politischen Eliten.

Augenzeugen von Gewaltszenen

Die Herkunftsgebiete der Berichterstatter sind Bessarabien, die Batschka sowie Slawonien im ehemaligen Jugoslawien, Lodsch, Danzig, das Wartheland, Ostpreußen und Schlesien. Manche der Zeitzeugen erlebten die teilweise traumatischen Erlebnisse als Kinder. Nicht wenige Frauen, Männer und Kinder, die Opfer oder Augenzeugen von Gewaltexzessen wurden, drohten seelisch zu zerbrechen. Erschütternd sind die Tagebuchaufzeichnungen von Marta Erwin aus Persing, Kreis Osterode. Vervollständigt wurde ihr Bericht von den beiden Enkelinnen der Schreiberin. Mehrere Berichte handeln von Zwangsumsiedlungen während der Kriegsjahre beziehungsweise vom Verlust von Hab und Gut in den Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens infolge des Kriegsverlaufs.

Von einer zwangsweisen Umsiedlung nach Polen handelt der Zeitzeugenbericht von Arno Ferchow, geboren 1929 nahe Lodsch. Nach dem „Blutsonntag“ von Bromberg (Bydgoszcz), bei dem etwa 6000 Volksdeutsche umgebracht wurden, war die Familie ins Reich geflüchtet. Auch sie wurden wie Spielfiguren auf der Landkarte Osteuropas verschoben: Nach der deutschen Besetzung Polens mussten sie nach Lodsch zurückkehren. Der junge Mann hatte Glück: Im Februar 1945 war er von den Russen in einem überfüllten Güterwaggon in Richtung Osten abtransportiert worden, konnte aber entkommen. Da er fließend Polnisch sprach, mischte er sich auf einem Bahnhof unter polnische Rückkehrer aus Russland, die in entgegengesetzter Richtung unterwegs waren. Er kehrte nach Lodsch zurück und gelangte schließlich nach Berlin. *Dagmar Jestrzemski*

***Folker Förtsch (Hrsg.): „Die Heimat verloren – Erinnerungen an Flucht, Vertreibung und Neuanfang“**, Baier BPB Verlag, Crailsheim 2009, gebunden, 224 Seiten, 19,90 Euro*

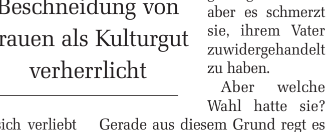
Kampf den Freiheitsgegnern

Ayaan Ali Hirsi ficht gegen Islamisten und Multikulti-Freunde



Seit Jahren kämpft Ayaan Hirsi Ali. Erst hat die 1969 in Somalia Geborene nur um ihre eigene Freiheit gekämpft, nun kämpft sie gegen bestimmte Formen des gelebten Islam. Seitdem ihre politische Karriere in den Niederlanden von politischen Feinden mit Hinweis auf Falschangaben bei ihrer Einwanderung beendet wurde, arbeitet Hirsi Ali inzwischen in Washington bei einer Denkfabrik. Doch glücklich ist die wegen Morddrohungen ständig von Sicherheitsleuten umgebene, von Vortrag zu Vortrag Reisende keineswegs. In „Ich bin eine Nomadin – Mein Leben für die Freiheit der Frauen“ erzählt sie von ihrem jetzigen Leben und wie sie zu der Person wurde, die sie heute ist. Vieles davon hat sie bereits in ihren vorherigen Büchern geschildert, trotzdem ist das aktuelle Buch die Lektüre wert, da sie dieses Mal mehr auf ihre Familie eingeht und berichtet, wie diese lebt.

Nachdem die Autorin aus ihrem privaten Umfeld und aus ihrer Zeit als Übersetzerin für die niederländische Einwanderungsbehörde die Folgen eines gelebten Islam geschildert hat, ereifert sie sich über jene, die meinen, dass alle Kulturen und Religionen gleich gut wären. „Eine Kultur, die die Weiblichkeit feiert und Frauen als Herrinnen über ihr Leben sieht, ist besser als eine Kultur, die Genitalien von Mädchen verstümmelt und sie hinter Mauern und Schleiern gefangen hält oder auspeitscht oder steinigt, nur weil sie sich verliebt haben. Eine Kultur, die von Gesetzes wegen die Rechte der Frauen schützt, ist besser als eine Kultur, in der ein Mann völlig legal bis zu vier Frauen gleichzeitig haben kann und den Frauen die Alimente und ihr halbes Erbe verweigern kann.“ Hirsi Alis Vater hatte auch drei Frauen, und die Autorin schildert, welche Auswirkungen es auf ihre Mutter, die zweite Frau, hatte, als sich ihr Vater eine weitere Frau nahm. Auch war der Vater überzeugt, stets Gehorsam von seinen Kindern einfordern zu können, während er sich selbst oft genug überhaupt nicht um sie kümmerte. Trotz allem fühlt sich Hirsi Ali ihrem Vater bis über seinem Tod hinaus verpflichtet, auch bedauert sie, ihn immer wieder enttäuscht zu haben, da sie sich unter anderem weigerte, den von ihm ausgewählten Mann zu heiraten. Zwar bereut sie nicht die Weigerung an sich, aber es schmerzt sie, ihrem Vater zuwidergehandelt zu haben.



Beschneidung von Frauen als Kulturgut verherrlicht

Aber welche Wahl hatte sie? Gerade aus diesem Grund regt es sie auf, wenn Multikulti-Befürworter nur die wildromantische Seite der somalischen Kultur sehen wollen. Abgesehen davon, dass nach Jahren des Bürgerkrieges hiervon kaum noch etwas existiere, verschlössen jene Menschen die Augen vor den negativen Folgen dieser muslimisch geprägten Stammeskultur.

Außer sich ist die Autorin, wenn sie Aussagen wie jene der australische Feministin Germaine Greer liest: „Afrikanische Frauen, die Genitalverstümmelungen vornehmen, tun dies vor allem deshalb, weil sie glauben, dass es die Attraktivität der Frauen erhöht. Die junge Frau, die unerschrocken liegen bleibt, während der Beschneider ihre Klitoris zwischen zwei Steinen zermalmt, beweist damit, dass sie einmal eine gute Frau sein wird, die allen Qualen der Geburt und der täglichen Arbeit gewachsen ist ... Westliche Frauen, in voller Montur mit Nagellack, hochhackigen Schuhen (katastrophal für die Haltung ...) und Büstenhalter ... kritisieren die Beschneidung von Frauen, ohne sich darüber im Klaren zu sein, dass ihr Verhalten absurd ist.“ Angesichts solcher Ansichten im Westen, die all das, wofür Hirsi Ali kämpft, konterkarieren, kann man Mitleid mit der Autorin bekommen. Sie muss nicht nur gegen Fehlentwicklungen in der islamischen Welt anfechten, sondern findet oft auch im Westen, dem Hort der Freiheit und Aufklärung, kein offenes Ohr. *Rebecca Bellano*

***Ayaan Hirsi Ali: „Ich bin eine Nomadin – Mein Leben für die Freiheit der Frauen“**, Piper, München 2010, gebunden, 345 Seiten, 19,95 Euro*

Gemächliche Mörderjagd

Schweizer Kommissar ermittelt im Theatermilieu

In „Hunkeler und die Augen des Ödipus“ schickt der Autor Hansjörg Schneider seinen nun zum dritten Mal ermittelnden und in die Jahre gekommenen Kriminalbeamten in den wohlverdienten Ruhestand. Hunkeler wäre jedoch nicht Hunkeler, wenn ihn diese Änderung in seinem Leben davon abhalten könnte, seine Nase tief in die Ermittlungen eines möglichen Mordfalls an Theaterdirektor Vetter hineinzustecken.

Zunächst jedoch durchlebt der Leser mit Hunkeler die Ruhelosigkeit des neuen Feindes, des Rustestandes, und den Unwillen, nun zum „alten Eisen“ zu gehören. Doch nach einer kurzen Phase des Sich-Ausruhens und Sich-Besinnens fällt dem Pensionärs-Frischling zum Glück wieder ein, was ihm im Leben wichtig ist.

Und da der Theaterdirektor spurlos von seinem Hausboot verschwunden ist, macht sich Hunkeler am Basler Rheinhafen – mitten im Dreiländereck von Schweiz, Deutschland und Frankreich – auf die Suche nach dem Grund für Vetters Verschwinden.

Was es im Roman „Hunkeler und die Augen des Ödipus“ besonders hervorzuheben gilt: Was auch immer Hunkeler tut, er tut es mit Bedacht. Und was das Essen, den Alkohol und die Liebe zu seiner Lebensgefährtin Hedwig betrifft, könnte man ihn auch als einen Genussmenschen beschreiben.

Die Liebe des Autors zum Theater lässt sich auch in diesem Roman nicht verbergen. Durch die Tätigkeit als Regieassistent am Theater Basel gelingt es Hansjörg Schneider, viele Dinge, die das Theaterleben betreffen, sehr realistisch darzustellen. Es ereignen sich Szenen, wie sie auch im wirklichen Leben von Theaterleuten am Theater Basel stattfinden könnten.

Und ebenso wie der pensionierte Kommissar strahlt auch Hansjörg Schneiders Roman eine solche Ruhe aus, dass man beim Lesen fast die Hektik des Alltags vergessen könnte, was für manchen aber Langeweile gleichkommt. Und so lässt sich die Suche nach Vetters Mörder auch mehr durch das Sprichwort „In der Ruhe liegt die Kraft“ beschreiben, als dass man von einem mitreißenden, spannungsgeladenen Krimi sprechen könnte. *Vanessa Ney*

***Hansjörg Schneider: „Hunkeler und die Augen des Ödipus“**, Diogenes Verlag, Zürich 2010, gebunden, 232 Seiten, 19,90 Euro*

Schmucke Städte

Der Kunth-Verlag bringt das Bücherregal der Rezensentin allmählich in Bedrängnis. Mit „Die Hauptstädte Europas“ hat der Verlag erneut ein ansehnliches Schmuckstück herausgebracht, dass zum Blättern einlädt. Mittels vieler eindrucksvoller Hochglanzfotos und kurzer Texte erhält der Leser Informationen über die touristischen Höhepunkte und historischen Stätten von europäischen Städten. Die Attraktionen von Paris, London und Rom sind zwar weitgehend bekannt, doch die mit Bedacht ausgewählten Bilder schaffen Originalität. Die Besonderheiten Sarajevos, Skopjes, Chisinaus und Tiranas dürften ohnehin weniger bekannt sein. *Bel*



***„Die Hauptstädte Europas“**, Kunth Verlag, München 2010, gebunden, 240 Seiten, 19,95 Euro*

»Total verwahrlostes Geschichtsbewusstsein«

Sonderausgabe des »Deutschland-Journals« wirft der deutschen Politik falsche Schwerpunktsetzung vor

Nahezu 200 an Politik Interessierte hatten sich im Frühjahr in Hamburg zum Tagesseminar der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG) zusammengefunden, das unter dem Motto stand „Wie geht unsere Politik mit Deutschland um?“ Die Frage stellen sich in der letzten Zeit immer mehr Deutsche, die ratlos, aber auch wütend beobachten, was „die da in Berlin“ mit uns machen. Müht sich die Bundesregierung wirklich, das Ansehen Deutschlands in der Welt wiederherzustellen? Strengt sie sich an, dass die Feindstaatenklauseln der Uno-Charta gestrichen wird? Warum ist Deutsch als die größte Muttersprache in der EU nicht eine der Hauptarbeitssprachen? Warum nimmt die Bundeskanzlerin so einseitig für Israel Partei und schadet damit unserer internationalen Reputation? Wie kann diese Bundeskanzlerin 65 Jahre nach Kriegsende in Polen und Frankreich Schuldbekenntnisse ablegen, die selbst den Adressaten als nationalmasochistisch erscheinen müssen?

Das sind Fragen, die der Leiter des Seminars, der stellvertretende Vorsitzende der SWG Oberst a. D. Manfred Backerra, in seinem Einleitungsreferat stellte und um deren Beantwortung sich die prominenten Referenten bemühten. Nachzulesen ist das alles in dem soeben erschienenen Sonderheft des „Deutschland-Journals“.

Prof. Konrad Löw von der Universität Bayreuth stellte fest, dass die Würde des Menschen den obersten Verfassungswert darstellt, steht er doch an der Spitze des Grundgesetzes. Aber verteidigt die Bundesregierung wirklich die Würde des Landes, wenn sie nichts dagegen unternimmt, dass in der Bundesrepublik Soldaten ungestraft „Mörder“ genannt werden können? Man kann in unserem Staat täglich unsere Nation beschimpfen und verleumden, ohne dass es eine Möglichkeit gibt, solche Untaten zu unterbinden, wie ein Blick in Schriften der Linken tagtäglich zeigt. Hingegen wird jede Bemerkung, die man als Diskriminierung jedweder Ausländergruppe deuten könnte, streng verfolgt.

Löw schildert an Hand eigenen Erlebens, wie die Bundeszentrale für politische Bildung, die zum Bundesinnenministerium gehört, Literatur verbreitet, die Deutschland diskriminiert, und sich davon auch nicht durch Hinweise auf die Unhaltbarkeit der darin vorgetragenen Vorwürfe abhalten lässt.

Prof. Dr. Albrecht Schachtschneider untersucht die Frage, ob wirklich in unserer Bundesrepublik zurzeit noch die Freiheit als die Grundlage unserer Verfassung und des demokratischen Prinzips gewährleistet ist oder ob nicht unsere gegenwärtige Lage wenig mit Freiheit, wenig mit Demokratie und wenig mit Rechtstaat zu tun hat. Er kommt zu negativen Schlüssen und unterzieht auch die Parteien einer schneidenden Kritik: Er bezweifelt, dass sie heute noch das Volk repräsentieren, das keine Möglichkeit habe, die Politik zu beeinflussen.

Harald Seubert, der junge Philosophieprofessor, der an der Uni Posen lehrt, hatte schon Aufsehen erregt, als er den Festvortrag anlässlich des 60-jährigen Bestehens der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* im April in Berlin hielt. (Dieser Vortrag ist übrigens ebenfalls in diesem Heft abgedruckt.) Auf dem Seminar der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft bescheinigte er dem heutigen Deutschland ein „total verwahrlostes Geschichtsbewusstsein“. Man habe bewusst die Verbindungen zu den Traditionen der deutschen Kultur abgeschnitten, und das nur, um den Siegern nach dem Zweiten Weltkrieg gefällig zu sein, die den Charakter Deutschlands und der Deutschen umkrempeln wollten. So wie man die deutsche Sprache zu einem Kauderwelsch habe verkommen lassen, so habe man das deutsche Bildungssystem, das einmal vorbildlich in der Welt gewesen sei, unterhöhlt. Die in aller Welt bei den Fachleuten hoch gerühmte deutsche militärische Tradition werde diskriminiert und so die Stellung Deutschlands nachhaltig geschwächt. Seubert beendete sein umjubeltes Referat mit den Versen von Heinrich Heine: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht, ich kann nicht mehr die Augen schließen und meine hellen Tränen fließen. Deutschland hat ewigen Bestand. Es ist ein kerngesundes Land.“

Auch die ausführliche Diskussion der Zuhörer wird im neuen „Deutschland-Journal“ dokumentiert und eröffnet noch manche weitere Perspektive. Einer der Diskutierenden sagte, er sei froh, an dem Seminar teilgenommen zu haben: „Es hat uns wieder Hoffnung gegeben.“

Der Seminarbericht wird ergänzt durch einen hoch originellen Beitrag der Leiterin des „Instituts für Medienverantwortung“, Sabine Schiffer, die auf massive Manipulationen von Journalisten durch Lobbygruppen aufmerksam macht, die darauf hinwirkten, die Bürgerrechte weiter zu beschneiden und die Politik fast unmerklich in eine bestimmte Richtung zu drängen. Der Vorsitzende der SWG, Prof. Menno Aden, befasst sich kritisch mit dem im vergangenen Herbst in München durchgeführten Kriegsverbrecherprozess gegen einen heute über 90-jährigen Gebirgsjägerleutnant. Aden fragt, ob solche Verfahren, die einmalig in der Welt sind, wirklich ihren vorbeugenden Zweck erreichen und ob sie überhaupt mit Grundlagen abendländischer Rechtsauffassung zu vereinbaren sind.

Hans-Joachim von Leesen

Die Sonderausgabe des „Deutschland-Journals“ „Wie geht unsere Politik mit Deutschland um?“ ist gegen Einsendung eines Fünf-Euro-Scheines pro Exemplar für Versandkosten und Schutzgebühr erhältlich bei der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, Postfach 261827 in 20508 Hamburg.



Elch als Plüschtier
Der Elch ist kuschelweich und bestens zum Spielen geeignet.
Maße des Elchs (Länge x Breite x Höhe in cm): 44 x 30 x 36
Aufwendige Handarbeit aus den Werkstätten der Kösener Spielzeug Manufaktur GmbH
Der Elch ist per Handwäsche bei 30°C waschbar.
Best.-Nr.: 6992



Bruno Bandulet
Die letzten Jahre des Euro
Ein Bericht über das Geld, das die Deutschen nicht wollten
Gebunden, 208 Seiten
Best.-Nr.: 6993, € 19,95



Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen
Best.-Nr.: 6934
€ 12,95
Hörproben finden Sie auch meiner Internetseite



Wolfgang Clement/Friedrich Merz
Was jetzt zu tun ist – Deutschland 2.0
Geb., 199 Seiten
Best.-Nr.: 6978, € 18,95

Hans Hellmut Kirst
Gott schläft in Masuren
Roman
Dem Erzählkünstler Kirst es ist mit diesem großen Masuren-Roman gelungen, der untergegangenen ostpreußischen Heimat ein literarisches Denkmal zu setzen. In dem kleinen masurischen Ort Maulen herrscht fast uneingeschränkt der Gutsbesitzer Johann Leberecht. Es ist die Zeit des sich auch in Ostpreußen etablierenden Nationalsozialismus. Als der Gendarm Thiele nach Maulen versetzt wird, findet er eine festgefügte Ordnung, eine Lebenswelt, die provinziell, patriarcharlisch und den Traditionen verpflichtet scheint. Aber da gibt es den unaufgeklärten Todesfall des Bauern Materna. Und Gerüchte tauchen auf über Liebe, Leidenschaft und Laster. Bei seinen Ermittlungen stößt Thiele jedoch immer wieder auf eine Mauer des Schweigens. Je näher er der Aufklärung des Falles kommt, desto rätselhafter und verworrener offenbaren sich Zusammenhänge und seelische Abgründe. "Wir sind gesegnet durch dieses Land, auf dem wir leben dürfen. Es ist der schönste Flecken Erde auf dieser Welt. Noch ist nichts zerstört, noch ist alles unverfälschte Natur. Wenn Gott zur Ruhe geht, wenn er schlafen will, so glaube ich, würde er zu uns kommen wollen, um hier zu schlafen; wenn Gott den Schlaf will, dann wird er bei uns in Masuren schlafen. Daran glaube ich fest. Und ich will alles tun, damit er ruhig schlafen kann..." Johann Leberecht im Gespräch mit Hauptwachtmeister Thiele
Geb., 297 Seiten,
Best.-Nr.: 6991, € 18,50



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



Königin-Luise-Brosche
Das gekrönte „L“ von Eichenlaub eingefaßt.
Der Hintergrund ist emailliert.
Best.-Nr.: 6960





Hans Hellmut Kirst
Deutschland deine Ostpreußen
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 6825, € 16,80

Kirsten Heisig
Das Ende der Geduld
Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter
Kart., 208 Seiten
Best.-Nr.: 6986, € 14,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



Agnes Paul
Die bösen Augen
Sagen und Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 93 Seiten
Best.-Nr.: 2087



Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 Seiten
Best.-Nr.: 5209

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

PMD Preußischer Mediendienst
Oliver Rieckmann empfiehlt...

nicht erreichbaren Modernisierungsschub bescherte. Musial hat sich aufgrund seiner hervorragenden Kenntnisse der russischen und osteuropäischen Archive einen Namen gemacht. Immer wieder erschließt er neue, bisher unzugängliche Quellen, die unsere Kenntnisse über die Geschichte des 20. Jahrhunderts erweitern. Warum verfügte Stalin im Zweiten Weltkrieg über ein von Hitler völlig unterschätztes Rüstungspotential, das ihm schließlich den Sieg brachte? Welche Ausmaße hatte der von langer Hand geplante beispiellose Raubzug, der dem sowjetischen Diktator weit über die im Potsdamer Abkommen vereinbarten Reparationen hinaus Maschinen, Rohstoffe, Fertigprodukte, Laboratorien, Industrie- und Infrastrukturanlagen einbrachte, die in seinem Teil des besiegten Deutschlands bitter fehlen sollten? Hierauf gibt Musial gewohnt gründliche Antworten, die den Aufstieg und späteren Abstieg der Sowjetunion in neuem Licht erscheinen lassen
Geb., 512 Seiten
Best.-Nr.: 6995

Bogdan Musial
Stalins Beutezug
Die Plünderung Deutschlands und der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht
Den Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht hätte es ohne materielle Unterstützung aus Deutschland nicht gegeben, das legt der Historiker Bogdan Musial in seinem neuen Buch überzeugend dar. Bis zum deutsch-sowjetischen Krieg 1941 war es die Lieferung deutscher Maschinen und Anlagen im großen Stil, die den Aufbau der sowjetischen Schwer- und Rüstungsindustrie ermöglichte. Nach dem Krieg war es die systematische Demontage sämtlicher ostdeutscher Industrie- und Infrastrukturanlagen, die Stalins Regime einen zweiten, aus eigenen Kräften

€ 26,95

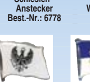
Arno Surminski
Die masurische Eisenbahnreise und andere heitere Geschichten
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6973, € 14,95

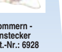
Heimat-Anstecker



Ostpreußen-Provinz-Anstecker Best.-Nr.: 5889	Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6055	Königsberg-Anstecker Best.-Nr.: 6056	Westpreußen-Anstecker Best.-Nr.: 6504
Sudetenland-Anstecker Best.-Nr.: 6880	Schlesien - Anstecker Best.-Nr.: 6778	Elchschaufel-Wappen- Anstecker Best.-Nr.: 6830	Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6642
Preußenadler-Flaggen-Anstecker Best.-Nr.: 6722	Preußen-Anstecker Best.-Nr.: 6057	Pommern - Anstecker Best.-Nr.: 6928	








Je Anstecker nur € 2,95



Wolfgang Schneider
Panzertaktik
Deutsche Einsatzgrundsätze 1935 bis heute
Der Autor, selbst langjähriger Panzerführer in der Bundeswehr bis hin zur Brigadeebene, hat nach Auswerten aller deutschen taktischen Vorschriften seit 1935, einer umfangreichen Literatur-Recherche und zahlreichen Gesprächen mit Kriegsgedienten in zwölf Kapiteln die Einsatzgrundsätze der deutschen Panzerwaffe dokumentiert.
Geb., im Großformat, 528 Seiten
Best.-Nr.: 6997
€ 48,-

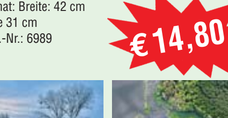
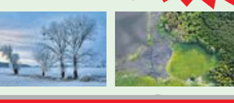
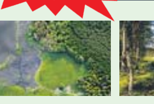
Sommer in Ostpreußen 1942
Es ist schon lange her. Und es liegt in weiter Ferne, wovon dieser Film erzählt: von Gottfried und Maria, einem jungen Paar mitten im Krieg. Und von einem Sommer in Ostpreußen. Wir schreiben das Jahr 1942. Wie viele Deutsche träumt das Paar vom Urlaub an der Ostsee, von der Samlandküste, von Wind und Wellen, von Ruhe und Erholung. Die Enge des Alltags eintauschen gegen die Weite Ostpreußens. Urlaub vom Alltag, Urlaub vom Krieg. Wer weiß, wie viele Sommer es für den deutschen Soldaten noch geben wird? Aus Berlin, Breslau und Dresden fuhren täglich Sonder- und Ferienzüge nach Königsberg, darunter auch Luxuszüge und Schnellzüge. Für die Strecke Berlin – Königsberg benötigte der Bahnreisende damals sechseinhalb Stunden. Heute dauert die Fahrt mehr als 16 Stunden, mehrmaliges Umsteigen inbegriffen. Von Königsberg ging es dann mit der Cranzer Bahn zur Kurischen Nehrung oder mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste.„Aus dem Reich“, wie man zu sagen pflegte, kamen jeden Sommer Zehntausende Feriengäste in die östliche Provinz. Die Reise führt uns an die Kurische Nehrung, nach Nidden, nach Rossitten, ans Kurische Haff, wir gehen mit einem Kurenfischer auf Fang, nehmen an der Heuernte teil, besuchen Cranz, das größte königlich-preußische Seebad an der Ostseeküste, fahren mit der Bahn nach Cranzbeek, besichtigen das unzerstörte Königsberg mit dem prächtigen Stadtschloss und dem Dom, fahren mit der Samlandbahn an die Bernsteinküste und beobachten Elche in der Niederung.Zeitzeugen wie die Schriftstellerin Ruth Geede und Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter des berühmten Malers Ernst Mollenhauer, kommentieren die einzigartigen historischen Filmaufnahmen. In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95
€ 14,95

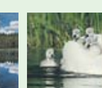


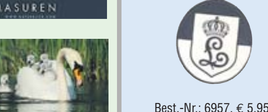
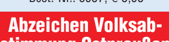
Doennigs Kochbuch
Der Küchen-Klassiker aus Ostpreußen
mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95

Faszination Emland und Masuren – Kalender 2011

Wunderschöne Landschaftsaufnahmen aus dem Emland und Masuren
Mit Fotos von Peter Scherbuk
15 Blätter, mit 13 großformatigen und eindrucksvollen Farbfotos und einer Landkarte dieser Naturregion
Sprialbindung, Hochglanzpapier,
Format: Breite: 42 cm Höhe 31 cm
Best.-Nr.: 6989
€ 14,80



Königin-Luise-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6957, € 5,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger

Best.-Nr.: 6638, € 4,95



Auf den Spuren von Königin Luise in Ostpreußen
Von Königsberg nach Memel
In acht spannenden Reportagen begibt sich Henning von Löwis auf die Spuren der legendären preußischen Königin.
Laufzeit: 78 Minuten
Best.-Nr.: 6982, € 9,95



Eva Pultke- Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Zwischen Lebensfreude und Übermut, Wehmut und Trauer liegen die tieferen Schichten dieser Erzählungen aus vergangener Zeit, aus der Heimat Ostpreußen mit ihrem eigenwilligen Wortschatz und den sprichwörtlichen Eigenheiten ihrer Bewohner.
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968

Elchschaufel-Polo-Hemd



Hochwertiges Polohemd
aus deutscher Herstellung, 100% Baumwolle, Knopfleiste mit 3 Knöpfen, Ärmelabschluss mit Bündchen, Farbe: dunkelblau
Größe M, Best.-Nr.: 6996
Größe L, Best.-Nr.: 6970
Größe XL, Best.-Nr.: 6971
Größe Damen M, Best.-Nr.: 6994
Je € 22,95

Elchschaufel-Schirmmütze
Best.-Nr.: 6969, € 14,95





Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770
€ 12,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ostund Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Preußen-Schlüsselanhänger



Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 34/10
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Dänemark deutsch?

Kopenhagen – Dänemark wäre beinahe deutsch geworden, so der dänische Historiker Tom Buk-Swienty. Der hat nämlich entdeckt, dass der dänische König Christian IX. 1864 nach der Niederlage gegen das preußisch-österreichische Heer sein Königreich in den Deutschen Bund eingliedern wollte. Doch Bismarck lehnte das Angebot des eher durch Zufall auf den dänischen Thron gelangten Sohnes des Herzogs von Schleswig-Holstein-Sonderborg-Glücksburg ab. *Bel*

Diskriminierung liegt nicht vor

Erfurt – Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat eine Diskriminierungsklage einer muslimischen Bewerberin beim Diakonischen Werk abgewiesen. Die türkischstämmige Deutsche hatte sich erfolglos für die Stelle in einem Integrationsprojekt beworben. Weil nach ihrer Kirchenzugehörigkeit gefragt worden war, fühlte sie sich diskriminiert. Das BAG wies die Klage aber aus einem anderen Grund zurück: Die Bewerberin habe die Berufsqualifikationen nicht erfüllt. *idea*

ZUR PERSON

Vorzeige-Migrant mit Fehlern

Eigentlich sollte **Ian Karan** eine Art Friedensangebot der CDU an den grünen Koalitionspartner sein: Dafür, dass sie den aus grüner Sicht konservativen Christoph Ahlhaus als neuen Bürgermeister akzeptieren, „schenkt“ ihnen die Union den Hamburger Vorzeige-Migranten als Wirtschaftssenator. Doch Karan erwies sich für die Grünen schnell als schwer verdaulich. Grund war nicht die Tatsache, dass der „Container-König“ mit seinen 71 Jahren nicht mehr ganz jung ist, sondern dass er seine Biographie kräftig geschönt hat. Zudem hat er der Partei des umstrittenen ehemaligen Innensenators Roland Schill 2004, als längst bekannt war, dass Schill ein Tunichtgut war, 44 500 Euro gespendet.

Als wäre all das noch nicht genug, wurde auch noch bekannt, dass Karan die Gegner der gescheiterten schwarz-grünen Schulreform, dem Lieblingsprojekt der grünen Schulsenatorin Christa Goetsch, finanziell unterstützt hat. Natürlich nur, weil er bürgerliches Engagement förderungswürdig fände, so der ertappte Karan. In Wirklichkeit sei er von den Vorteilen des längeren gemeinsamen Lernens überzeugt. Auch für die Schill-Spende bat er um Vergebung, dies sei der größte Fehler seines Lebens gewesen. Und das er behauptet habe, er habe auf direkte Bitte von Angela Merkel 2009 die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen, sei auch ein Fehler, da gelogen. Auch sei er nicht wegen seines Protestes gegen den Vietnamkrieg in London von der Universität geflogen, sondern weil er zu viele Fehlzeiten hatte. Daran, dass Karan unverschämt reich ist, zweifelt aber kaum jemand. Der 1939 in Sri Lanka als britischer Staatsbürger Geborene, früh Verwaiste, brachte es unter anderem mit der Vermietung von Schiffs-Containern zum Multi-Millionär. Angefangen habe er als Tellerwäscher – sagt er jedenfalls. *Bel*





Zeichnung: Mohr

Unsere Geißel

Warum wir zu Sarrazin am liebsten schwiegen, wieso Westerwelles Schwatzteufel nie schweigt, und wie Morgenthau doch noch siegt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Angela Merkels Integrationsstaatsministerin Maria Böhmer (CDU) ist außer sich: Das neue Sarrazin-Buch („Deutschland schafft sich ab“) sei „diffamierend und verletzend“. Sarrazins These sei nämlich wissenschaftlich nicht haltbar, weil „keinerlei Studien“ belegten, dass Muslime in Deutschland grundsätzlich weniger integrationsbereit seien als andere Einwanderergruppen. Ja, mehr noch: Eine neue Untersuchung belege vielmehr, dass Türkenkinder bei gleichem sozialen Hintergrund sogar häufiger auf Realschulen und Gymnasien wechselten als gleichbegabte Deutsche.

Studien sind wichtig bei der Argumentation. Sie setzen den eigenen Standpunkt auf den hohen Sockel unerschütterbarer wissenschaftlicher Evidenz. Man muss sie allerdings zielgerichtet lesen können. Die Untersuchung, auf die Böhmer anspielt, besagt vor allem: Obwohl türkische Kinder in keiner Weise diskriminiert werden und sogar heftiger auf Gymnasien und Realschulen drängen als ihre deutschen Schulkameraden, schaffen sie den Sprung deutlich seltener. Den Teil ließ Frau Böhmer lieber weg.

Eine andere Studie (vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen) ergab überdies, dass bei jungen Muslimen die Gewaltneigung bei wachsender Frömmigkeit zunimmt, während junge Christen umso friedlicher werden, je religiöser sie sind. Wie sagte Frau Böhmer noch? „Keinerlei Studien ...“.

Sarrazin ist eine Geißel für die Politik. Die meisten Politiker ziehen es daher vor, zu seinen Äußerungen lieber eisern zu schweigen, um sich nicht lächerlich zu machen wie Merkels Staatsministerin. Stilbildend für das neue Reaktionsmuster der Parteigranden ist die Kanzlerin selbst. Wir erleben die „Vermerkelung“ der Debattenkultur: Wenn den Politikern ein Thema nicht behagt, dann fordern sie nicht mehr lauthals ein „Ende dieser schädlichen Diskussion“. Nein, sie sagen schlicht gar nichts mehr dazu, selbst wenn die Leserkommentar-Spalten überquellen und die Sache für einen Großteil des Volkes von höchster Wichtigkeit ist.

Für Journalisten ist die Angelegenheit schwieriger. Wir müssen von Berufs wegen immer irgendwas sagen, sonst heißt es nachher, wir hätten das Thema verpasst. Was aber soll man zu Sarrazin sagen, ohne sich die Finger zu verbrennen? Das Perfide an dem Kerl ist ja, dass er kaum widerlegbare Fakten anbringt, die von den ganz eingefleischten Multikultis kaum noch jemand bestreiten mag, nur dass man sie öffentlich besser nicht zum Besten gibt. Was sollen denn die Leute denken?

Früher hatten wir Journalisten für solch knifflige Fälle eine recht schlichte Rezeptur zur Hand. Wir durchwirkten unseren Beitrag erstmal kräftig mit soziologendeutschen Floskeln, die dem Leser klarmachen sollen, dass die Immigrantenproblematik viel zu kompliziert für ihn ist: „Hier darf es keine einfachen Antworten geben!“ Dann fügten wir noch ein paar einfache Antworten aus dem Satzbaukasten der politischen Korrektheit an (Bereicherung!), und schon konnten wir beruhigt nach Hause gehen in dem Gefühl, dem „Populismus die Stirn geboten“ zu haben.

Nur Mut zur Lächerlichkeit: Wenn Maria Böhmer mit »Studien« die reine Lehre schützt

Das ging viele Jahre gut und war äußerst bequem. Irgendwann jedoch haben die Leute entdeckt, dass diese Tour eher billig als elegant ist – und noch dazu (mehr als nur ein bisschen) feige. Eine neue Taktik, sich aus dem Staub zu machen, musste her.

Sie wurde gefunden: Medienprofis von heute verlegen sich beim Sarrazin-Verprügeln bevorzugt aufs Geschmackliche. Vermutlich habe er ja Recht, gibt eine große Tageszeitung zu, doch Sarrazin gebe sich viel zu „überheblich“, weshalb es schwer sei, das zuzugeben. Ein bedeutendes Regionalblatt nennt den Ex-Senator „bissig, provokant, und vor allem: sehr eigen“. Mit solchen Tönen hat man beide Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Einerseits gibt man sich vor den Lesern, denen man immer weniger vormachen kann, keine Blöße als Multikulti-Spinner, andererseits hält man ausreichend Distanz zu dem Provokateur.

Indes: Bissig? Provokant? Eigen? Ältere erinnern sich an graue Vorzeiten, in denen diese Wörter als Attribute für guten, „kritischen“ Journalismus herumgereicht wurden. Die solchermaßen Titulierten nahmen sie wie Orden entgegen. Heute verwenden Journalisten diese Wörter als Etiketten für die eingeschränkte Salonfähigkeit eines Autoren. Wie sich Zeiten und Sitten doch ändern!

Das verwirrt uns manchmal, weshalb wir dankbar sind für jedes Stück Kontinuität, für Sachen und für Leute, die sich nicht immerzu ändern. Der Schwatzteufel im Kopf von Guido Westerwelle etwa bleibt uns stocktreu und lässt sich durch keine Ermahnung von seinem Weg abbringen. Selbst wenn die Ermahnung von Guido Westerwelle selbst kommt. „Wir sind entschlossen, aus der Erfahrung der ersten Monate zu lernen“, gelobte der FDP-Chef mit Hinblick auf das nervenaufreibende Hin und Her bei Schwarz-Gelb, so bei der Frage von Steuern und Staatsfinanzen.

Kurz vor der Sommerpause hatten sich Unionler und Liberale endlich darauf verständigt, jegliches Gerede über Steuersenkungen erstmal sein zu lassen. Westerwelle saß mit am Tisch und nickte eifrig. Kaum aber war der Vizekanzler im Urlaub angekommen, schoss der Teufel wieder aus ihm heraus und plapperte von der Möglichkeit, die Steuern nun doch bald senken zu können.

Ja, so kennen wir ihn, so wollen wir ihn haben: Immer nochmal und nochmal bis zum Stillstand der Pupillen, damit bloß keine Debatte jemals ein Ende findet oder gar in eine Entscheidung mündet, die mehr als nur vorläufigen Charakter hat. So geht es auch mit der FDP nicht nur schwungvoll hin und her, sondern auch kräftig rauf und runter, vor der Wahl rauf, danach runter. Unter null kann eine Partei bei Umfragen aber nicht fallen, denkt sich Westerwelle und gibt sich entsprechend „optimistisch“, was die miesen Werte für seine Partei nur eine „Momentaufnahme“ seien.

Manchen Liberalen werden die „Momente“ allerdings langsam knapp: Nächstes Jahr sind Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. In Hessen werden 2011 überdies neue Kommunalparlamente gewählt, daher rebelliert der dortige FDP-Landesvorsitzende Jörg-Uwe Hahn gegen seinen Bundeschef nun ganz offen. Westerwelle schert das nicht: Die FDP sei eben eine „diskussionsfreudige Partei“, grinst er zu Hahns Attacken.

Dieses Hobby teilt die FDP mit ihrem Koalitionspartner. Dem Volk fällt es indes zunehmend schwerer, dem wirbelnden Plapperfluss der Diskussionsfreudigen zu folgen. Haben Sie noch einen Überblick, was bei Atomsteuer, Restlaufzeiten etc. eigentlich geplant ist? Statt einer klaren Vorstellung versorgt uns die Bundesregierung nur mit Ahnungen, und die sind vor allem böse.

Selbst wirklich Mächtige bekommen es da mit der Angst. 40 von ihnen, darunter die Chefs von Deutscher Bank und Deutscher Bahn, aber auch Otto Schily, Wolfgang Clement (beide SPD) und Friedrich Merz von der CDU, haben sich in einem Appell an Angela Merkel gewandt. Die solle den Atomausstieg noch einmal überdenken. Der frühere Hamburger Umweltsenator und spätere Windkraft-Unternehmer Fritz Vahrenholt (SPD) bezeichnet die derzeitige Energiepolitik als „Morgenthau-Pläne“: Die Strompreise würden explodieren und die Industrie aus dem Land jagen.

Die Kanzlerin ficht das alles nicht an. Als der Aufruf kam, klimakanzlerte sie gerade durch Deutschland und träumte von ihrer energiepolitischen „Revolution“. Revolution kann viel bedeuten. Etwa, dass eine ideologische Avantgarde alle „rückständigen“ Elemente und Denkweisen radikal beiseite schiebt und der einzig gültigen Wahrheit zum Durchbruch verhilft. Das Ergebnis waren für gewöhnlich bettelarme Länder. Vahrenholts Morgenthau-Vision ist also gar nicht so abwegig.

ZITATE

***Hans-Peter Keitel**, der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, äußert im „Focus“ vom 16. August sein Unverständnis über die **Klimaversprechen der deutschen Politik**:*

„Herr Röttgen weiß selbst, dass er nicht Vorsitzender von Greenpeace ist. Keine Industrie der Welt hat höhere Einsparungsziele geschafft als die deutsche. Und wir haben uns weiter zu den ehrgeizigsten Zielen verpflichtet, die weltweit diskutiert werden. Darüber ohne Ansehen von Kosten und technischer Umsetzbarkeit einseitig hinausgehen zu wollen ist unvernünftig. Es verrät ein gewisses Maß an Naivität – so sehen es unsere ausländischen Kollegen.“

*In seinem neuen Buch „**Deutschland schafft sich ab**“ geht Bundesbank-Vorstand und Ex-Senator **Thilo Sarrazin** mit **muslimischen Zuwanderern** hart ins Gericht. Im Vorabdruck in der „Bild“-Zeitung prophezeit er:*

„Relativ zur Erwerbsbevölkerung leben bei den muslimischen Migranten viermal so viel Menschen von Arbeitslosengeld und Hartz IV wie bei der deutschen Bevölkerung ... Von den in Deutschland lebenden Menschen mit muslimischem Migrationshintergrund haben 30 Prozent überhaupt keinen Schulabschluss und nur 14 Prozent Abitur ... Es ist aufschlussreich, dass die Migranten aus der EU sowie aus Süd- und Ostasien vergleichbare Probleme nicht haben.“

Die Existenzsicherung

Lange Jahre war gut lachen,
denn mit Klima-Panikmachen
hatten viele sich saniert,
überall und ungeniert.

Ober-Menetekelmalern,
unterstützt von Steuerzahlern,
brachte dieses obendrein
nobel den Nobelpreis ein.

Ja, auf Monster-Konferenzen
durften selbst die Kleinen glänzen,
Kofferträger sonder Zahl,
stets im Dienste der Moral.

Aber Wintermonde machten,
dass sie plötzlich nimmer lachten,
weil mit jedem Wasserrohr
die Erwärmungslehre fror.

Und was doppelt sie erschreckte,
war, dass Schwindel man entdeckte
bei den Daten und dem Schluss,
den daraus man ziehen muss!

Nun, die Welt hat unterdessen
den Fauxpas zum Glück vergessen,
ist sie doch so abgelenkt,
dass sie bloß an andres denkt.

Dann die heißen Sommertage
besserten erst recht die Lage,
weil man dran, dass Russland
brennt,
Klimawandel klar
erkennt.

Simultan die Indus-Fluten
brachten noch viel mehr des Guten,
merkt ja hier wohl selbst ein Kind,
dass auch sie Beweise sind.

Und in heimgesuchten
Ländern
braucht man folglich nichts zu
ändern,
haben schuld ja allgemein
Klimafrevler ganz allein!

Nebenher sind dank der Sünden
abgesichert alle Pfründen –
galt bereits in Babylon,
und man lebt bis heut' davon ...

Pannonicus